



52. Sitzung

Donnerstag, 22. April 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden,
Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/4798:

Evaluierung und Änderung der Hamburgischen Bauordnung (Senatsantrag)

– Drs 19/5816 –

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Wartung privater Kinderspielflächen – Rücknahme von Vorbescheiden

– Drs 19/5974 –

Ekkehart Wersich CDU

Jan Quast SPD

Horst Becker GAL

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

Anja Hajduk, Senatorin

Beschlüsse

Antrag der Fraktion der SPD:

Kettenreaktion: Aktions- und Menschenkette zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel – Atomkraft abschalten

– Drs 19/5841 –

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Kettenreaktion am 24.4.: Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel sofort stilllegen! – Schwarz-grüne Versprechen

– Drs 19/5979 –

Dr. Monika Schaal SPD

Birgit Stöver CDU

Jenny Weggen GAL

Dora Heyenn DIE LINKE

Anne Krischok SPD

Jens Kerstan GAL

Beschlüsse

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Kreative Milieus: Flächen in der Speicherstadt aktivieren und bereitstellen

– Drs 19/5853 –

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Areal Oberhafen als "Kulturhafen" zu einem offenen Raum für kreative Nutzungen entwickeln!

– Drs 19/5973 – 3226

Horst Becker GAL 3226, 3229

Brigitta Martens CDU 3226

Andy Grote SPD 3227

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 3229, 3230

Beschlüsse 3230

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Nein zur Kopfpauschale – für eine solidarische und sozial gerechte Bürgerversicherung

– Drs 19/5845 – 3230

Kersten Artus DIE LINKE 3230, 3236

Harald Krüger CDU 3232

Anja Domres SPD 3233

Linda Heitmann GAL 3235

Beschluss 3237

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Forum Stadtentwicklung

– Drs 19/5851 – 3237

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Neue Planungskultur entwickeln – Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt

– Drs 19/5966 – 3237

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Inhalte für Forum Stadtentwicklung

– Drs 19/5980 – 3237

Jörn Frommann CDU 3237

Jan Quast SPD 3239

Horst Becker GAL 3240

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 3240

Beschlüsse 3242

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Personalsituation an den Feuer- und Rettungswachen

– Drs 19/5143 – 3242

Dr. Andreas Dressel SPD 3242, 3248

Elke Thomas CDU 3244

Antje Möller GAL 3246

Christiane Schneider DIE LINKE 3247

Beschluss 3249

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Solardachkataster für Hamburg jetzt umsetzen. Mehr Service für solarinteressierte Bürgerinnen und Bürger schaffen. Energiewende einleiten.

– Drs 19/5852 – 3249

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Einrichtung der Solardachbörse für Hamburg nicht weiter verschleppen

– Drs 19/5967 – 3249

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Solare Energie für Hamburg! Soziale und ökologische Energiewende einleiten!

– Drs 19/5981 – 3249

Beschluss 3249

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/5819 – 3249

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/5820 – 3249

Beschlüsse 3249

Sammelübersicht 3249

Beschlüsse	3249	Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/4906:	
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Haushaltsplan 2009/2010 – "Fortschreibung des Hamburger Klimaschutzkonzepts 2007-2012" Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt" Berichterstattung über die programmatische Weiterentwicklung, die Umsetzung der Maßnahmen sowie die geplante Mittelverteilung 2010 (zweite Fortschreibung) (Senatsantrag) – Drs 19/5776 –	3252
Asbest in Schulsporthallen und -gebäuden – Drs 19/5354 –	3250		
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	3250		
Große Anfrage der Fraktion der GAL:		Dora Heyenn DIE LINKE Jenny Weggen GAL Anne Krischok SPD	3252 3253 3253
Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention in Hamburg – Drs 19/5506 –	3250		
Besprechung beschlossen	3250	Beschluss	3253
Senatsantrag:		Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/4702:	
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Vergabegesetzes – Drs 19/5731 –	3250	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Besoldungsrechts im Rahmen der Schulreform in Hamburg (Senatsantrag) – Drs 19/5782 –	3253
Beschlüsse	3250	dazu	
Senatsantrag:		Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:	
Aufsichtsratsstätigkeiten von Herrn Bürgermeister von Beust, Frau Senatorin Hajduk und Herrn Senator Frigge – Drs 19/5857 –	3250	Änderung des Besoldungsrechts im Rahmen der Schulreform in Hamburg – Drs 19/5964 –	3253
Beschluss	3250	Beschlüsse	3253
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/5095:	
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2009 Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, Drucksache 19/1756 – Drs 19/5842 –	3250	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes und zur Änderung der Wahl- und Amtszeiten der Personalräte im schulischen Bereich im Jahr 2010 (Senatsantrag) – Drs 19/5856 –	3254
Mehmet Yildiz DIE LINKE Farid Müller GAL	3251 3251		
Kennntnisnahme	3252	Beschlüsse	3254

Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses über die Drucksache 19/5732:

Gesetz zur Bemessung von Gebühren für Schornsteinfegerarbeiten und der Anzahl der Kehrbezirke (Senatsantrag)

– Drs 19/5916 –

3254

Beschlüsse

3254

Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft

– Drs 19/5813 –

3254

Beschlüsse

3254

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Für das Recht auf Generalstreik

– Drs 19/5847 –

3254

Beschlüsse

3255

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Finanzierung von Verhütungsmitteln aufgrund unzureichender Leistungen nach den SGB II (bzw. SGB V), SGB XII, dem BaföG und der Berufsausbildungsbeihilfe von über 20-Jährigen

– Drs 19/5848 –

3255

Beschlüsse

3255

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Aufklärung über Sonderbedarfsleistungen durch team.arbeit.hamburg nach Verfassungsgerichtsurteil

– Drs 19/5849 –

3255

Beschlüsse

3255

Antrag der Fraktion der GAL:

Verwendung der Mittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2009, Haushaltsplan 2010, Titel 8000.971.03

– Drs 19/5854 –

3255

Beschlüsse

3255

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir haben heute eine besondere Situation. Wir kommen gleich zum ersten Debattenpunkt des heutigen Tages, Drucksache 19/5816, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Evaluierung und Änderung der Hamburgischen Bauordnung.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/4798: Evaluierung und Änderung der Hamburgischen Bauordnung (Senatsantrag) – Drs 19/5816 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/5974 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Wartung privater Kinderspielflächen – Rücknahme von Vorbescheiden – Drs 19/5974 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Wersich hat das Wort.

Ekkehart Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die neue Hamburgische Bauordnung ist am 1. April 2006 in Kraft getreten. Die Zielsetzung damals war verhältnismäßig einfach, denn wir sagten, sie solle einfacher werden, schneller und unbürokratischer.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das bedeutet Vereinfachung und damit Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, bessere Transparenz für

Antragsteller, abschließende Gesetzesregelungen, Verzicht auf Ausnahmen, verlässliche Höchstbearbeitungsfristen und bei Überschreitung Genehmigungsfiktion, das heißt, der Antrag gilt durch Zeitablauf als genehmigt. Es bedeutet auch die Reduzierung staatlicher Überwachung auf das Notwendige, zum Beispiel Verzicht auf Bauanzeigeverfahren, verbesserter Service für Antragsteller, zum Beispiel durch Baugenehmigung aus einer Hand, und die Angleichung an die Musterbauordnung. Das ist wichtig insbesondere auch für Bauherren, die in mehreren Bundesländern aktiv sind. Im Wesentlichen ist dies also eine Deregulierung, das heißt, eine Erleichterung für Bauherren und Abbau staatlicher Überwachung.

Im Baurecht wird unterschieden: Es gibt einmal verfahrensfreie Tatbestände, das vereinfachte Genehmigungsverfahren und das Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung. Wichtig ist für die Antragsteller, dass der sogenannte Grundsatz der Wahlfreiheit nach oben besteht.

Natürlich sind neue Wege, die wir damals beschritten haben, auch immer mit einem Teil Ungewissheit verbunden. Daher haben wir damals im Gesetz einen Evaluierungsauftrag der Bürgerschaft an den Senat festgeschrieben bezüglich der neuen Vorschriften und einen Bericht über Erfahrungen bei der Durchführung der HBauO angefordert, ebenso eine Darstellung eventueller Änderungsbedarfe und hierzu gesetzestechnische Vorschläge zur Umsetzung.

Der Bericht des Senats liegt uns jetzt vor und nach meiner Wahrnehmung ist es ein guter Bericht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Bericht ist nachvollziehbar, ist eine offene Darstellung auch bei den Problempunkten und plausibel bei den Vorschlägen. Nebenbei gewährt er einen guten Einblick in das Geschehen rund um die Baugenehmigungsprüfung. Ich kann also jedem der Kollegen empfehlen, die schon immer etwas über das Bauen wissen wollten, diesen Bericht aufmerksam zu lesen.

Es gibt noch einige Vorteile, die dieser Bericht uns bringt. Alle Beteiligten, Architekten, Bauherren und Bauprüfer wurden befragt und in die Untersuchung einbezogen. Aber auch andere Elemente, wie zum Beispiel Workshops, Anhörungen von Verbänden und bestimmte statistische Auswertungen sind mit eingeflossen. Hierzu gehört dann auch die Bewertung mit Noten und deren Veröffentlichung.

Ein kleiner Wermutstropfen ist, dass es eine sehr gute Beteiligung seitens der Bauprüfer gab, aber eine weniger gute Beteiligung bei Bauherren und Architekten. Dies liegt allerdings nicht in der Verantwortung der Verwaltung. In beiden Fällen gibt es ausreichend hohe Stichprobenanteile und zusätzliche Orientierung bei der Evaluierung auch an anderen wichtigen Quellen.

Daher mein ganz besonderer Dank an alle, die sich an der Untersuchung und dem Bericht beteiligt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch kurz auf die Ergebnisse eingehen. Das sind erstens die materiellen Vorschriften, zweitens verfahrensfreies und vereinfachtes Verfahren und drittens das konzentrierte Verfahren.

Die Ergebnisse im Bereich der materiellen Vorschriften: Dort gab es überwiegend positive Rückmeldungen, nur vereinzelt kritische Stimmen. Das ist jedoch kein Ansatz für grundsätzliche Änderungen, auch nicht bei den Abstandsregelungen. Die Hamburgische Bauordnung wurde mit den Stimmen der CDU damals verabschiedet und wenn ich ein Wort an euch Sozialdemokraten richten darf,

(Michael Neumann SPD: Keine falschen Vertraulichkeiten hier!)

(Ekkehart Wersich)

dann würde ich gern etwas zitieren. Mein Kollege Jan Quast meinte damals:

(Michael Neumann SPD: Zu Recht!)

Die SPD lehne Regelungen ab, die geeignet wären, die Lebensqualität in unserer Stadt und das friedliche Miteinander in den Quartieren zu beeinträchtigen. Und weiter: Eine Bauordnung, die für Klein Kleckersdorf passen würde, müsse nicht in der hamburgischen Metropole richtig sein.

Herr Kloof hatte damals auch prophetische Ansichten und meinte, es handele sich vielmehr um ein unausgeglichenes Gesetz mit schweren Mängeln. Das alles hörte sich damals nach Untergang der Metropole Hamburg mit der CDU und ihrer Hamburgischen Bauordnung an.

(Andy Grote SPD: Das ist ja auch passiert!)

– Da sind wir gespannt, Herr Grote, zu Ihnen komme ich auch noch.

Davon wird heute nach vier Jahren der Erprobung sicherlich keine Rede mehr sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Änderungsbedarfe im Detail werde ich Ihnen ersparen, die können Sie nachlesen auf den Seiten 2, 3 und 5. Ich greife nur einmal Paragraph 9 "Nicht überbaute Flächen" heraus, wo es jetzt die Möglichkeit einer etwas erweiterten Nutzung von Vorgärten für Stellplätze gibt, sofern die Gartengestaltung nicht erheblich beeinträchtigt wird und das durch Vorgärten geprägte Straßenbild erhalten bleibt.

Zweiter Punkt: die Ergebnisse bei den verfahrensfreien und den vereinfachten Verfahren. Hier gab es insbesondere eine gute Bewertung durch die sogenannten Kunden, also Bauherren und Architekten. Nur 2 Prozent der Verfahren endeten mit Genehmigungsfiktionen, also durch Fristablauf. Aus Sicht der Bauprüfer ist festzustellen, dass sie die Zwei-Monats-Frist in Ordnung finden, eine Ein-Monats-Frist jedoch sehr knapp ist. Hier gibt es sicherlich einen Zielkonflikt. Kurze Bearbeitungsfristen für die Bauherren und die Stadt sind gut, aber wenn viele Bauwillige bauen, ist es natürlich auch eine Belastung für die Dienststellen und hier wird man gegebenenfalls über Hilfe nachdenken müssen.

Die weiteren Bedenken aus dem Bauprüfbereich sind die zeitweiligen Vermutungen des Wildwuchses bei vereinfachten Verfahren durch Missbrauch der gestiegenen privaten Verantwortung. Da bin ich in Übereinstimmung mit der Verwaltung, dass es hier noch eine Evaluation geben muss – die soll in 2011 kommen –, wo man diese und andere Bedenken eruieren kann, wenn eine größere Anzahl von Gebäuden errichtet worden sind und wir dann eine breitere Evaluationsgrundlage haben. Positiv wurde auch bewertet, dass das vereinfachte Ver-

fahren keine Muss-, sondern eine Kann-Regelung ist und die Wahlfreiheit nach oben besteht.

Es gab Kritik an der Funktion des Prüfsachverständigen für Bautechnik, und die ist auch berechtigt. Der Praxistest wurde nicht bestanden und deswegen sind wir selbstverständlich einverstanden damit, dass die Aufgabenbereiche des Prüfsachverständigen wieder in die Hoheit des staatlichen Bauprüfbereichs zurückkehren.

Dann zu den Ergebnissen beim konzentrierten Verfahren: Hier gab es keine grundsätzliche Infragestellung, aber das Verfahren zeigt bei Einzelpunkten Verbesserungsbedarf, zum einen die Möglichkeit des Nachreichens von Unterlagen, zum Beispiel zur technischen Detaillierung, zu Tatbeständen des Baunebenrechts oder der bautechnischen Nachweise, ohne – und das ist jetzt neu – dass der Fristablauf bereits eingereichter Anträge verändert wird.

Das ist eine Erleichterung für Bauherren und Architekten, eine bessere Möglichkeit zur Verhandlung von Finanzierungsfragen, wenn über grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit schon einmal größere Klarheit vorhanden ist und die Bautechnik dann in einem zweiten zeitlichen Schritt im Detail nachgearbeitet werden kann. Das nimmt den Druck aus dem Verfahren und ist eine gute Regelung.

Zum anderen haben wir aber auch das Problem der vollständigen Unterlagen. Wir begrüßen es, dass die Bauvorlagenverordnung präzisiert werden wird, auch das ist ein Beitrag zur Problemminde-

rung. Zum Schluss, meine Damen und Herren, haben wir eine weitere gute Regelung, das ist die Möglichkeit der Verfahrenskonferenz, eine partnerschaftliche Absprache zwischen Bauherren, Architekten und Bauprüfern an einem Tisch. Sie ermöglicht eine gemeinsame Festlegung der zeitlichen Fristen und Abläufe zur Optimierung des Verfahrens, die Verminderung oder Beseitigung von Druck, Stress und Missverständnissen und letztendlich auch ein Baugenehmigungsverfahren als partnerschaftlicher Prozess anstelle eines Hoheitsaktes. Das ist erfreulich und ebenso erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass von den Antragstellern selbst diese Verfahrenskonferenz angeregt werden kann. Aus meiner Sicht allerdings ist Werbung und Schulung dafür, auch im Bauprüfbereich, sinnvoll.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt kann man sagen, dass die neue Hamburgische Bauordnung sich gut bewährt hat, die jetzigen Änderungsvorschläge ein Beitrag zur Optimierung der Hamburgischen Bauordnung innerhalb eines Entwicklungsprozesses sind und wir auch in Zukunft mögliche Änderungsnotwendigkeiten genau beobachten werden zum Nutzen der Bauwilligen, die wir in Hamburg brauchen, und zu-

(Ekkehart Wersich)

gunsten von Erhalt und Mehrung von Wohnraum, Betriebsstätten und Arbeitsplätzen.

Und, Herr Grote, ich weiß nicht, was Ihr Antrag heute soll. Vielleicht sammeln Sie Fleißsternchen oder etwas Ähnliches. Wir hatten am 8. Dezember dazu eine Senatsvorlage, am 11. Februar haben wir ausführlich im Stadtentwicklungsausschuss beraten und gestern Nachmittag bekomme ich Ihren Zusatzantrag. Ich weiß überhaupt nicht, was Sie damit erreichen wollen. Sollen wir dem Inhalt jetzt zustimmen,

(Jan Quast SPD: Ja!)

sollen wir insgesamt das Verfahren abbrechen und zurücküberweisen an den Ausschuss? Mein Vorschlag: Bringen Sie Ihre Ideen zur nächsten Evaluation ein, die wird kommen, und dann können wir gern über Ihre Vorschläge diskutieren. Aber klären Sie vorher Ihren Antrag auf Vereinbarkeit mit dem Bundesrecht.

(Andy Grote SPD: Können Sie dazu inhaltlich mal was sagen!)

– Für inhaltliche Aussprachen, Herr Grote, haben wir Ausschüsse.

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Genau so ist das! – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, Herrn Wersich weitersprechen zu lassen.

Ekkehart Wersich (fortfahrend): Beschweren Sie sich ruhig darüber, dass wir uns auch einmal loben können, weil uns mit der Hamburgischen Bauordnung etwas gelungen ist. Und Ihre Regelungswut, was die Kinderspielflächen angeht, die können Sie gern gleich begründen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Quast.

Jan Quast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Fensterrede von Herrn Wersich kommen wir nun zu einigen inhaltlichen Punkten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Herr Kollege Wersich, meine Kritik an der Hamburgischen Bauordnung im Dezember 2005 hinsichtlich der Lebensqualität und der Wohnqualität in Hamburg bezog sich insbesondere darauf, dass Sie die Abstandsflächen deutlich reduziert haben, die zwischen den Gebäuden eingehalten werden müssen, und dass auch die Geschosshöhen in Wohngebäuden und Aufenthaltsräumen auf 2,30

Meter abgesenkt werden können. Das heute schon zu beurteilen, ist allerdings wirklich zu früh, da haben Sie vollkommen recht, denn in den letzten Jahren haben Sie in Hamburg kaum noch Wohnungen gebaut. Da müssen wir noch warten, um das beurteilen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl haben die Hamburger ihr Urteil über die Lebensqualität unter einem CDU-Senat gerade gesprochen, wenn ich sehe, dass nur noch 20 Prozent Sie überhaupt wählen würden. Also ein erstes Ergebnis liegt durchaus vor zu diesem Thema.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Können wir zur Seriosität zurückkehren?)

Meine Damen und Herren! Wir wollen Sie natürlich an dem messen, was Sie damals veranlasst hat, diese Hamburgische Bauordnung zu ändern. Der damalige Bausenator Freytag, der durchaus für seine pathetischen Reden bekannt ist – das ist der Mann mit "Ein guter Tag für Hamburg" –, hat damals ausgeführt, dass die neue Hamburgische Bauordnung ein Eckpfeiler für Hamburg als wachsende Metropole sei. Besonders stellte er die Reduzierung des Regelungsumfangs und die veränderten Verfahren heraus. Herr Wersich hat sie alle aufgezählt, ich will es nicht wiederholen.

Damals war die CDU-Fraktion skeptisch, ob das alles eintreffen könnte und hat dankenswerterweise die Initiative ergriffen. Allerdings war auch nur ihr allein es möglich, das ins Gesetz zu schreiben, dass wir eine Evaluierung zum 31. Dezember 2008 erhalten sollten. Das hat zeitlich fast geklappt zum Ende 2008, aber gleichwohl haben wir jetzt eine Grundlage, um zu messen, was aus den vollmundigen Ankündigungen des damaligen Finanzsenators geworden ist.

Nehmen wir einmal das Stichwort von dem Eckpfeiler für Hamburg als wachsende Metropole. Während noch mit dem Wohnungsbauerleichterungsgesetz der 1990er Jahre über 80 000 Wohnungen in Hamburg geschaffen werden konnten, liegt seit der Hamburgischen Bauordnung von 2006 der Wohnungsbau danieder.

(Hans-Detlef Roock CDU: Da vermischen Sie doch Äpfel mit Birnen!)

Jedes Jahr erreichen wir neue Negativrekorde, bestimmt aber haben wir keine Impulse für mehr Wohnungsbau in Hamburg erhalten; Herr Roock, die Zahlen sprechen für sich.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Herr Becker gestern schon einen ersten Lichtstreif am Horizont erkannte, weil zum Glück die Baugenehmigungen etwas anziehen – worüber wir uns auch sehr freuen –, fürchte ich, dass es auch nicht mehr ist, denn wir bleiben leider immer noch deutlich um 50 Prozent bei den Bau-

(Jan Quast)

genehmigungen hinter dem zurück, was wir tatsächlich an Fertigstellungszahlen benötigten. Insofern hoffen wir, dass es aufwärts geht, aber wirklich sicher sind wir uns leider noch nicht.

Was bewirkte nun die von Herrn Freytag hoch gelobte Reduzierung des Regelungsumfangs um ein Drittel? Ich zitiere aus der Evaluierungsdrucksache:

"Schwierigkeiten bereiten die neuen, teilweise stark gekürzten Formulierungen. Unklare Rechtsbegriffe, zahlreiche Querverweise wie auch die Streichung hilfreicher Mindestmaße führen [...] zu einem Verlust an Verständlichkeit und Eindeutigkeit."

Dies, meine Damen und Herren, macht deutlich, dass die Reduzierung von Regelungen an sich noch keine Verbesserung ist, sondern in diesem Fall einen Verlust an Klarheit bedeutet hat, der möglicherweise nicht folgenlos geblieben ist, auch für die Akzeptanz der Verfahren, die neu eingeführt wurden, denn auch diese Verfahren sind nicht kritikfrei. Die verfahrensfreien Vorhaben wie für Carports und Garagen haben nach Ansicht eines jeden zweiten Bauprüfers zu einer Zunahme rechtswidrig errichteter Vorhaben geführt und das bei unserem Rechtsordnungs-CDU-Senat – rechtsfreie Räume in Carports und Garagen.

(Beifall bei der SPD – *Hans-Detlef Roock CDU*: Das war ein Witz, es darf gelacht werden!)

– Freu dich doch mal.

Das vereinfachte Genehmigungsverfahren stoße bei den Bauprüfern an die Grenzen des Verwaltungshandelns, heißt es in der Drucksache, insbesondere die verkürzte Genehmigungsfrist von einem Monat. Die CDU führte im Ausschuss sogar an, dass ihr Erkenntnisse vorlägen, dass die Bauprüfer "in Notwehr" – das ist jetzt von mir – Unterlagen nur deswegen nachfordern, um den Fristlauf zu verlängern. Ich glaube, auch das ist nicht im Sinne dessen, der diese Regelung geschaffen hat.

Kritisiert wird auch der reduzierte Prüfumfang, bauordnungsrechtliche Anforderungen. Zum Beispiel werden die Rettungswege nicht mehr ausreichend geprüft.

Das sogenannte Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung, bei dem die Bauprüfer zum Verfahrensmanager werden, wird zwar in der Grundidee von den Bauherren, Architekten und Bauprüfern akzeptiert. Gleichwohl – und auch das finden Sie in der Drucksache, die wir offenbar mit verschiedenen Augen gelesen haben, Herr Kollege Wersich – wird das Verfahren, wie es in Hamburg praktiziert wird, von nicht einmal jedem siebten Bauprüfer und von weniger als der Hälfte der Bauherren und Entwurfsverfasser als gelungen bewertet. Vor allem die Unsicherheiten hinsichtlich der

Nachforderungen von Unterlagen und der Verfahrensdauer werden heftig kritisiert.

Mit der vorliegenden Drucksache werden Fehlentwicklungen korrigiert und einige Unklarheiten beseitigt. Es zeigt sich, dass manchmal mehr Regelungen Sinn machen, wenn man in Hamburg vernünftig bauen will. Wir unterstützen dies und werden deswegen der Vorlage heute zustimmen.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Geht doch! – *Viviane Spethmann CDU*: Dann hätten Sie sich Ihren Antrag ja auch sparen können!)

Zu unserem Antrag: Schon 2005 hatten wir kritisiert, dass die Regelung zur Errichtung von Kinderspielplätzen nicht ausreichte. Das haben die Bauprüfer nun auch Ihnen ins Stammbuch geschrieben, weswegen der Senat zu einer Korrektur bereit ist. Uns reicht es aber nicht aus. Wir glauben, dass wir uns nicht allein darauf verlassen können – das belegen viele Untersuchungen, die wir regelmäßig zu lesen bekommen –, dass die Spielplätze hergerichtet werden, sondern wir müssen uns darauf verlassen können – das können letztendlich nur die verantwortlichen Stellen sicherstellen –, dass die Spielplätze auch qualitativ hochwertig errichtet werden und dass sie vor allen Dingen dauerhaft erhalten werden. In diese Richtung geht unsere Initiative für die Kinderspielplätze.

Meine Damen und Herren! Der Kollege hat es bereits gesagt, die Evaluierung der Bauordnung wird bis 2011 fortgesetzt, vor allem hinsichtlich des vereinfachten Verfahrens, weil dort noch viele Informationen fehlen und es deswegen heute wirklich nicht als gelungen bewertet werden kann. Wir erwarten aber auch, Frau Senatorin, dass die anderen kritischen Punkte, von denen ich einige genannt habe, ebenfalls weiter beobachtet werden und wir würden uns freuen, wenn wir tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode den nächsten Bericht diskutieren könnten und ihn nicht auf die nächste verschieben müssen.

Es gibt also noch viel zu tun bei der Bauordnung, es gibt noch viel zu prüfen, packen Sie es an.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! 2002 hat der Bund eine neue Musterbauordnung herausgegeben und danach hat man sich dazu in Hamburg 2005 entschlossen. Das Ziel war Entbürokratisierung und die Vereinfachung und Verkürzung von Verfahren. Im April 2006 ist die Hamburgische Bauordnung in Kraft getreten. Mit der Evaluation haben wir uns letztes Jahr beschäftigt. Sie hat ergeben, dass sich viele Befürchtungen, die auch meine Fraktion hatte, zumindest bis jetzt nicht erfüllt haben.

(Horst Becker)

Zumindest war es so, dass die Verringerung der Abstandsfläche, die deutlich um das Zweieinhalbfache verringert worden ist, zu vielen Schwierigkeiten mit der Dichte einer Bebauung in der Stadt führen kann. Es ist aber so, dass es bis auf Einzelfälle nicht wirklich auffällig wurde und deswegen wird es jetzt erst einmal weitergeführt. Von der Verringerung der Höhe von Aufenthaltsräumen in Gebäuden ist in nur weniger als 20 Prozent der Fälle Gebrauch gemacht worden. Ich denke, in diesem Fall werden wir uns das sicherlich noch einmal anschauen müssen.

Die eingeführten Verfahren, also vereinfachtes Verfahren und konzentriertes Verfahren, sind genügend beschrieben worden, ich will sie nicht noch einmal im Detail erläutern. Die Rückfragen und der Rücklauf sowohl von den Bauherren als auch von den Planerstellern und der Verwaltung deuten darauf hin, dass sie zwar nicht bejubelt werden, aber sie werden teilweise positiv kritisiert, teilweise auch negativ, man kann wohl damit arbeiten.

Man kann auch mit der 3-Monats-Fiktion arbeiten. Eingetreten ist sie nur, wie wir gehört haben, in 2 Prozent der Fälle. Einmal ist sie sogar bei einem Bürgerbegehren eingetreten, wie wir alle sicherlich wissen. Das ist aber ein Fall, über den man gesondert reden muss, ob und wie gegebenenfalls mit einer Änderung der Bauordnung darauf reagiert werden kann.

Auch die von uns befürchtete Verschandelung des Stadtbildes durch die ganzen genehmigungsfreigestellten Vorhaben wie Carports, Garagen und so weiter sind nicht in dem Maße eingetreten wie befürchtet. Es ist aber auch nachgesteuert worden, um das Bild der Vorgärten in der Stadt zu schützen. Da wurde jetzt eine Textzeile eingebaut, die ein Überhandnehmen von Carports ausschließen dürfte.

Wenn man den Genehmigungsumfang reduziert, birgt das natürlich immer die Gefahr, dass Qualität verlorengeht. Ob zum Beispiel durch Verzicht auf Bauabnahmen wirklich gravierende Probleme entstehen, können wir noch nicht beurteilen. Vielleicht wird man das 2011 auch noch nicht beurteilen können. Aber an der Bauordnung muss man immer dranbleiben, man muss sie ständig evaluieren. 2011 werden wir wieder im Gespräch darüber sein und dann muss man auch über dieses Thema reden.

Ein weiteres Thema, bei dem sich der letzte Entwurf nicht bewährt hat, ist die technische Bauprüfung. Man hat diese Instanz privatisiert, aber festgestellt, dass die privaten Sachverständigen eher Probleme verschärfen als sie zu lösen. Deswegen sehen wir es auch als sinnvoll an, dass hier nachgesteuert und das zurückgenommen wurde. Das waren die wesentlichen Veränderungen und Erkenntnisse, auf die ich eingehen wollte.

Zum Antrag der SPD-Fraktion: Sie möchten gern regeln und überwachen auf privaten Flächen, wenn Kinderspielplätze gebaut werden. Wir werden diesen Antrag heute ablehnen, weil Kinderspielgeräte keine Bauwerke sind. Das heißt, Sie können das nicht über das Bauordnungsrecht regeln, das lässt sich systematisch von der Regelung nicht erfassen, deswegen passt es nicht hierher.

(Andy Grote SPD: Dann können Sie die gleich weglassen!)

– Herr Grote, es wird sicherlich auch einmal Baumhäuser geben oder Häuser, die fundamentierte sind, die man im rechtlichen Sinne als Bauwerke bezeichnen kann. Kinderspielgeräte sind keine Bauwerke. Deswegen können Sie sie auch nicht baurechtlich regeln; so einfach ist das.

In der BSU habe ich erfahren, dass man darüber nachdenkt, ob man eine Richtlinie darüber herausgeben kann, was eine geeignete Ausstattung ist. Die geeignete Ausstattung ist ein Teilaspekt, der sehr offen formuliert ist in der Bauordnung: Kinderspielplätze auf privaten Grundstücken sollten geeignet ausgestattet sein. Hier ist ein gewisser Regelungsbedarf und wir werden dazu etwas von der BSU hören.

Zu der von Ihnen gewünschten Änderung zu Paragraph 73, was den Vorbescheid betrifft, stimmen wir dem nicht zu, weil wir den Vorbescheid als Instanz nicht schwächen wollen. Das wäre die Folge eines solchen Beschlusses, den es übrigens nirgendwo im gesamten Bundesgebiet so gibt, wie Sie ihn gern hätten. Wenn wir das machen würden, könnten Probleme bei der Finanzierung von Vorhaben entstehen, weil auch Banken dann einen Vorbescheid nicht mehr so gravierend ernst nehmen wie bisher. Dem werden wir uns nicht anschließen, deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Dr. Bischoff, bitte.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, Sie haben zu Recht gesagt, dass es eigentlich ein Beratungsthema für den Ausschuss sei. Auch die Details, die Sie jetzt noch einmal ausgebreitet haben, gehören in den Ausschuss. Ich kritisiere das jetzt nicht offensiv, aber da Sie es selbst angesprochen haben, frage ich Sie, aus welchen Gründen Sie dann so ein Thema noch einmal für die Plenardebatte anmelden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich sage dies besonders deshalb, weil wir Öffentlichkeit haben und heute am Girls' Day besonders viel, die ich ausdrücklich begrüße.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben es selbst angesprochen. Es ist oft nicht gut für das Parlament, wenn wir solche Spezialistenfragen noch einmal in aller Breite,

(*Viviane Spethmann CDU: Was für ein parlamentarischer Verständnis haben Sie?*)

in aller Ausführlichkeit in den Ausschüssen erörtern.

Wir werden diesem Bericht und damit dem Gesetzesverfahren der Novellierung zustimmen. Ich gebe Ihnen auch recht, dass wir gar nicht in diese Ursprungsdebatte verwickelt sind, dass die Vereinfachung und Entbürokratisierung der Bauordnung richtig war, dass allerdings damit zu große Erwartungen verknüpft waren, was die Impulse für den Wohnungsbau und den Mietwohnungsbau angehen. Herr Quast hat das schon dargestellt und ich nehme an, das bilanzieren Sie auch. Die praktische Politik zeigt, dass wir uns noch einige andere Dinge überlegen müssen, wenn wir mit dem Mietwohnungsbau vorankommen wollen.

Es bleibt aber positiv, dass für die vielen Privatleute, die bauen, und auch die Eigenheimbesitzer das entbürokratisierte Verfahren erfolgreich ist. Die Regelungen, die dort schlecht waren, werden mit diesem Gesetz korrigiert. Insofern ist hiermit unter einer sehr kontroversen Debatte erst einmal eine Zwischenbilanz gezogen worden.

Ich begrüße auch ausdrücklich, dass bei solchen Gesetzesvorhaben eine Prüfung eingebaut wird. Es ist gut und richtig, dass man sich selber auferlegt, das nach zwei, drei Jahren zu überprüfen; da stimmen wir mit Ihnen völlig überein.

Herr Wersich, Sie bewerten den Bericht positiv. Dagegen spricht zumindest die selbst von der BSU eingeräumte äußerst schwache Datengrundlage, auf die er sich stützt. Immerhin wird diese Prüfung, wenn auch mit vereinfachtem Verfahren, fortgeführt und das finde ich auch positiv. Wir sollten allerdings schon im Auge behalten, dass eine Rückläuferquote von 5 Prozent methodisch zwar in Ordnung sein mag, aber nicht für die Aussagefähigkeit der Auswertung spricht. Auch in Bezug auf die Anhörung der Verbände kann man von einer sehr schmalen, eingeengten Basis reden. Man hätte dies durchaus um ein paar zusätzliche Verbände erweitern können.

Unterm Strich sehen wir aber, dass Fehlentwicklungen korrigiert worden sind und deswegen stimmen wir dem Antrag zu. Ich gehe davon aus, dass Sie – wir haben es schon gehört – den Antrag der SPD mehrheitlich ablehnen werden, obwohl zumindest der zweite Teil wichtig wäre. Vielleicht können wir diesen Teil in zwei Jahren noch einmal auf die Tagesordnung setzen und dann die letzte verbleibende Unklarheit der Hamburgischen Bauordnung beseitigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der hier vorliegenden Drucksache erfüllen wir unsere Verpflichtung aus Paragraph 83 der Hamburgischen Bauordnung, der Bürgerschaft über die Erfahrungen der im Jahre 2005 verabschiedeten Bauordnung zu berichten. Das ist auch eine Überprüfung von Änderungen, die Sie goutieren, wie ich aus der jetzigen Debatte verstanden habe. Die Bürgerschaft hat den Senat im September 2008 ersucht, die Erfahrungen bei der Durchführung der Hamburgischen Bauordnung und die erforderlichen Gesetzesänderungen darzustellen. Dem sind wir gern nachgekommen. Auf eine Prüfung sollten Änderungen folgen und das ist auch vernünftig. Die Zielsetzung der Neufassung aus dem Jahr 2005 war, Bauen einfacher, schneller und unbürokratischer zu machen. Es ist von daher auch richtig, das Erreichen dieser sinnvollen Zielsetzung nach einem gewissen Zeitraum zu überprüfen.

Wir haben hier zwei Dinge zu betrachten, den Bericht über die durchgeführte Evaluierung und die Vorschläge zur Änderung. In den Bericht über die Evaluierung sind die Ergebnisse von zumindest breit angelegten Befragungen von Bauherren, Architekten und Bauprüfern mit eingeflossen. Natürlich sind Rückläuferquoten immer ein kritischer Punkt, sicherlich können wir da noch hinzulernen. Neben dieser breit angelegten Befragung sind aber auch Ergebnisse aus der Anhörung von Verbänden berücksichtigt worden, die im Frühling des vergangenen Jahres stattgefunden hat. Dadurch hat sich die Vorlage ein wenig verzögert, was ich allerdings im zuständigen Fachausschuss erläutert hatte. Auch in der Deputation meines Hauses hatten wir eine sehr ausführliche Befassung zu diesem Thema.

Jetzt möchte ich kurz – in der Debatte sind schon einige Punkte genannt worden – auf die Paragraphen der Bauordnung hinweisen, bei denen sich wesentliche Änderungen ergeben haben.

Erstens: Paragraph 9 "Nicht überbaute Flächen". Hier wird eine Regelung zum Schutz der Vorgärten vor Bebauung mit Garagen und Kellerersatzräumen eingeführt. Damit kann dem Schutz der Vorgärten vor übermäßiger Bebauung umfassender als bisher Rechnung getragen werden.

Kinderspielflächen waren schon Thema in dieser Debatte. In der Tat hat die Evaluierung gezeigt, dass die Aufnahme einer qualitativen Anforderung an die Ausstattung von Kinderspielflächen erforderlich ist, um im Sinne der Zielsetzung einer familien- und kinderfreundlichen Stadt sicherzustellen,

(Senatorin Anja Hajduk)

dass wir kindgerechte Spielflächen herstellen. Allerdings sind Kinderspielgeräte keine baulichen Anlagen und unterliegen damit nicht der Hamburgischen Bauordnung. Deswegen kann ihre Sicherheit und Funktionsfähigkeit auch nicht, wie von der SPD gefordert, durch das Bauordnungsrecht gewährleistet werden.

Zweitens: Paragraph 68 "Bautechnische Nachweise und ihre Prüfung". Die Evaluierung hat gezeigt, dass die Verlagerung der Prüfung bautechnischer Nachweise auf privat beauftragte Sachverständige insbesondere für den Brandschutz im vereinfachten Genehmigungsverfahren zu erheblichen Schwierigkeiten in der Praxis geführt hat. Die Prüfung der bautechnischen Nachweise soll deshalb zukünftig einheitlich gehandhabt und wie im Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung durch die Bauaufsicht beziehungsweise durch die von ihr beauftragten hoheitlich tätigen Prüfengeure erfolgen. Wir haben hier ein Beispiel für eine Anpassung nach einer Evaluierung.

Drittens: Paragraph 70 "Bauantrag, Bauvorlagen; Beteiligung anderer Stellen". Im Gesetz wird die Möglichkeit, Bauvorlagen zur technischen Detaillierung auch nach Feststellung der grundsätzlichen Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens einreichen zu können und mit einem späteren Ergänzungsbescheid genehmigen zu lassen, nunmehr ausdrücklich geregelt.

Viertens: Paragraph 73 "Geltungsdauer der Baugenehmigung und des Vorbescheids". Die Geltungsdauer der Vorbescheide wird auf zwei Jahre verlängert. Es hat sich gezeigt, dass gerade bei größeren Investitionsvorhaben die bisherige Geltungsdauer von einem Jahr vielfach zu knapp bemessen war, um die Planungen für das eigentliche Baugenehmigungsverfahren durchführen zu können.

Die letzte Änderung, die ich erwähnen möchte, bezieht sich auf die verfahrensfreien Vorhaben. Hier hat der Wunsch nach eindeutigeren und verständlicheren Formulierungen zu zahlreichen Verbesserungen und Klarstellungen geführt. Darüber hinaus erfolgen weitere inhaltliche Anpassungen, beispielsweise an die Regelungen der Musterbauordnung.

In der Debatte wurde das vereinfachte Verfahren angesprochen. Wir schlagen in unserer Drucksache hier eine gezielte weitere Evaluierung vor. Dazu muss klar festgestellt werden, dass der für die jetzige Evaluierung zur Verfügung stehende Erhebungszeitraum für diese Fragestellung zu kurz bemessen gewesen wäre. Zum Zeitpunkt der Befragung lagen zu diesem Gegenstand, ob die im vereinfachten Genehmigungsverfahren nicht geprüften Anforderungen von den Bauherren in der Praxis eingehalten werden oder nicht, keine nennenswerten Erfahrungen vor.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 11. Februar die hier vorgelegten Änderungen einstimmig empfohlen. Darüber freue ich mich und erwarte nun, dass wir diese heute einheitlich beschließen können. Sicherlich wird dieses Thema dann mit der schon angekündigten zweiten Evaluierung auch weiter hier im Parlament erörtert werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen also zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/5974. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Bericht des Stadtentwicklungsausschusses aus Drucksache 19/5816. Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung und des Wohnwagengesetzes aus Drucksache 19/4798 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 19/5841, Antrag der SPD-Fraktion: Kettenreaktion: Aktions- und Menschenkette zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel – Atomkraft abschalten.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kettenreaktion: Aktions- und Menschenkette
zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel
– Atomkraft abschalten
– Drs 19/5841 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/5979 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kettenreaktion am 24.4.: Atomkraftwerke Krüm-
mel und Brunsbüttel sofort stilllegen!
– Schwarz-grüne Versprechen
– Drs 19/5979 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Schaal, bitte.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das hat es noch nie gegeben, dass ein breites gesellschaftliches Bündnis zu einer so großen Anti-Atomkraft-Demonstration aufgerufen hat. Mit dabei sind Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt-, Klima und Jugendverbände, ein Wirtschaftsverband für erneuerbare Energien sowie SPD, GAL und LINKE.

(Ingo Egloff SPD: Nur die CDU nicht!)

Intellektuelle und Künstler, der Nobelpreisträger Günter Grass, Udo Lindenberg, Jan Delay, Nina Hagen und viele, viele andere unterstützen dieses breite Bündnis, wie wir heute in einer Zeitungsanzeige lesen konnten. Drei Sonderzüge und 200 Busse werden erwartet mit Tausenden von Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet, die an der Kette von Brunsbüttel über Hamburg nach Krümmel teilnehmen wollen. Die SPD stellt den Antrag, dass die gesamte Bürgerschaft sich diesem Aufruf anschließt und die Hamburgerinnen und Hamburger aufruft, sich am kommenden Samstag, dem 24. April, zwei Tage vor dem Jahrestag des Reaktorunglücks in Tschernobyl, an der Aktions- und Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ziel dieser Aktion ist es, der Bundesregierung klarzumachen, dass Atomkraft ausgedient hat, Brunsbüttel und Krümmel nicht wieder ans Netz gehen und die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke nicht verlängert werden dürfen. 80 Prozent der Bevölkerung lehnen Atomkraft ab. Es wäre ein Skandal, wenn die Bundesregierung sich derart in Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung setzen würde und ohne Rücksicht auf ihre berechtigten Sicherheitsinteressen eine Verlängerung der Laufzeiten auf bis zu 60 Jahre – davon ist die Rede – durchpauken würde.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Atomkraft ist gefährlich, die Atommüllentsorgung ist nach wie vor ungeklärt und wir brauchen keine Atomkraft für unsere Stromversorgung.

Meine Damen und Herren, liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Machen Sie mit, reihen Sie sich ein in die Menschenkette zwischen den beiden Atomkraftwerken für "Zukunft statt Atom".

Brunsbüttel und Krümmel gehören zu den pannenreichsten Reaktoren der gesamten Republik. Nach den Bränden in beiden Anlagen wurden Brunsbüttel und Krümmel im Sommer 2007 abgeschaltet. Auf einen Bericht über die Brandursachen warten wir noch heute, daher stimmen wir dem Zusatzantrag der LINKEN zu, der einen entsprechenden Bericht einfordert. Zur Erinnerung: Beim Wiederaufstart des Reaktors Krümmel kam es im Sommer 2009 zu einer folgenreichen Panne. In Hamburg fielen Ampeln aus, Wasserrohre barsten, ganze Straßenzüge wurden unterspült und unpassierbar und in vielen Betrieben wurde die Produktion unterbrochen. Das war ärgerlich und teuer, aber es hätte noch viel schlimmer kommen können. Die Katastrophe von Tschernobyl jährt sich zum vierundzwanzigstenmal; sie muss uns eine Mahnung sein.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Während die Betreiber der Atomkraftwerke darauf warten, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung grünes Licht für Laufzeitverlängerungen gibt, ist am 12. März dieses Jahres in Krümmel ein Leck am Gehäuse der Kühlwasserpumpe festgestellt worden. In Brunsbüttel hat es am 25. März erneut gebrannt. Diesmal war es ein Maschinentrafo, der die Anlage auch bei Stillstand mit Strom versorgt. Die Pannenserie reißt selbst dann nicht ab, wenn die Atomkraftwerke nicht am Netz sind. Sicherheit, wie wir sie verlangen, sieht anders aus und Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Betreiber wird durch solche Vorkommnisse auch nicht geweckt. Beide Reaktoren, Brunsbüttel und Krümmel, müssen vom Netz.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Der über zwei Jahre andauernde Stillstand beider Atomkraftwerke hat die Stromversorgung nicht beeinträchtigt. Das ist der beste Beweis dafür, dass diese Kraftwerke überflüssig sind. Die von den Atomkraftwerken immer wieder beschworene Stromlücke ist ein Ammenmärchen, ebenso die Behauptung, dass Atomstrom billiger sei. Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher jedenfalls haben davon noch nichts gemerkt.

Atomenergie als Brücke in das Zeitalter erneuerbarer Energien – ein Bild, das der CDU-Umweltminister Röttgen gern malt – brauchen wir nicht. Der Weg in das atomfreie Zeitalter erneuerbarer Energien ist bereits längst beschritten; er darf durch Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke nur nicht versperrt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Wir fordern daher die Mitglieder der CDU-Fraktion in diesem Hause auf: Machen Sie Druck auf Ihre Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundes-

(Dr. Monika Schaal)

tag und auf den Bundesumweltminister. Der heißt übrigens Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

(Ingo Egloff SPD: Und ist in der CDU!)

Üben Sie entsprechenden Einfluss aus, dass das Atomgesetz nicht angerührt wird. Setzen Sie auch hier ein Zeichen und rufen Sie zur Teilnahme an der Aktions- und Menschenkette gegen die Laufzeitverlängerung auf.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Bisher hat sich die Hamburger CDU immer zurückgehalten, wenn es um Atomenergie ging, ganz nach dem Motto: Hier gibt es keine Atomkraftwerke und wir haben nichts mit ihnen zu tun. Damit ist jetzt Schluss. Die Änderung des Atomgesetzes ist zustimmungspflichtig, das ist vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags gerade bestätigt worden. Nun muss sich auch der schwarz-grüne Senat mit der Laufzeitverlängerung befassen und der Bürgermeister kann sich nicht länger wegducken. Die Hamburger GAL muss von ihrem Koalitionspartner eine klare Aussage verlangen. Eine Enthaltung, wie es bei unterschiedlichen Auffassungen in Koalitionen sonst üblich ist, reicht bei dieser Frage nicht.

Hier steht auch die Frage im Raum: Wie grün ist die CDU eigentlich in Wirklichkeit?

(Michael Neumann SPD: Gar nicht!)

Auch die GAL muss sich im Sinne Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit, Herr Kerstan, fragen, wie sich der Koalitionspartner CDU in Sachen Atomkraft verhält. Machen Sie deutlich, meine Damen und Herren von der Koalition, dass Hamburg einem Antrag auf Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke im Bundesrat nicht zustimmen wird. Stimmen Sie unserem Antrag zu und lassen Sie uns gemeinsam zur "Kettenreaktion" in Hamburg aufrufen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Stöver hat das Wort.

Birgit Stöver CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Schaal, zunächst vielen Dank für Ihre Ausführungen. Die Bevölkerung hat allerdings eine viel positivere Einstellung zur Kernenergie, als es bislang vermutet wurde.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Der Forsa-Chef Manfred Güllner kommentiert im "FOCUS" die neueste Umfrage zu diesem Themenkomplex – ich zitiere:

"Erneuerbare Energien könnten herkömmliche Energiearten nicht so schnell ersetzen, wie dies die Umwelt-Lobby glauben machen will. Deswegen müsse die traditionelle Energieerzeugung noch eine ganze Weile genutzt werden."

Dies meinen die meisten Bundesbürger. Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört. Das meinen die meisten Bundesbürger. Das sind nicht meine Worte und sie stammen auch nicht aus einem CDU- oder FDP-Parteiprogramm, sondern sie sind das Ergebnis einer Forsa-Umfrage vom 7. bis zum 13. April, die der "FOCUS" veröffentlicht hat.

(Karin Timmermann SPD: Haben Sie sie bestellt?)

Ich habe Sie nicht gestellt, absolut nicht,

(Karin Timmermann SPD: Bestellt, nicht gestellt!)

das ist keine Statistik von mir.

Die Überschrift dieses Artikels lautet nicht etwa "Atomkraft? – Nein danke", sondern "Atomkraft? – Ja bitte". Die große Mehrheit der Bürger bewertet die Nutzung der Kernenergie eher gelassen und pragmatisch. Ohne Atomstrom gehe es nicht meinen 81 Prozent der Bundesbürger. Frau Dr. Schaal, Sie haben das gerade genau andersherum gesagt. Natürlich, mit Umfragen ist das immer so eine Sache. Das ist die neueste Umfrage und auf diese beziehe ich mich.

(Ingo Egloff SPD: Sagen Sie doch mal, wie es wirklich ist!)

Auch 79 Prozent Ihrer Anhänger, liebe SPD-Kollegen, sind dieser Meinung. Insgesamt vertreten nur 15 Prozent der Befragten die Position, man könne gänzlich auf Atomstrom verzichten. Für Laufzeitverlängerungen, auch das belichtet die Umfrage, plädieren 44 Prozent der Bundesbürger, davon 35 Prozent SPD-Anhänger.

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion ist inhaltlich eigentlich schon alles gesagt, Frau Dr. Schaal, und auch vor dem Hintergrund Ihrer gut gelungenen Recherche über den zeitlichen Ablauf kann ich nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir immer noch keine Regelungskompetenz haben. Brunsbüttel und Krümmel liegen nach wie vor in Schleswig-Holstein. Wir können nicht mehr tun, als zum Ausdruck zu bringen, dass auch wir uns wünschen, Brunsbüttel und Krümmel abzuschalten. Wir haben nicht die Möglichkeit, einen derartigen Druck auf den Betreiber auszuüben, wie Sie sich das wünschen.

Übrigens erschließt sich mir die Verknüpfung der Störfälle in Brunsbüttel und Krümmel mit der allgemeinen Laufzeitverlängerung nicht, wie Sie sie in Ihrem Antrag vornehmen und wie dies auch die "Kettenreaktion" tut.

(Birgit Stöver)

Hinsichtlich der Kernenergie herrscht bei allen Parteien Einigkeit, dass keine neuen Kraftwerke gebaut und die bestehenden abgeschaltet werden sollen.

(Ingo Egloff SPD: Fragt sich nur wann, aber nicht nach 60 Jahren!)

Dissens – Herr Egloff, sicherlich auch größerer Dissens – besteht allerdings über das Wann und Wie. Die unterschiedlichen Positionen der GAL und der CDU sind bekannt und im Hamburger Koalitionsvertrag festgehalten. Die Union betrachtet das Thema differenzierter als lediglich: "Atomkraft? – Nein danke".

Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Der Koalitionsvertrag hat auf Bundesebene festgeschrieben, die Nutzung erneuerbarer Energien konsequent auszubauen. In der Übergangszeit, bis die Speicherung technologisch geklärt ist und erneuerbare Energien einen ausreichenden Anteil der Versorgung bestreiten, soll die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängert werden. Dieses soll dem Ausbau erneuerbarer Energien finanziell zugute kommen.

Die CDU geht weiterhin davon aus, dass wir einen Energiemix aus grundlastfähigen und regenerativen Energien brauchen. Die Kernenergie gehört als Brückentechnologie dazu, aber sie ist degressiv und ihre Bedeutung wird abnehmen. Die erneuerbaren Energien hingegen stellen eine unendliche Ressource dar und sind in ihrer Nutzung progressiv. Kernenergie soll als Technologie sobald als möglich entfallen, aber dafür müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein.

Erstens: Eine sichere und zuverlässige Energieversorgung muss auch ohne Kernenergie entstehen.

Zweitens: Die Energiepreise müssen bezahlbar bleiben, sonst wird der Bürger eine Umstellung nicht mittragen.

Drittens: Es muss eine notwendige Netzanpassung erfolgen, denn erneuerbare Energien funktionieren nicht nach dem alten Konzept Grund-, Mittel- und Spitzenlast.

(Dr. Monika Schaal SPD: Oh, Sie haben was gelernt!)

Der Wind weht nicht immer und die Sonne scheint nicht immer. Um die erneuerbaren Energien in das bestehende Energienetz zu integrieren, bedarf es regulierbarer Kraftwerke, einer intelligenten Steuerung der Nachfrage und eben einer Anpassung der Netze selber. Mit dem Aufbau dieser intelligenten Stromnetze sollten wir schleunigst beginnen.

Mit Punkt 2 des Petitums im SPD-Antrag habe ich so meine Schwierigkeiten. Stadt und Presse sind voll von Ankündigungen und Werbung für die "Kettenreaktion" von Brunsbüttel nach Krümmel. Ich

halte diese Gemeinschaftsaktion für eine gute Aktion.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wo stehen Sie denn? – Ingo Egloff SPD: Kommen Sie auch mit! Wir haben noch einen Platz im Bus frei!)

– Sie haben noch einen Platz frei? Dann muss ich mir das noch einmal überlegen. Aber das Wochenende gehört eigentlich immer der Familie

(Ingo Egloff SPD: Die können sie auch mitbringen!)

und wir haben einen Geburtstag. Schauen wir mal.

Ich halte diese Gemeinschaftsaktion für eine gute Sache und sie wird ihre Symbolwirkung nicht verfehlen, da bin ich mir sicher. Ich halte es aber für eine Frage des Stils, das Parlament nicht für Werbezwecke zu nutzen; das ist meines Erachtens nicht der richtige Ort dafür.

(Beifall bei der CDU)

Zum Zusatzantrag der LINKEN: Sie fordern einen Bericht, was wir bereits im September getan haben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Der immer noch nicht da ist!)

– Der immer noch nicht da ist.

Wir werden den Antrag dennoch ablehnen, weil die von Ihnen gesetzte Frist bis zum 31. Mai sicher nicht realistisch ist. Wir haben im September einen Bericht gefordert und sollten nun im Umweltausschuss noch einmal gemeinsam hinterfragen und Druck machen.

Abschließend möchte ich sagen: Es ist immer schöner, für etwas zu sein als gegen etwas zu sein. Die CDU ist nicht gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In zwei Tagen findet die "Kettenreaktion" statt – eine großartige Aktion. Man kann nicht oft genug dafür werben und mir ist es auch ganz wichtig, das an dieser Stelle zu tun.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN – Michael Neumann SPD: Gut, dass wir es angemeldet haben!)

Diese Aktion steht übrigens in der Tradition vieler weiterer Aktionen gleicher Art. 1983 gab es eine über 100 Kilometer lange Kette von Stuttgart nach Neu-Ulm gegen atomare Aufrüstung, 1984 haben sich im Wendland 10 000 Menschen an einer Menschenkette beteiligt und 2009 beteiligten sich

(Jenny Weggen)

20 000 Menschen an einer 53 Kilometer langen Lichterkette von Braunschweig über die Asse bis zum Schacht Konrad. Übermorgen soll nun eine Menschenkette die Atomkraftwerke Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel miteinander verbinden und dabei mitten durch Hamburg gehen, um gegen Atomkraft und vor allem gegen die geplanten Laufzeitverlängerungen zu demonstrieren. 120 Kilometer – das wäre ein neuer Rekord.

Krümmel und Brunsbüttel sind zwei AKWs in unmittelbarer Nähe Hamburgs. Sie sind schrottreif und deshalb auch schon seit über zwei Jahren nicht mehr am Netz. Die beiden Zwischenfälle, die dort erneut aufgetreten sind, zeigen mehr als deutlich, dass sich an diesem Zustand nichts geändert hat. Frau Dr. Schaal hat schon ausgeführt, was dort passiert ist. Obwohl beide Reaktoren stillstehen, machen sie immer noch Probleme. Solche Zwischenfälle sind absolut alarmierend. Allerdings sind es bei weitem keine Einzelfälle. Es kann davon ausgegangen werden, dass es in deutschen Atomkraftwerken fast täglich zu derartigen Zwischenfällen kommen kann und auch kommt.

Meine Damen und Herren! Ich und meine Fraktion haben uns mehrfach sehr deutlich geäußert, dass die Pannereaktoren Krümmel und Brunsbüttel nicht wieder ans Netz gehen dürfen. Wir haben im Herbst letzten Jahres gemeinsam mit der CDU einen Antrag vorgelegt und verabschiedet, der fordert, dass Krümmel dauerhaft stillgelegt werden muss. Es folgen immer neue Pannennachrichten, die unterstreichen, dass Krümmel nicht sicher ist. In Brunsbüttel sieht es offenbar genauso aus. Somit hat unser Antrag nicht an Aktualität verloren.

(Beifall bei der GAL)

Man darf aber auch nicht komplett die Augen davor verschließen, dass die zuständige Behörde für Krümmel und Brunsbüttel eben nicht in Hamburg liegt und dass wir auch nicht die Atomgesetze machen. Wenn Sie signalisieren, wir seien dafür verantwortlich, was in Krümmel und Brunsbüttel passiert, dann ist das ein wenig fehl am Platze. Auch über die Laufzeitverlängerung entscheiden nicht wir hier in Hamburg. Wenn man Ihre Anträge liest, dann hört sich das bisweilen so an, aber so ist es leider nicht.

Wir wollen den Verantwortlichen auf die Finger schauen, das haben wir in unserem Antrag gefordert und das tun wir auch.

(Beifall bei der GAL)

Die deutschen Meiler kommen mittlerweile in die Jahre, sie werden älter. Gebrauchs- und Altersspuren sind dabei nicht auszuschließen. Welche Pannenserien daraus entstehen können, zeigt Krümmel sehr eindrucksvoll. Dabei werden jetzt sogar Laufzeitverlängerungen von 28 Jahren diskutiert, sodass sich die Laufzeiten auf insgesamt 60 Jahre

verlängern könnten. Das halte ich für absolut unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Jedes Jahr Laufzeit von Atomkraftwerken ist eines zuviel, aber 60 Jahre sind einfach nur Wahnsinn.

Verlängerungen der Laufzeiten hätten schwerwiegende Folgen. Das möchte ich gern noch einmal an drei Beispielen verdeutlichen.

Erstens: Sie führen zu Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten der kleineren Versorger, die nicht von der hoch subventionierten Atomenergie profitieren. Bundesweit fließen ein Drittel der Forschungsgelder für Energie in die Atomenergie; das ist viel zu viel. Viele Stadtwerke wehren sich aktuell gemeinsam gegen die Verlängerungspläne, weil sie endlich Planungssicherheit für neue, kleine und effiziente Gaskraftwerke haben möchten, die übrigens eine gute Alternative darstellen, um erneuerbare Energien und den Stromausfall auszugleichen.

Zweitens: Außerdem wird so der Ausbau erneuerbarer Energien blockiert, so werden wir unsere Klimaschutzziele in Deutschland sicher nicht erreichen können. Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, dürfen wir keine unflexiblen Kraftwerksriesen wie die Atomkraftwerke mehr laufen lassen, denn diese passen sich dem Wind und der Sonne nicht an. Nicht zuletzt bleibt das Risiko noch länger bestehen, dass irgendwann auch ein Atommeiler in Deutschland in die Luft fliegt; das Risiko wird nicht unwahrscheinlicher.

Die Menschenkette soll auch an den 24. Jahrestag von Tschernobyl am kommenden Montag erinnern. Eine solche Katastrophe kann erneut jeden Moment, jeden Tag und überall passieren und das auch vor unserer Haustür. Viele Experten gehen davon aus, dass es eigentlich nur eine Frage der Zeit ist. Das können wir nicht wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es sprechen viele ökonomische und rechtliche Gründe dagegen, den Atomausstieg aufzubrechen. Das ist aber absolut kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Frau Dr. Schaal hat bereits das interessante Schriftstück des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zur Laufzeitverlängerung angesprochen. Dieses beschreibt, dass der Ausstieg aus dem Atomkonsens nur möglich ist, wenn der Bundesrat zustimmt. Im Bundesrat sind Vertreter aller Parteien, die auch hier anwesend sind, vertreten. Bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen wird im Übrigen auch darüber entschieden, ob Schwarz-Gelb seine Mehrheit im Bundesrat halten kann. Die Wahl in Nordrhein-Westfalen ist somit auch eine Entscheidung über den Atomausstieg.

(Jenny Weggen)

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Menschenkette am Sonnabend ist eine großartige und wichtige Aktion, um das Thema auch noch einmal deutlicher an die Öffentlichkeit zu bringen und deutlich zu machen: Atomkraft – Nein danke!

Liebe SPD! Die Stoßrichtung Ihres Antrags ist richtig, das kann ich nur unterstreichen,

(Dr. Monika Schaal SPD: Dann tun Sie doch was!)

aber Sie fordern hier auch nichts wirklich Neues. Wir haben mit unserem Antrag im Herbst bereits die gleiche Stoßrichtung verfolgt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Nee, haben Sie nicht!)

Darüber hinaus ist es auch kein Geheimnis, dass wir hier im Haus und auch innerhalb der Koalition dieses Thema nicht unbedingt gleich bewerten; das ist auch in dieser Debatte schon deutlich geworden. Außerdem sehen wir keine Notwendigkeit, schon wieder das Gleiche zu fordern; es macht doch Sinn, den Bericht abzuwarten. Hierbei müssen wir selbstverständlich noch einmal Druck machen und uns genau ansehen, was daraus abgeleitet werden muss. Liebe LINKE, deswegen halte ich an dieser Stelle Ihren Antrag auch für hinfällig, da Sie genau diesen Bericht beschreiben, der auch kommen wird

(Dora Heyenn DIE LINKE: Fragt sich nur wann!)

und den wir noch ausführlich diskutieren wollen und wo wir schauen wollen, was man daraus ableiten muss.

(Dr. Monika Schaal SPD: Den Aufruf wollen Sie diskutieren? Wie denn das! – Dora Heyenn DIE LINKE: Nein, den Bericht!)

Wir als GAL-Fraktion unterstützen die Menschenkette. Wir werden als Fraktion am Samstag geschlossen in der Kette stehen. Wir unterstreichen die Forderung, dass Krümmel und Brunsbüttel nicht wieder ans Netz dürfen. Wir lehnen Laufzeitverlängerungen für AKWs vehement ab. Die Menschenkette am Samstag soll zeigen, dass Atomkraft nicht nur eine Technologie aus dem letzten Jahrtausend ist und der Weg frei werden muss für sauberen Strom, sondern auch, dass ein Großteil der Bevölkerung das so sieht.

Es gibt auch verschiedene Umfragen, die mit unterschiedlichen Fragestellungen abfragen. Nach den Zahlen, die ich habe, sind 62 Prozent der Bevölkerung für den Atomausstieg. Ich denke, dieses gesellschaftliche Klima muss auch auf der Straße sichtbar werden. Wir als GAL-Fraktion sind bei der "Kettenreaktion" dabei und ich hoffe, Sie und viele Hamburgerinnen und Hamburger auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es in dieser Debatte?

(Jens Kerstan GAL: Das ist eine gute Frage!)

Das ist eine sehr wichtige Frage und für die GAL besonders wichtig. Es geht erstens um die Frage, wie die Beschlüsse der Bürgerschaft vom Senat umgesetzt werden.

Die zweite Frage ist: Wie steht es um die Glaubwürdigkeit und wie kann man die Politikverdrossenheit absenken oder erhöhen? Frau Weggen, Sie haben eben mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie am 1. September mit der CDU gemeinsam einen Antrag gestellt haben auf Stilllegung von Krümmel. Das ist nicht der Fall, um es ganz deutlich zu sagen. Sie haben zwar diesem Antrag werbewirksam die Überschrift gegeben: Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Aber was dann im Antrag steht, hat mit Stilllegung gar nichts zu tun. Falls Sie vergessen haben, was für einen Antrag Sie gestellt haben und was die Bürgerschaft beschlossen hat, lese ich es Ihnen gern noch einmal vor.

(Rolf Harlinghausen CDU: Was wollen Sie denn eigentlich?)

In Ihrem Antrag steht:

"Die Bürgerschaft möge beschließen, dass eine genaue Aufarbeitung stattfinden muss, wie es am 4. Juli 2009 zu einem erneuten Zwischenfall im AKW Krümmel kommen konnte, vor allem unter Berücksichtigung, dass schon im Juni 2007 ein ähnlicher Vorfall zur Abschaltung des AKW geführt hatte."

Das ist vor acht Monaten gewesen. Jetzt höre ich, Sie von der CDU können unserem Antrag immer noch nicht zustimmen, weil es noch dauert. Wieso braucht man denn so lange, um eine Aufarbeitung eines Störfalls zu machen? Das finden wir ungeheuerlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn die Bürgerschaft etwas beschließt, dann muss der Senat das umsetzen, ob es ihm passt oder nicht.

Dann geht es in Ihrem Antrag weiter und es wird richtig spannend und semantisch:

(Dora Heyenn)

"Bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb muss das AKW Krümmel dauerhaft stillgelegt werden."

Das steht in Ihrem Antrag. Das heißt nicht, dass Sie das Atomkraftwerk Krümmel sofort stilllegen wollen, sondern Sie wollen es erst dann tun, wenn Ihre Zweifel beendet sind. Offenkundig haben Sie immer noch Zweifel daran, dass es wirklich unsicher ist, denn sonst hätten Sie sich schon lange geäußert, denn letztendlich hat es im letzten Monat, am 12. März, einen erneuten Zwischenfall in dem abgeschalteten Kernkraftwerk Krümmel gegeben und wir haben immer noch nicht gehört, ob Sie noch Zweifel haben oder keine mehr. Oder müssen wir langsam verzweifeln, weil Sie nicht zu Potte kommen?

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dann haben Sie in Ihrem Antrag gefordert:

"Der Senat wird aufgefordert, trotz der beschränkten Kompetenzen Hamburgs"

– die Sie immer so unendlich bedauern –

"bei den zuständigen Stellen zu erwirken, dass die Ereignisse und Versäumnisse genau geprüft werden und die Stadt Hamburg [...] informiert wird."

Vielleicht hat es etwas damit zu tun, dass wir von der Bürgerschaft noch nichts gehört haben, weil wir nicht die Stadt Hamburg sind, aber so geht es nicht, wir müssen endlich einen Bericht bekommen. Warum Sie Ihrem Antrag kein Datum gegeben haben, kann ich nicht verstehen und deshalb holen wir von der LINKEN das jetzt nach. Wir werden darum bitten, dass zum 31. Mai endlich ein Bericht über den Störfall im Sommer letzten Jahres und auch über diesen Störfall am 12. März dargelegt wird und über Brunsbüttel gleich noch mit.

Frau Dr. Schaal hat darauf hingewiesen, dass beim Wiederanfahren des AKWs Krümmel im Sommer 2009 eine erhebliche Störung stattgefunden hat, dass die Ampeln ausgefallen sind, dass die Wasserrohre geplatzt sind, dass die Straßen sich in Bäche verwandelt haben und dass Betriebe ihre Arbeit einstellen mussten. Das alles hängt mit Kosten zusammen. Wir von der LINKEN erwarten, dass, wenn der Bericht vom Senat kommt – und wir hoffen, dass er möglichst schnell kommt –, noch einmal deutlich gemacht wird, welche Kosten dort entstanden sind und wer die Kosten übernimmt, oder ob es in diesem Fall nicht nach dem Verursacherprinzip geht, also nicht Vattenfall bezahlt, sondern der Hamburger Steuerzahler. Das wollen wir alles wissen.

Wenn die GAL inhaltliche Probleme in Ihrer Koalition hat, dann muss sie selbst wissen, wie sie dies löst.

(Jens Kerstan GAL: Das kriegen wir auch hin!)

Das ist ganz allein Ihr Problem, es war Ihre Entscheidung, in diese Regierung zu gehen. Es geht aber nicht, dass Sie sich außerhalb des Parlaments – das klang eben schon wieder an – als der verlässliche Partner im Kampf gegen Atomkraft gerieren, auf Ihre Kompetenz bei diesem Thema pochen, aber innerhalb des Parlaments nicht einmal mehr erwähnen, dass Sie für eine sofortige Stilllegung von Krümmel und Brunsbüttel sind.

Der Gipfel ist die Presseerklärung aus der GAL-Bürgerschaftsfraktion.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Welche?)

Es ist von mehreren Seiten darauf hingewiesen worden, dass die "Kettenreaktion" ein sehr, sehr breites Bündnis ist. Daran ist die SPD beteiligt, DIE LINKE, die GAL, Attac, viele Verbände und auch die Gewerkschaften, deren Unterstützung wir ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Nun lese ich Ihnen vor, was in der Presseerklärung der GAL-Fraktion steht:

"Am kommenden Samstag wird diese zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel auf einer Strecke von über 120 Kilometern auch quer durch Hamburg verlaufen. Damit wollen AtomkraftgegnerInnen und die GAL ein deutliches Zeichen [...] setzen."

Ich finde es eine absolute Frechheit, so aus dem Bündnis auszuscheren und so zu tun, als seien Sie die einzige Partei, die sich dafür stark macht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

In dieser Presseerklärung sprechen Sie über alles, aber eine der Kernforderungen der "Kettenreaktion" am Wochenende ist jedoch ganz eindeutig die sofortige Stilllegung von Krümmel und Brunsbüttel. Das fordern Sie nicht mehr, das haben Sie auch heute nicht mehr gefordert. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Wolfgang Rose SPD: Was sagt die CDU dazu?)

– Das ist genau das Stichwort. Frau Dr. Schaal hat gefragt, wie grün die CDU sei. Ich frage jetzt: Wie schwarz ist denn die GAL?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Tatsache ist, dass die GAL im Parlament wirklich gar nichts unternommen hat, um die Atomkraft in der Metropolregion Hamburg wirklich zurückzudrängen und dafür zu sorgen, dass die Schrottreaktoren abgeschaltet werden. Alles, was Sie der

(Dora Heyenn)

CDU abgerungen haben, ist, über einen Zweifel nachzudenken und Beschlüsse zu fassen wie am 1. September, die nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind, weil wir nichts davon bekommen. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

In Ihrer Presseerklärung ziehen Sie den Vergleich, dass die Schrottreaktoren abgeschaltet werden müssten wie alte Autos, kaputte Toaster oder kaputte Rasierer. Dies ist genau das Kernproblem: Atomkraft kann man nicht mit anderen Technologien vergleichen. Das birgt Risiken, die wir überhaupt nicht abschätzen können. Sie erzählen doch auch überall, dass es ganz andere Ebenen von Risiken sind, ganz andere Dimensionen von Risiken. Dies mit Toastern, Rasierern oder Autos zu vergleichen, geht überhaupt nicht. Wenn es so ein wichtiges Thema für Sie ist, dann sollten Sie hier im Parlament Ihre taktischen Manöver nicht zulasten dieses wichtigen Themas machen. Hier müssen Sie Ihrem großen Partner einmal zeigen, wo es langgeht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir unterstützen ausdrücklich den Antrag der SPD.

(Ingo Egloff SPD und Klaus-Peter Hesse CDU: Warum? Wozu?)

– Warum? Das will ich Ihnen gern sagen. Auch wir sind der Auffassung, dass die AKWs Brunsbüttel und Krümmel sofort stillzulegen sind. Auch wir sind gegen generelle Laufzeitverlängerungen, wir wären darüber hinaus auch noch gegen die Übertragungen von Laufzeitverlängerungen, Sie vielleicht auch.

Der weitere Punkt: Auch wir unterstützen die "Kettenreaktion" und wir fänden es gut, wenn sich auch die CDU daran beteiligen würde. Dann hätten wir wieder einmal einen übergreifenden Konsens in diesem Hause. Frau Stöver überlegt schon, ob sie mit ihren Kindern nicht doch lieber zur "Kettenreaktion" kommt; das fände ich sehr schön.

In der Presseerklärung der GAL wird geschrieben, dass sich vor dem Hamburger Rathaus – das ist sehr interessant – die GAL trifft, um für die "Kettenreaktion" und gegen die Atomkraft zu demonstrieren. Im Hamburger Rathaus sieht das immer ein bisschen anders aus. Aber ich finde es wirklich erstaunlich, dass als letzter Satz in Ihrer Presseerklärung steht, dass Sie der Atomlobby mit Trillerpfeifen signalisieren wollen, dass deren Spiel abgepfiffen werde.

Liebe GAL! Ich schätze Sie alle persönlich sehr, aber Sie spielen hier wirklich ein doppeltes Spiel, was die Atomkraft anbetrifft. Und Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht vom Wähler abgepfiffen werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Farid Müller GAL*: Was spielen Sie für ein Spiel, Frau Heyenn?)

Jetzt zu unserem Antrag. Warum haben wir noch einen Zusatzantrag gestellt? Wir möchten unbedingt, dass der Senat die Beschlüsse der Bürgerschaft umsetzt. Offenkundig macht er es immer dann nicht, wenn keine Termine genannt sind. Deswegen möchten wir verbindlich bis zum 31. Mai einen Bericht haben über den Vorfall vor acht Monaten. Das muss wohl möglich sein. Wir möchten auch über die anderen Zwischenfälle eine Aufarbeitung haben und deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir sagen jetzt schon ganz ausdrücklich, weil hier schon wieder der Flurfunk funktioniert: Wir sehen das nicht so wie die GAL in ihrer Presseerklärung. Da lautet der erste Satz, dass die Bürgerschaft heute über Atomkraft debatierte. Nein, wir wollen heute auch Beschlüsse fassen, wir wollen abstimmen.

(*Farid Müller GAL*: Es kommt doch eine Abstimmung!)

Wir möchten, dass über unseren Antrag und den Antrag der SPD abgestimmt wird und nicht an einen Ausschuss überwiesen und dort beerdigt wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Bevor ich Frau Krischok das Wort erteile, habe ich zwei Bitten. Es gibt wieder diese Diskussionsgruppen, die die Möglichkeit erschweren, den Rednerinnen und Rednern zuzuhören. Deswegen darf ich darum bitten, die Diskussionen außerhalb des Saals durchzuführen. Vielleicht mag man sich daran halten, Herr Hecht! – Vielen Dank.

Dann noch ein Wort an Sie, Frau Heyenn. Ich bin bekannt dafür, dass ich nicht so schnell Ordnungsrufe erteile, aber zwei Ausdrücke, die ich in letzter Zeit wieder mehrfach vernommen habe, gehören nicht unbedingt zu unserem vereinbarten parlamentarischen Sprachgebrauch. Das sind "Frechheit" und "Unverschämtheit". Vielleicht mögen Sie künftig daran denken. Vielen Dank. – Dann gebe ich jetzt Frau Krischok das Wort.

Anne Krischok SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die Opposition ein solch wichtiges Anliegen wie die Abschaltung der maroden Atomkraftwerke in Brunsbüttel und Krümmel nach einer Ablehnung durch CDU und GAL nicht einfach achselzuckend zur Kenntnis nimmt, müsste insbesondere Sie von den Grünen freuen, weil Sie stets für den Atomausstieg gewesen sind. Wenn man das am Rande sagen darf: Faktisch gibt es eine Mehrheit hier im Parlament bei denje-

(Anne Krischok)

nigen, die für den Atomausstieg und gegen die Kernkraft sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider* und *Dora Heyenn*, beide *DIE LINKE*)

Sie sind jetzt allerdings in der misslichen Situation, sowohl als auch sein zu müssen. In Ihrer Haut möchte ich nicht stecken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Farid Müller GAL*: Warum müssen wir das?)

Wenn ich an die Debatte vom 25. Februar in der Bürgerschaft erinnern darf, so hatten wir bereits einen Antrag zum Atomausstieg vorgelegt. Selbst Frau Stöver hatte in der Bürgerschaft beklagt, dass vonseiten Vattenfalls weder eine lückenlose Aufklärung der jüngsten Störfälle im AKW Brunsbüttel noch eine ausreichende Berichterstattung erfolgt sei. Man kann sich immer noch fragen, warum der Hamburger Senat nicht auf Schleswig-Holstein und Vattenfall zugehen kann und diese Berichte aktiv einfordern. So säen Sie den Verdacht, dass Vattenfall selbst nach über einem halben Jahr nicht wisse, warum es zu diesen Störfällen gekommen ist. Insofern ist es auch folgerichtig, dass Frau Heyenn mit dem Antrag jetzt eine Frist setzt, damit wir endlich Klarheit darüber haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Weggen, Sie sind auf den Antrag von CDU und GAL vom 1. September 2009 eingegangen. CDU und GAL hatten den Senat nach den schwerwiegenden Störfällen in Brunsbüttel aufgefordert, hier für Klarheit zu sorgen und uns Abgeordnete zu informieren. Inzwischen muss man Sorge haben, dass der Senat die Regierungsfaktionen überhaupt nicht mehr ernst nimmt, denn dieser Bericht, das wurde uns schon vorhin gesagt, liegt uns immer noch nicht vor. Vielleicht auch deswegen, weil dort gefordert wurde, dass bei Zweifel am weiteren sicheren Betrieb das AKW Krümmel dauerhaft stillgelegt werden müsse. Gibt es diese Zweifel?

Frau Weggen, Sie sagten, man müsse den Verantwortlichen auf die Finger schauen. Ich denke, Sie müssen auch dem Senat auf die Finger schauen und den Bericht endlich einmal einfordern.

Die Frage der Bundeskompetenz hat Frau Stöver noch einmal angesprochen, wie auch schon in der letzten Debatte zu diesem Thema. Wenn CDU und Grüne in der Bürgerschaft darauf verweisen, dass man nichts tun könne und allein der Weisheit der neuen schwarz-gelben Bundesregierung vertrauen solle und nicht einmal eine politische Position zu der Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern haben, finde ich das mehr als peinlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Dass die Bundesregierung nicht alles zum Besten gemacht hat, sieht man jetzt auch daran, dass der Bundestag zu Gorleben einen Untersuchungsausschuss eingerichtet hat. Es liegt der Verdacht der Manipulation von Unterlagen vor.

Zur Frage der Verlängerung der AKWs: Die deutschen Kernkraftwerke sollen nach den Plänen der Union bis zu 60 Jahre laufen. Minister Röttgen favorisiert zwar nur – in Anführungszeichen – acht Jahre Laufzeitverlängerung, aber die Überprüfung längerer Laufzeiten von 28 Jahren hat er zugelassen. Damit stellt der Umweltminister unter Beweis, dass sein Wort von der Brückentechnologie bewusste Volksverdummung ist. 28 Jahre längere Laufzeit sind der Ausstieg aus dem Atomausstieg. Auch acht Jahre längere Laufzeiten sind eine Brücke ins Nichts, denn sie verhindern einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien, verfestigen Monopole und behindern einen fairen Wettbewerb am Strommarkt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Wer sagt das?)

Frau Stöver, das ist auch der eigentliche Grund, warum die erneuerbaren Energien nicht so schnell zum Ziel führen, wie wir uns es hoffentlich alle wünschen.

Die Endlagerfrage Asse ist weiterhin noch ungeklärt, sie hat sich eher sogar noch verschärft. Nach Ansicht des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, ist Asse als Atom-mülllager völlig ungeeignet. Vor dem Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags sprach er davon, dass nie radioaktive Abfälle in das Bergwerk hätten eingelagert werden dürfen und die Asse eine tickende Zeitbombe sei.

(Zuruf aus dem Plenum: Hören Sie doch auf!)

– Nein, ich höre nicht auf. Ich höre dann auf, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, denn dann brauche ich jetzt nicht weiter zu reden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zur Endlager-Frage in Gorleben: Es steht fest, dass die Verlängerung von Betriebsplänen zur Erkundung des Salzstocks Gorleben unzulässig ist. Der Standort Gorleben war von Anfang an politisch gewollt und ist nie wissenschaftlich abgesichert worden. Dies erhärten die unlängst veröffentlichten Originaldokumente durch Greenpeace. Fakt ist auch, dass es kein in Betrieb befindliches Endlager gibt, das den Kriterien eines dauerhaften und sicheren Einschlusses des hochaktiven Atommülls genügt.

(*Rolf Reincke CDU*: Das lässt sich nicht immer verhindern!)

Frau Stöver, Sie hatten Frau Dr. Schaal gesagt, dass wir das Parlament nicht für Werbezwecke missbrauchen sollten. Da sind wir dem guten Bei-

(Anne Krischok)

spiel Ihrer Umweltsenatorin gefolgt und der Weisheit des Senats. Schauen Sie einmal in die Fortschreibung der Klimaschutzdrucksache, Petition, Punkt 2. Da steht ein ausdrücklicher Appell an alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen, an der Verwirklichung der Handlungskonzepte und so weiter mitzuwirken. Dies ist eine Appellwirkung und insofern frage ich mich, warum unsere Appellwirkung ein Werbezweck sein soll.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ihre Fraktion ist eingeschlafen!)

– Herr Hecht, Sie sitzen da, das ist gut, ich wollte Sie nämlich gerade ansprechen.

Sie hatten am 25. Februar gesagt, dass in Bezug auf den Atomausstieg und die Störfälle in Brunsbüttel von einer Phantomdebatte gesprochen werde. Deswegen hoffe ich, dass am Sonnabend eine Menschenkette von über 100 000 Menschen Sie und uns alle eines Besseren belehren wird. Vielleicht treffen wir uns dort. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir führen diese Debatte heute nicht zum ersten Mal.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt wird er wieder staatstragend!)

Eigentlich hatte ich nicht vor, ans Rednerpult zu kommen, denn zum vierten Mal nacheinander bekannte Positionen auszutauschen und noch einmal über die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause oder innerhalb der Koalition bezüglich der Atomkraft zu reden, ist irgendwann ein unfruchtbares Vorhaben.

Aber, Frau Heyenn, Ihre Rede hat mich doch dazu gebracht, noch einmal nach vorn zu gehen, denn ich habe eine Frage an Sie. Wollten Sie mit dieser Rede eigentlich gegen die Atomkraft kämpfen oder sich an der GAL abarbeiten?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Diese Frage stellt sich doch hier ein wenig. Natürlich können Sie sich an der GAL abarbeiten, wie Sie es in Ihrer Rede zu 100 Prozent getan haben, aber dann beantworten Sie doch einmal die Frage, ob uns das nur einen einzigen Schritt dem Atomausstieg näher bringt.

(Wolfgang Rose SPD: Recht hat er!)

Wie ehrlich ist es denn eigentlich, Frau Heyenn, hier immer wieder den Eindruck zu suggerieren, es

bräuchte nur eines Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft und schon wären Krümmel und Brunsbüttel abgeschaltet. Sie selbst wissen, dass das ein bundespolitisches Thema ist, dass die Aufsicht in Schleswig-Holstein liegt, dass die Koalition in diesem Punkt nicht einig ist und wir uns von daher in diesem Punkt in der Regel enthalten.

Aber nehmen wir einmal rein theoretisch an, die rechnerische Mehrheit in diesem Parlament, die gegen Atomkraft ist, nämlich SPD, DIE LINKE und die Grünen, würden einen solchen Beschluss fassen. Was würde sich dann eigentlich ändern? Sie wissen genauso gut wie wir, dass sich nichts ändern würde, denn im Bundestag sind die Mehrheiten die gleichen und auch im Bundesrat sind sie es, unabhängig davon, was wir hier beschließen.

Wer betreibt hier eigentlich doppeltes oder falsches Spiel, wenn Sie ständig behaupten, wir müssten uns nur durchsetzen und morgen würden Krümmel und Brunsbüttel abgeschaltet. Diese Frage stellt sich nach Ihrer Rede wieder sehr deutlich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wie Sie genau wissen, liegt die Aufsichtsbehörde von Brunsbüttel und Krümmel in Schleswig-Holstein. Von daher ist es vollkommen sinnlos, den Hamburger Senat aufzufordern, endlich den Untersuchungsbericht vorzulegen. Das kann der Hamburger Senat nicht, weil er keinen Zugang zu den Anlagen hat und weil er selbst keine Entscheidungskompetenzen hat. Er ist darauf angewiesen, dass Schleswig-Holstein diesen Bericht vorlegt. Solange die Landesregierung von Schleswig-Holstein das nicht tut, kann dieser Senat diesen Bericht nicht vorlegen.

Auch SPD und LINKE können das noch so oft fordern und Fristen setzen, auch das ist nur eine Scheinaktivität, weil es an der Realität nichts ändert. Darum noch einmal: Was ändert es eigentlich am Kampf gegen die Atomkraft, bringen uns solche fruchtlosen Appelle einen Schritt näher zum Atomausstieg? Das ist nicht der Fall. Und wer betreibt hier eigentlich ein doppeltes oder falsches Spiel? Das sind nicht wir Grüne, indem wir den Leuten draußen im Lande suggerieren, dass die Hamburger Bürgerschaft Entscheidungskompetenzen habe, die sie nicht hat.

Darum stellt sich die Frage, was wir jetzt tun müssen, um die Atomkraft abzuschalten in diesem Lande. Auf jeden Fall sollte man bei einem gemeinsamen Ziel keine Fensterreden halten wie Sie, sondern man muss auf die Straße gehen und dort Flagge zeigen. Das werden wir tun, hoffentlich auch zusammen mit Ihnen. Und man muss in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass es eine andere Mehrheit gibt in diesem Lande, sodass im Bundesrat die jetzige Mehrheit verlorenggeht. Dabei sind die LINKEN nicht sonderlich hilfreich, die dort

(Jens Kerstan)

in einer Trümmertruppe ein Wahlprogramm aufgestellt haben, das jedem vernünftigen Menschen verbietet, auch nur über eine Koalition nachzudenken, die dieses Ziel erreichen könnte. Das muss man auch einmal sagen, Frau Heyenn.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Anstatt zum sechsten Mal diese gleiche Debatte zu führen, noch einmal der Appell an die Bürgerinnen und Bürger, die wirklich etwas bewegen können: auf die Straße zu gehen, Flagge zu zeigen und auf der Straße den Druck zu erhöhen und bei der nächsten Bundestagswahl auch einmal die Parteien zu wählen, die für einen Atomausstieg eintreten. Darum würde ich mir wünschen, dass wir in Zukunft bei diesem Thema auch weiterhin gemeinsam agieren und nicht solche Scheindebatten führen, wie Sie es heute zu 100 Prozent getan haben. Das macht die Ernsthaftigkeit von Politik nicht aus, Frau Heyenn, und bringt uns dem Atomausstieg nicht entgegen. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

(Ingo Eglhoff SPD: Jetzt gibt's was an die Backen, Herr Kerstan!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, was Sie gerade über Nordrhein-Westfalen gesagt haben, kommt mir bekannt vor. Das kenne ich noch aus dem Hamburger Wahlkampf. Da waren wir die Mauerbauer, die Chaoten, die Kommunisten, die Trotzkisten und was weiß ich nicht alles und mit uns konnte man überhaupt nichts anfangen.

(Beifall und Zurufe bei der CDU)

Zwei Monate später hörte sich das schon ganz anders an und jetzt hat sich das auch alles völlig normalisiert. Wir können mit Messer und Gabel essen, in zusammenhängenden Sätzen reden und Menschen sind wir auch.

Mich ärgert an dieser ganzen Debatte, dass wir sie seit über 40 Jahren in dieser Republik führen und teilweise genau mit den gleichen Argumenten, die Frau Stöver wieder genannt hat. Es ist immer die gleiche Leier und wir kommen kein Stück vorwärts. Wenn Sie sagen, wir müssten auf die Straße gehen, Herr Kerstan, dann ist das richtig. Aber Parteien werden wegen ihrer Programme gewählt und Sie sind in Hamburg auch gewählt worden, damit Sie etwas gegen Atomkraft tun in dieser Stadt, weil das eine Ihrer Kernkompetenzen ist, wie Sie immer betonen. Wir von der LINKEN finden, dass Sie Ihre Position in diesem Hause und in dieser Koalition nicht nutzen. Sie tun viel zu wenig dafür und das ärgert mich.

(Farid Müller GAL: Sie belegen es ja nicht!)

Sie könnten weit mehr tun, stattdessen begnügen Sie sich mit Formelkompromissen, was überhaupt nicht geht. Das schadet nicht nur Ihnen, sondern es schadet uns allen, denn wenn wir innerhalb von Parlamenten anders reden und andere Forderungen haben als außerhalb, dann glaubt uns irgendwann kein Mensch mehr etwas, und das treiben Sie auf die Spitze. Sie tun immer so, als wären Sie die Einzigen, die sich gegen Atomkraft einsetzen. Wir haben es sehr wohl gehört, dass nur die Atomkraftgegner und die GAL zur "Kettenreaktion" gehen, der ganze Rest bleibt zu Hause und ist nicht mehr dabei. Das steht genauso in der Presseerklärung und das finde ich einfach nicht richtig.

Ich habe im Wahlkampf immer gehört, man müsse Verantwortung übernehmen. Sie müssen auch Verantwortung für Ihre Inhalte übernehmen und das tun Sie bei Weitem zu wenig. Darüber hinaus versuchen Sie, den Eindruck zu erwecken, als seien Sie immer noch die Partei, die sich überall dagegenstemmt, aber das tun Sie nicht. Wenn Sie sagen, was so ein Bericht soll, dann möchte ich Sie daran erinnern, dass es die CDU und die GAL waren, die den Antrag gestellt haben, der Senat möge einen Bericht vorlegen, und nun sagen Sie, das sei Blödsinn.

(Zuruf von der GAL: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Dann frage ich mich natürlich, warum Sie den Antrag gestellt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/5979. Wer sich diesem Antrag anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte nun dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/5841 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 53 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5853, Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion: Kreative Milieus: Flächen in der Speicherstadt aktivieren und bereitstellen.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Kreative Milieus: Flächen in der Speicherstadt
aktivieren und bereitstellen
– Drs 19/5853 –]**

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/5973 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Areal Oberhafen als "Kulturhafen" zu einem offenen Raum für kreative Nutzungen entwickeln!
– Drs 19/5973 –]

Die CDU-Fraktion möchte diesen Antrag federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Becker bitte.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Initiative, die ich Ihnen vorstellen möchte, geht es um die Speicherstadt. Wir wünschen uns, ausgehend von dem Gutachten über kreative Milieus, das Anfang des Jahres vorgelegt wurde, in der Speicherstadt Flächen für Künstler und Kreativwirtschaft zu entwickeln. In diesem Gutachten ist auch etwas über die Bereiche zu lesen, die sich als kreative Milieus eignen, und dazu gehört die Speicherstadt. Um etwas zur Vorgeschichte zu sagen – man lernt doch einiges bei der Recherche für einen solchen Wortbeitrag –, die Speicherstadt wurde ab 1883 erbaut, steht seit 1991 unter Denkmalschutz und wurde 2004 aus dem Hafengebiet entlassen. Das ist ein wichtiger Punkt gewesen, weil sich durch die Planung und Entwicklung der HafenCity die Situation eindeutig geändert hat. Vorher war die Speicherstadt nur sehr begrenzt als Lagerfläche für Kaffee- oder Teppichhändler verwendbar, nun hat sich eine ziemlich breite andere, auch kulturelle und kreative Nutzung dort angesiedelt und auch für das Fleetviertel entstehen positive Energien. Vermieter für die 300 000 Quadratmeter ist die HHLA und sie ist auch Planungsgewinner der ganzen Entwicklung. Sie hat früher wesentlich geringere Mieten erzielen können, jetzt ist das Mietenniveau deutlich angestiegen aufgrund der Entwicklung der HafenCity und der entstandenen Brückenfunktion zur inneren Altstadt. Dadurch ist die Lage natürlich sehr attraktiv geworden und auch einige Einrichtungen wie Dialog im Dunkeln oder diese große Modelleisenbahn haben sich angesiedelt.

Es gibt allerdings weniger als 700 Quadratmeter Atelierflächen und das möchten wir gerne ändern. Deswegen fordern wir in unserer Initiative den Senat auf, in Zusammenarbeit mit der HHLA und auch mit der Kreativagentur frei werdende Flächen für Künstler und die Kreativwirtschaft zur Verfügung zu stellen und eine nennenswerte und spürbare Entwicklung in diese Richtung mittelfristig in Gang zu setzen. Für diese Initiative hoffen wir natürlich auf Ihre Unterstützung.

Der Antrag der SPD ist aus meiner Sicht nicht wirklich ein Zusatzantrag, denn er befasst sich nicht mit der Speicherstadt, sondern es geht um den

Oberhafen. Im Prinzip brauchen wir diesen Antrag nicht, weil das alles im Gutachten "Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg" schon drinsteht und dieser Punkt würde sowieso auf die Tagesordnung kommen. Nichtsdestoweniger ist es richtig, über das Thema zu reden. Deswegen werden wir den Antrag überweisen, und zwar an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Kulturausschuss. Dieser Empfehlung sollten wir folgen, obwohl wir nicht der Meinung sind, dass man das Oberhafenquartier jetzt aus dem Geltungsbereich des Hafens entlassen sollte. Wir teilen da Ihre Auffassung nicht, denken aber, dass wir das Thema grundsätzlich im Ausschuss diskutieren sollten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren! Dieser Antrag von GAL und CDU spiegelt die derzeit konkrete politische Großwetterlage für das kreative Cluster in Hamburg wider. Auf der Basis des Koalitionsvertrags von CDU und GAL, des neuen Leitbildes "Wachsen mit Weitsicht" und des Gutachtens im Auftrag der BSU "Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg" soll für die Speicherstadt ein Konzept entwickelt werden, das dieses historische, denkmalgeschützte Ensemble Hamburgs noch stärker als bisher als Ort für Kultur erlebbar werden lässt. Dieser Antrag untermauert einmal mehr den politischen Paradigmenwechsel des Senats in der Nutzung von städtischen Immobilien: Konzept geht vor Kommerz.

(Beifall bei Viviane Spethmann CDU, bei Horst Becker und Farid Müller, beide GAL)

Ich merke in Gesprächen, dass man uns so nach und nach diese politische Umsteuerung in der öffentlichen Wahrnehmung auch abnimmt und sie nicht mehr nur für ein Lippenbekenntnis hält. Die CDU-Initiative "10° KUNST", insbesondere mit dem Künstlerwettbewerb "Wege in die HafenCity" in der letzten Legislaturperiode, hat sich auch bereits mit der Aktivierung von Flächen für Kultur und Kreativität entlang des zehnten Längengrades im Bereich der Speicherstadt befasst.

Auch hier noch einmal kurz zur Chronologie: Die Speicherstadt hat, beginnend mit dem Freihafen, eine lebendige Geschichte in Hamburg. Der Bau von 24 Speicherblöcken mit Lagerräumen und Kontoren auf einer Gesamtfläche von etwa 300 000 Quadratmetern entstand in drei Bauabschnitten und auch das Bild einer Stadt aus Speichern ist heute noch augenfällig. Die zunehmende Umnutzung der Speicher durch veränderte Bedarfe begann in den Neunzigerjahren und, wie schon mein Vorredner Herr Becker sagte, ist die Spei-

(Brigitta Martens)

cherstadt seit 1991 als Ensemble denkmalgeschützt.

Die seitdem begonnene behutsame Entwicklung hinsichtlich der zukünftigen Nutzung wollen wir in jedem Fall fortsetzen. Viele Kultureinrichtungen haben sich zwischenzeitlich in der Speicherstadt etabliert, hier nur einige Beispiele: Gewürzmuseum, Speicherstadtmuseum, Hamburg Dungeon, Miniatur Wunderland, Künstlerateliers und mehr. Das Besondere daran ist – meine Damen und Herren, da bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit –, dass viele von diesen Betrieben ausschließlich privat finanziert sind. Das beweist, dass ein großes Interesse der Kreativwirtschaft an diesem Ensemble besteht. Auch große Unternehmen wie beispielsweise Stage Holding und Warner Brothers schätzen inzwischen diese Immobilien mit der besonderen Atmosphäre.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass die Speicherstadt durch öffentlich zugängliche Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar bleibt. Die Bündelung von kreativer Nutzung an einem Ort schafft eine hohe Wahrnehmungsdichte. Ein gelungenes Beispiel in diesem Sinne ist das Kesselhaus mit dem Modell der HafenCity. Es kann von jedermann bei freiem Eintritt besucht werden. Die Speicherstadt soll auch Weltkulturerbe werden; das ist erklärtes Ziel. Zu berücksichtigen sind dabei die außerordentlich hoch angesetzten Maßstäbe der UNESCO, die insbesondere auch die Zukunftspläne mit dem Baudenkmal, und zwar ungefähr für die nächsten 20 Jahre, prüfen wird. Kulturelle Nutzungen lassen sich dabei hervorragend mit einer denkmalgerechten Nutzung in Einklang bringen.

An dieser Stelle, Herr Grote, möchte ich kurz noch etwas zu Ihrem Antrag sagen. Das Oberhafenquartier ist ein komplett anderes Quartier und Speicherstadt und Oberhafen sind hinsichtlich der Entwicklung nicht vergleichbar, es liegen andere Eigentümerstrukturen vor und so weiter. Sie wissen auch genau, dass es in Wirklichkeit kein echter Zusatzantrag ist, aber wir lassen da einmal fünf gerade sein und überweisen ihn auch gerne an den Stadtentwicklungs- und den Kulturausschuss.

(Andy Grote SPD: Großmütig!)

– Es ist auch ein spannendes Thema.

Meine Damen und Herren! Die Nachfrage nach Immobilien in der Speicherstadt wächst aufgrund des attraktiven Standorts zwischen Innenstadt und HafenCity rasant an. Deshalb sind Nutzungen mit Augenmaß und ein Nutzungskonzept aus einem Guss, das wir gemeinsam mit der HHLA entwickeln wollen, für die gesamte Speicherstadt zum jetzigen Zeitpunkt dringend notwendig. Die künstlerische und kreative Nutzung ist dabei ein gewichtiger Bestandteil und muss deshalb auch im Nutzungskonzept festgeschrieben werden. Wir schaf-

fen damit eine Aktie mit künstlerischer Dividende für die Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das waren wieder zwei engagierte, funkensprühende Beiträge zum Thema kreative Milieus. Die Debatte, die wir in der Stadt an vielen Stellen zu diesem Thema haben, ist durchaus engagiert. Da geht es um die Frage, welchen Stellenwert noch nicht kommerziell erfolgreiche, nicht etablierte, aber besonders spannende, lebendige und kreative Nutzungen in der Stadt bekommen und wie wir es schaffen, kulturelle Vielfalt zu erhalten und Freiräume für kreative Szenen und Künstler in einem immer stärker ökonomisch geprägten Stadtraum zu fördern.

In diesem Zusammenhang wird die Stadtentwicklungspolitik des Senats bisher nicht besonders positiv wahrgenommen und das ist auch kein Wunder, weil diese Politik in den letzten Jahren mit dazu geführt hat, dass die kulturellen und kreativen Nutzungen an vielen Stellen an den Rand gedrängt worden sind. Es gibt einen zunehmenden Widerstand dagegen, der sich im letzten Jahr in dem Künstlermanifest "Not In Our Name" niedergeschlagen hat wie auch in der Initiative im Gängeviertel, für das wir übrigens noch keine wirkliche Lösung haben, woran ich an dieser Stelle auch noch einmal erinnern möchte.

Nun haben wir aber das Gutachten der BSU "Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg", das sich mit diesem Thema befasst und in dem auch viel Spannendes steht. Alles wartet nun, was die Koalition und der Senat tun und welche Schlussfolgerungen man aus diesem Gutachten zieht. Da liegt uns nun dieser Antrag zu den kreativen Milieus in der Speicherstadt vor, der sich ausdrücklich auch auf das Gutachten bezieht. Wenn man das liest, dann hat man den Eindruck, dass die Koalition ihrerseits das eigene Gutachten nicht allzu intensiv gelesen hat und dass sie auch die Debatte, die wir seit vielen Monaten in der Stadt führen, nicht wirklich verinnerlicht und verstanden hat, denn ihr Antrag offenbart ein doch offen gestanden sehr ökonomisch-kommerziell geprägtes Verständnis von Kreativität. Der Schwerpunkt liegt ganz eindeutig in der Kreativwirtschaft. Sie sagen, Sie wollen die Förderung dieses ökonomischen Clusters erreichen. Kultur, auch Ateliers oder noch nicht etablierte Kultur beziehungsweise Kultur im eigentlichen Sinne bekommt ein Nischendasein zugewiesen. Sie formulieren das auch als Nische in dem Antrag – das muss man hier wirklich einmal wörtlich vorlesen und sich auf der Zunge zergehen lassen – und schreiben:

(Andy Grote)

"Neben einer Reihe von Museen, Büros der Werbe- und Architektenbranche und der Stage School haben sich hier auch kreative touristische Highlights wie die Miniatureisenbahnwelt und das 'Dungeon' angesiedelt. Sie bilden mittlerweile einen eigenen 'Kreativcluster'."

Da frage ich mich, ob Sie das wirklich ernst meinen, was Sie in diesem Antrag schreiben.

(Jörn Frommann CDU: Was haben Sie denn geschafft?)

– Ich fürchte auch, dass Sie das ernst meinen.

Wir diskutieren über Flächen für Kreative, über Freiräume, offene Räume und Sie kommen hier mit Modelleisenbahn und stationären Geisterbahnen; das kann nicht wirklich Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nichts gegen diese Einrichtungen; da kann man mit kleinen Kindern gut hingehen, das ist alles super, aber das hat natürlich nichts mit der Debatte zu tun, die wir hier eigentlich zu führen haben.

(Farid Müller GAL: Aha, welche Debatte haben wir denn hier zu führen?)

– Wenn Miniatur Wunderland und das Hamburg Dungeon die Maßstäbe für Kreativförderung sind, lieber Farid, dann ist wahrscheinlich der Hamburger Dom das größte Kreativcluster, das wir in Hamburg haben, und dann sollten wir das auch deutlicher fördern. Vielleicht haben Sie auch deswegen das Dom-Referat in die Kulturbehörde verlegt. Dann frage ich mich nur, warum Sie das jetzt wieder zurückverlegen.

Insgesamt ist dieser Antrag schon ein bisschen hilflos. Er ist auch keineswegs ein Paradigmenwechsel, Frau Martens, weil Sie schon vor fünf Jahren einen ganz ähnlichen Antrag hier eingebracht haben, der sogar noch weiter gegangen ist. Da stand wenigstens noch etwas drin zur Förderung von Künstlerateliers und bezahlbaren Mieten in der Speicherstadt. Damals hatten Sie das noch als Ziel, davon ist in dem neuen Antrag nichts mehr zu finden. Der hieß damals "Nutzung von Böden in der Speicherstadt für Künstlerateliers". Sie haben dann übrigens drei Monate später noch einen Antrag gestellt, in dem Sie Wohnraum in den Böden der Speicherstadt gefordert haben. Beide Anträge sind praktisch vollständig ohne Folgen geblieben. Wohnraum gibt es da gar nicht und wie der Kollege Becker dankenswerterweise noch einmal ausgeführt und heute auch in der Presseerklärung mitgeteilt hat, haben wir 650 Quadratmeter Künstlerateliers bei 300 000 Quadratmetern Nutzfläche in der Speicherstadt. Was Ihnen da also in den fünf Jahren gelungen ist, bewegt sich im Promillebereich und hat keinen ordentlichen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie gerade zu einem Zeitpunkt, wo Sie sagen, dass der Druck steigt, die Flächen attraktiver geworden sind und die Mieten in der Speicherstadt steigen, mehr an bezahlbaren Flächen schaffen wollen, als Ihnen in den letzten fünf Jahren gelungen ist, erschließt sich niemandem so richtig und deswegen glaube ich, dass diese Neuauflage Ihres alten Antrags im Wesentlichen eine Alibiveranstaltung ist, die nicht viel bewegen wird. Wenn man aber tatsächlich etwas bewegen will, dann muss man ein paar Hundert Meter weiter nach Osten zum Oberhafen gehen, denn da spielt die Musik zu diesem Thema. Das ist die Fläche, an der sich beweisen muss, ob Sie das wirklich ernst meinen und ob Sie wirklich etwas bewegen wollen in diesem Bereich.

Das Gutachten, auf das Sie sich beziehen, widmet der Fläche im Oberhafen ein ganzes Kapitel und weist sie als eine wichtige Potenzialfläche für kreative Entwicklung in Hamburg aus. Das ist auch plausibel, weil dieses Areal zu beiden Seiten der Uferflächen des Oberhafens ideale Bedingungen bietet. Viele alte Logistik- und Industrieflächen, alter Gebäudebestand, historische Lagerhallen sind ausgesprochen gut geeignet für künstlerische und kreative Nutzung. Die Gebäude fallen jetzt nach und nach aus den alten Nutzungen heraus und sind der Prototyp dessen, was Sie selbst auch als Zielvorstellungen formuliert haben. Das ist genau die Art von Fläche, für die bisher Künstler und Kreative in vielen Fällen nach Berlin ziehen, weil wir die in Hamburg fast nirgendwo haben. Hier haben wir sie, sie sind geeignet, sie liegen auch noch im Windschatten von Stadtentwicklungsprozessen, sie liegen zentral, aber trotzdem in einer gewissen Insellage und taugen auch nicht besonders gut als weitere Ausbaufächen für die HafenCity mit einer doch sehr stark investorengeprägten Nutzung und Architektur. Für eine Fortsetzung dieser Entwicklung besteht im Oberhafen eben auch kein Bedarf, Herr Becker. Das ist auch der Grund, warum es sinnvoll ist, diese Flächen aus dem Masterplan herauszulösen, denn wir haben am Oberhafen eine Chance, eine ganz andere Art von Entwicklung und von Herangehen an Prozesse zu ermöglichen. Hier besteht wirklich die Chance, offene Räume, wie sie Ihr Gutachten als Ziel formuliert, zu schaffen und neue kreative Milieus entstehen zu lassen.

Diese Chance wird sich aber nicht bieten, wenn wir dort herangehen, wie wir das im Rest der HafenCity gemacht haben. Sie können sich das kreative Potenzial in der HafenCity zum jetzigen Zeitpunkt mit der bisherigen Planungs- und Architekturgeschichte selbst ansehen; das ist genau kein Beitrag zu dieser Debatte. Die Chance, etwas zu bewegen, haben wir im Oberhafen und wir haben sie in vergleichbarer Weise an keiner anderen Stelle in der Stadt. Deswegen muss diese Chance genutzt werden. Und wenn Sie unseren Antrag an den

(Andy Grote)

Ausschuss überweisen – das passiert ja auch nicht so häufig –, dann hoffen wir, dass Sie Ihren Ankündigungen hinsichtlich der Dinge, die im Gutachten gefordert werden, auch Taten folgen lassen. Wir sind da sehr gespannt und werden Sie an dem messen, was dann tatsächlich passiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält nunmehr Herr Dr. Bischoff.

(Jörn Frommann CDU: Höchst emotional! Ein Feuerwerk der Emotionen!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat besteht das Schlüsselproblem darin, dass Sie in Ihrem Antrag fordern, der Senat möge in Zusammenarbeit mit HHLA und der Kreativgesellschaft ein Konzept entwickeln. Herr Grote hat schon darauf hingewiesen, dass Sie das eigentlich schon immer vorhatten.

(Jörn Frommann CDU: Ist das damit schlechter?)

– Nein, aber dann erläutern Sie bitte, was das inhaltlich heißt und warum Sie glauben, dass das heute einen stärkeren Impuls gibt.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund – das habe ich wirklich nicht verstanden, Herr Becker hat es auch noch einmal gesagt –, dass Sie uns das dicke Gutachten "Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg" auf den Tisch gelegt haben. Darin taucht aber das – Herr Grote hat es gesagt –, was Sie in der Speicherstadt vorhaben, nicht auf, sondern es geht im Wesentlichen um den Oberhafen. Insofern finde ich den Zusatzantrag der SPD, bezogen auf das Gutachten, wesentlich weiterführend.

Aber auch da, Herr Grote, würde ich noch einmal einen anderen Akzent setzen wollen. Über den Oberhafen heißt es, das gesamte Areal unterliege sehr vielfältigen, zeitlichen, bautechnischen und vertraglichen Abhängigkeiten wie Verkehrerschließung, Hochwasserschutz und so weiter. Die sind im Rahmen dieser Studie nicht im Detail untersucht worden. Anstatt einfach der HHLA diese Aufgabe zuzuweisen, könnte man das aber auch selbst übernehmen.

Zu Recht unterliegt aber – und da wäre die Differenz in dem Gutachten angesprochen – die Entwicklung des Oberhafenquartiers wie auch die gesamte Entwicklung der HafenCity dem Erfordernis der Refinanzierung kostenträchtiger öffentlicher Infrastruktur in der Investition. Unter diesen Bedingungen und in dieser Lage eine alternative Nutzung zu etablieren, ist schwierig.

Wir haben die Kreativwirtschaft und wir haben daran angelagert offene Räume und künstlerisch-kreative Gestaltungsmöglichkeiten, aber wir brauchen für das Gesamtpaket ein ökonomisches Fundament. Das brauchen wir in der Speicherstadt und das brauchen wir gegebenenfalls auch für den Oberhafen. Ich bin sehr dafür, dass das offensiv diskutiert wird, aber wir können für diesen Prozess die Ökonomie nicht ausblenden. Das sehen wir gerade bei der Frappant-Künstlergemeinschaft und an anderen Stellen. Wenn Sie da etwas etablieren wollen, dann sprechen wir über Ateliermieten von maximal 3 Euro pro Quadratmeter und es ist die Frage, ob so etwas in der Speicherstadt und im Bereich der Umnutzung der Oberhafengebäude zu realisieren ist.

Wenn wir das noch einmal im Ausschuss diskutieren wollen, dann müssten wir das aber auch ins Zentrum der Debatte rücken. Es geht also nicht darum, dass der Senat das einmal prüfen soll, sondern der entscheidende Punkt ist, ob wir da für die Stadtentwicklung heute einen Raum definieren oder eine Umwidmung der Speicherstadt vornehmen und wirklich neue Impulse setzen können. Ich möchte ausdrücklich für meine Fraktion noch einmal sagen, dass es natürlich eine Riesenherausforderung ist, in diesem Sinne Kreativwirtschaft und künstlerische Impulse weiterzuentwickeln. Wenn wir uns beispielsweise mit Baden-Württemberg vergleichen, haben wir einen halb so großen Anteil der Bevölkerung, der noch in der industriellen Produktion, also dem verarbeitenden Gewerbe tätig ist. Weit über 50 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger arbeiten im Dienstleistungsbereich. Es macht durchaus Sinn, das mit Perspektive für die Zukunft Hamburgs sinnvoll zu erweitern und voranzubringen. Aber das geht nicht mit solchen Anträgen, hinter denen im Grunde kein ökonomisches Fundament steht.

Deswegen wäre es bei der Erörterung im Ausschuss durchaus sinnvoll, das Oberhafenprojekt gegen das Speicherstadtprojekt abzuwägen und nüchtern zu schauen, wo es die größeren Spielräume gibt, um das voranzubringen. Das müssen doch Ziel und Sinn Ihres Gutachtens sein, denn sonst können Sie das gleich in die Tonne treten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es nicht Aufgabe der Opposition, das nun toll zu finden, was die Regierung macht,

(Dirk Kienscherf SPD: Sie macht ja nichts!)

aber wir haben gesagt, was wir wollen und das steht in diesem Antrag. Dieser Antrag bezieht sich

(Horst Becker)

auf die Speicherstadt und es geht darum, dass ein Teil der Planungsgewinne, die dort ohne eigenes Zutun erzielt wurden, für kreative Flächen sozialisiert wird.

(*Andy Grote SPD:* Das steht aber so nicht drin!)

– Natürlich steht das da drin.

Wir beauftragen den Senat, ein Konzept dafür zu erarbeiten.

(*Wilfried Buss SPD:* Wozu haben Sie denn die Agentur?)

Das wollen wir und das haben wir Ihnen gesagt. Wir werden gleich sehen, ob Sie dieses Ziel unterstützen oder nicht; darauf bin ich wirklich gespannt. Wir halten es für ein gutes Ziel, dort für kreative Flächen zu sorgen, weil sie fehlen, wie Sie selbst konstatiert haben.

(*Wilfried Buss SPD:* Aber wir haben eine Alternative angeboten!)

Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie daran herumquengeln.

Beim Oberhafen geht es auch nicht darum, ob eine Sache im Hafengebiet angesiedelt ist oder nicht, sondern die wesentliche Frage dabei ist, was man dort zulässt und was nicht. Wir werden auch im Ausschuss darüber diskutieren, aber da ist die Behörde auch dran und wir werden sowieso in nächster Zeit mehr darüber erfahren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Andy Grote SPD:* Dann kann ja nichts mehr schiefgehen!))

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Der steht gar nicht auf meiner Liste! – *Wolfgang Beuß CDU:* Wo ist Hacki eigentlich?)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir das an den Ausschuss überweisen, müssten wir uns vielleicht doch noch darüber verständigen, ob wir wenigstens gemeinsam versuchen wollen, die Kreativwirtschaft und die künstlerisch-offenen Räume voranzubringen. Das müsste im Zentrum stehen und dann können wir uns im Ausschuss darauf verständigen, wie wir das vernünftig machen. Wenn Sie das mit der SPD und den LINKEN zusammen machen wollen, dann sind wir dazu bereit, aber dann müssten Sie mit Verweis auf Ihr Gutachten auch einmal über den Tellerrand hinausblicken und bereit sein, andere Vorschläge zu prüfen. Das kann doch nicht einfach darauf reduziert werden, dass Sie sich auf das eine festgelegt haben und etwas anderes nicht in Frage kommt. Das Ziel für Hamburg müsste sein, diesen Sektor

vernünftig zu stärken und für die nächste Zeit attraktiver zu machen. Das ist doch der entscheidende Punkt und lassen Sie uns das zusammen machen. Lassen Sie uns prüfen, ob der Vorschlag der SPD, das Oberhafengebiet aus dem HafenCity-Generalplan herauszulösen, nicht ein gangbarer Weg ist. Nichts anderes ist bislang gesagt worden.

(Beifall bei der LINKEN – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/5973.

Wer einer Überweisung dieser Drucksache federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen worden.

Nun kommen wir zum gemeinsamen Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion aus Drucksache 19/5853. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Punkt 45 der Tagesordnung, Drucksache 19/5845, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Nein zur Kopfpauschale – für eine solidarische und sozial gerechte Bürgerversicherung.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Nein zur Kopfpauschale – für eine solidarische und sozial gerechte Bürgerversicherung
– Drs 19/5845 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Artus bitte.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Eine Gesundheitsreform jagt die andere. Scheibchenweise wird den Bürgern und Bürgerinnen beigebracht, dass Gesundheit privatisiert und die gesetzliche Krankenversicherung zur Mehrklassenmedizin ausgebaut wird. Eine Grund- und Zusatzversicherung ist das Ziel der deutschen Gesundheitspolitik, denn darauf läuft die von Bundesgesundheitsminister Herrn Dr. Philipp Rösler angekündigte Einführung eines vom Einkommen unabhängigen pauschalen Zusatzbeitrags hinaus.

(*Robert Heinemann CDU:* Was hat das mit Hamburg zu tun?)

– Hören Sie zu, dann werden Sie das gleich erfahren.

(*Viviane Spethmann CDU:* Aber nicht ablesen!)

(Kersten Artus)

Bereits mit der letzten Gesundheitsreform haben die Arbeitsgeberverbände einen Teil ihrer Vorstellung verwirklichen können. Die Empfehlung der Arbeitgeber, Zuzahlungen der Versicherten in allen Bereichen des Gesundheitswesens einzuführen, wurde weitestgehend artig aufgenommen und umgesetzt. Der Grundsatz eines einheitlichen und gemeinschaftlichen Handelns in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde verlassen, indem den Krankenkassen die Möglichkeit eröffnet wurde, Einzelverträge mit Leistungserbringern, ambulant tätigen Ärzten und Ärztinnen und Krankenhäusern abzuschließen.

Eine gängige Variante sind die Rabattverträge, die zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen getroffen werden, um Medikamentenausgaben innerhalb des Systems zu deckeln. Es kann aber nicht Aufgabe der Selbstverwaltung der Krankenkassen sein, Preise für die Medikamente auszuhandeln. Es muss Aufgabe des Staates sein, Einfluss auf die Preisbildung der Pharmaprodukte zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Argument, der Markt werde es richten, greift auch und vor allem im Bereich des Gesundheitswesens nicht, wenn Sie sich zum Beispiel die steigenden Preise auf dem Generikamarkt oder für Arzneimittel generell ansehen. Der Staat muss viel mehr bereits in die Entstehungskosten eingreifen; hier wäre der richtige Ansatz.

Die Tendenz steigender Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung bei sinkenden Einnahmen besteht seit Jahren. Diese Entwicklung ist politisch verursacht, zum einen durch die Schaffung und Ausweitung von Niedriglohnsektoren, der Sockelerwerbslosigkeit und die Finanzierung von Fremdleistungen durch die Krankenkassenleistungen, auf der anderen Seite aber auch durch die zunehmende Privatisierung im Gesundheitswesen und die Renditeerwartung der Unternehmen. Zwar ist die Tatsache unbestreitbar, dass mit der Altersentwicklung, der höheren Lebenserwartung und der damit häufiger auftretenden Multimorbidität die Kosten steigen. Tatsache ist aber auch, dass unter dem Mythos, die Senkung von Lohnnebenkosten führe zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland, sukzessiv die paritätische Finanzierung Arbeitgeber/Arbeitnehmer aufgehoben wurde. Bisher konnte nicht nachgewiesen werden, wie viele Arbeitsplätze dadurch neu geschaffen wurden.

Und eines ist auch Fakt, wird aber gern verschwiegen: Der tatsächliche Anteil der Arbeitgeber an den Gesundheitsausgaben ist inzwischen auf 38 Prozent geschrumpft. Vor dem Hintergrund, dass es in der betrieblichen Gesundheitsförderung kaum Fortschritte gibt, der Anteil an psychischen Erkrankungen an Arbeitsplätzen ansteigt und die Erwerbslosigkeit eine Vielzahl von chronischen Er-

krankungen verursacht, ist dies einfach ein Skandal erster Güte.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Mit der Einführung des Gesundheitsfonds unter Schwarz-Rot wurde eine verheerende Weichenstellung im Gesundheitssystem vorgenommen. Die Einführung der Kopfpauschale ist ein deutlicher Beweis für den endgültigen Systemwechsel. Während nämlich die Arbeitgeberverträge eingefroren werden – übrigens ebenfalls eine Forderung der Arbeitgeberverbände –, werden die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung in Zukunft alle Kostensteigerungen allein finanzieren. Das heißt, da etwa 70 Millionen Menschen gesetzlich krankenversichert sind, würden durch die einkommensunabhängige Kopfpauschale – so sagen es die Krankenkassen – am Ende 60 Prozent der Versicherten stärker finanziell belastet werden. Als Folge müssten Millionen Versicherte einen Sozialausgleich beantragen und würden von staatlichen Leistungen abhängig. Mit der Kopfpauschale müsste daher auch ein gigantisches bürokratisches Antragsverfahren für sozial Bedürftige etabliert werden, denn Millionen Menschen werden dann zu Bittstellern und die soziale Sicherungssäule gesetzliche Krankenversicherung hätte ihren Charakter als Kollektivvorsorge verloren.

Einige würden natürlich triumphieren, nämlich die Versicherungswirtschaft und die Arbeitgeberverbände. Woher will dieser Staat eigentlich die Mittel dafür nehmen? Allein in diesem Jahr liegt die Nettoneuverschuldung bei 80,2 Milliarden Euro. Die Städte und Kommunen beklagen ein Zwölf-Milliarden-Euro-Loch. Die gesetzliche Krankenversicherung hat in 2010 mit einem Defizit von 4 Milliarden Euro zu kämpfen. Durch die Kopfpauschale würden der gesetzlichen Krankenversicherung Milliarden Euro entzogen, weil der Ausgleich durch den Bundeshaushalt – wenn überhaupt – nach Kassenlage vollzogen würde. Damit steht aber die Finanzierung der Krankenversicherungen für Millionen Menschen auf dem Spiel. Zwar ist es Konsens der schwarz-gelben Koalition, bei Ungleichheiten einen Sozialausgleich zu schaffen, doch genau dafür fehlt das Geld, laut Finanzministerium im Übrigen 35 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung hat für die kommenden Jahre mit der Schuldenbremse bereits harte Einschnitte vorausgesagt und dennoch will sie mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz und Finanzhilfen von 17 Milliarden Euro einige Löcher in der Sozialversicherung stopfen. Allein die Bundesagentur für Arbeit wird 12 Milliarden Euro erhalten, um die Arbeitslosenversicherung bei 2,8 Prozent zu halten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anja Domes und Wolfgang Rose, beide SPD*)

(Kersten Artus)

Sehr geehrte Herren und Damen! Eine Repräsentativstichprobe des Robert-Koch-Instituts hat ergeben, dass obdachlose Männer zwölf Jahre und obdachlose Frauen acht Jahre eher sterben. Zudem erhöht sich bei Erwerbslosen die Suizidrate deutlich. Während für Besserverdiener die Zusatzbelastungen steuerlich auch noch absetzbar sind, erhält nunmehr eine alte Aussage bedrückende Aktualität: Weil du arm bist, musst du eher sterben. Alle, die die schwarz-gelben Pläne im Gesundheitswesen auf Bundesebene befürworten, sollten wenigstens dann auch so ehrlich sein und sagen, dass sie Arme künftig eher sterben lassen wollen.

Namens der Linksfraktion fordere ich den Senat auf, entsprechend unseres Antrags im Bundesrat und in der Gesundheitsministerkonferenz aktiv zu werden und sich gegen die Einführung einer Kopfpauschale oder einer Varianz davon auszusprechen und für den Erhalt und den Ausbau einer sozial gerechten und solidarischen Krankenversicherung einzutreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit würden Sie übrigens als Senat 80 Prozent der Interessen der Bürger und Bürgerinnen auf Bundesebene vertreten; so viele Menschen sprechen sich nämlich für eine solidarische Krankenversicherung in Deutschland aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Krüger.

Harald Krüger CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Artus, ich kann verstehen, dass Sie ein bundespolitisches Thema zur Debatte angemeldet haben, weil am Hamburger Gesundheitswesen nun in der Tat wenig zu kritisieren ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Linda Heitmann GAL* – Heiterkeit bei der SPD)

Bei der Bundespolitik sind Sie offenbar aber auch nicht so ganz trittsicher, denn in der Schule hätte man zu dem, was Sie eben gerade vorgetragen haben, gesagt: Thema verfehlt.

(Beifall bei der CDU)

Erst einmal zu Hamburg.

(*Wolfgang Rose SPD:* Und jetzt zur Sache!)

Hamburg ist ein ganz hervorragender Gesundheitsstandort mit einer weit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Ärzteversorgung. Wir haben mit München zusammen die höchste Ärztedichte in der Republik, wir haben 36 Krankenhäuser und Fachkliniken, wir haben eine deutlich steigende Anzahl von Patienten in den Krankenhäusern. Die Zahlen sprechen für sich, Herr Rose.

2007 hatten wir noch 400 000 Patienten in den hamburgischen Krankenhäusern,

(*Wolfgang Rose SPD:* Aber wir haben gar keinen Senator hier!)

im vergangenen Jahr waren es bereits 420 000. Da kommen noch einmal 70 000 ambulante Operationen und 330 000 Notfallversorgungen hinzu. Deutlicher kann man gar nicht sagen, wie hervorragend hamburgische Gesundheitspolitik ist.

Beim Thema solidarische Bürgerversicherung, Frau Artus, reden wir über Geld. Im staatlich geregelten Gesundheitswesen Großbritanniens sind Operationen etwa 20 bis 25 Prozent teurer als in Deutschland oder in Hamburg, in Singapur 50 Prozent und in den USA sogar doppelt so teuer als beispielsweise am UKE.

(*Wolfgang Rose SPD:* Die USA haben auch ein hervorragendes Gesundheitssystem!)

Wegen der hohen Qualität der Medizin in Hamburg, wegen der guten und schnellen Behandlung und auch wegen der Effizienz des Gesundheitswesens kommen immer mehr Patienten auch aus dem Ausland zu uns. Und was die niedergelassenen Ärzte in Hamburg anbelangt, so versorgen diese zwölf Millionen Fälle pro Jahr, ein Viertel davon aus dem Hamburger Umland. Hamburger Ärzte sind also auch für unsere Nachbarn sehr attraktiv.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, dass die Gesundheitspolitik bei unserem Senat in besten Händen ist, Vorschläge der Linksfraktion sind also entbehrlich.

(Beifall bei der CDU)

Die Linke hat das Thema Bürgerinnen- und Bürgerversicherung vor vier Wochen im Bundestag eingebracht. Die Wiederholung in Hamburg macht es aber nun weder besser, schlüssiger noch gar zielführender. Es bleibt das, was es ist.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Doppelt hält besser!)

– Noch besser, wunderbar.

Es bleibt ein Grundwerk, das nicht durchdacht ist.

Wenn Sie sich schon nicht ernsthaft mit der Bundespolitik auseinandersetzen und mit Ihrer Bundestagsfraktion einmal über dieses Thema unterhalten, dann hätte vielleicht ein Blick in die überregionalen Medien genügt, um Sie wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzubringen. Sie können im "Focus" nachlesen, in "Der Zeit", bei "tagesschau.de" oder wo auch immer, die sich in den vergangenen Wochen sehr intensiv und wiederholt mit diesem Thema auseinandergesetzt haben und immer wieder berichten, was unser Bundesgesundheitsminister, aber auch der CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe ganz klar und deutlich er-

(Harald Krüger)

klärt haben, zum Beispiel am 11. April in "Der Welt am Sonntag". Da heißt es ganz eindeutig:

"Eine Prämienzahlung pro Kopf wird es nicht geben."

Es geht der Bundesregierung ganz eindeutig um eine Gesundheitsprämie mit sozialem Ausgleich. Jeder Versicherte soll entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an den Kosten beteiligt werden und vielleicht, liebe Kollegen von der Linken, nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis.

(Dr. Monika Schaal SPD: Da müssen Sie nur noch mal sagen, dass das der Steuerzahler bezahlen soll!)

Höhere Gesundheitskosten dürfen nicht automatisch zu steigenden Lohnzusatzkosten führen und damit Arbeitsplätze gefährden. Das ist nun einfach einmal so: Wenn Arbeitgeber mehr für ihre Mitarbeiter zahlen müssen, ist die Bereitschaft, Mitarbeiter zu beschäftigen, naturgemäß eingeschränkt

(Zuruf von Christiane Schneider DIE LINKE)

und deshalb ist es so, dass wenigstens eine teilweise Abkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten erforderlich ist und eben auch die sehr sinnvolle Maßnahme, den Arbeitgeberanteil zu begrenzen. Ein Teil des einkommensbezogenen Arbeitnehmerbetrags soll aber durch eine Gesundheitsprämie – ich wiederhole es – mit sozialem Ausgleich ersetzt werden. Die falschen Behauptungen, wie sie zum Beispiel die SPD in ihrer Kleinen Anfrage zu diesem Thema gemacht hat, der Manager würde genau so viel für die Gesundheit bezahlen müssen wie die Reinigungskraft, werden durch Wiederholung nicht wahrer. Ein steuerfinanzierter Sozialausgleich stellt sicher, dass jeder Versicherte nach seiner Leistungsfähigkeit an den Kosten beteiligt wird. Der Manager zahlt nun einmal mehr Steuern als die Reinigungskraft und wird deshalb auch mehr an seinen Gesundheitskosten zahlen müssen.

Also, liebe Kollegen, wiederholen Sie nicht einfach immer Phrasen, setzen Sie sich lieber inhaltlich mit dem Thema auseinander und deshalb werden wir Ihren Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Domres.

Anja Domres SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Krüger, wenn hier irgendjemand am Thema vorbeigeredet hat, dann sind das eher Sie als Frau Artus.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zum Thema Kopfpauschale das Hamburger Gesundheitssystem zu loben, das kann man machen, das hat aber wirklich überhaupt nichts mit dem

Thema, das zur Debatte angemeldet wurde, zu tun.

(Zuruf von der CDU: Wir sind aber in Hamburg!)

Auch wenn Sie sagen, es sei keine Kopfpauschale, sondern eine Gesundheitsprämie – das ist ein schönes Wort, Kopfpauschale ist inzwischen schon so negativ belegt –, dann ist es trotz allem ein bisschen zu wenig, was von der CDU-Fraktion kommt. Zurzeit ist die Lage im Gesundheitssystem doch so, dass Gutverdiener viel, Geringverdiener wenig zahlen und künftig sollen Arme und Reiche genau mit der gleichen Summe zur Kasse gebeten werden.

(Robert Heinemann CDU: Das stimmt doch nicht!)

Das ist keine Phrase, das ist so. Eine Pauschale für jeden Kopf, das ist genau der Plan der schwarz-gelben Bundesregierung, sie will die Kopfpauschale einführen. Wenn Kassenpatienten derzeit 7,9 Prozent ihres Bruttolohns für die Gesundheit und den Gesundheitsschutz investieren – exklusive möglicher Zusatzbeiträge, von denen es im Augenblick schon einige bei den Krankenkassen gibt – und Geringverdiener mit 1000 Euro damit 79 Euro im Monat zahlen und wer monatlich 3500 Euro Gehalt bekommt, rund 276 Euro aufwenden muss, dann ist das schon gerechter, aber die Kopfpauschale soll genau dem ein Ende machen.

Nach dem Motto: gleiches Geld für gleiche Leistung würden Putzfrau und Bankdirektor – und das hat übrigens nicht nur die SPD gesagt, auch da sollten Sie einmal die überregionale Presse ein bisschen mehr verfolgen – die gleiche Summe für den Gesundheitsschutz zahlen, obwohl ihre Gehälter unterschiedlicher nicht sein können. Ein noch nicht näher definierter Sozialausgleich soll das Ganze abmildern, das ist richtig, aber wie das finanziert werden soll, ist zurzeit völlig unklar, genauso wie die praktische Seite, denn es wird bedeuten, dass man ein Antragsverfahren einführen muss, einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Und wie genau dieses Ganze konzipiert werden soll, ist völlig unklar.

Für die Anwesenden – fast alle oder doch sehr viele –, die über ein Einkommen von mehr als 3000 Euro verfügen, ist die Kopfpauschale eigentlich ein Fortschritt. Sie werden damit besser gestellt, aber es kann nicht sein, dass wir als Politiker einer Kopfpauschale zustimmen, bei der wir selber vielleicht besser wegkommen können, aber all diejenigen vergessen, die dadurch weitaus schlechter gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Hier werden nämlich wieder diejenigen hinunterfallen, die keine oder nur wenige Steuern zahlen. Es

(Anja Domres)

sind die Geringverdiener oder auch die Rentner und das kann es doch nicht sein. An die Stelle der solidarischen und gerechten Finanzierung tritt ein Finanzierungsmodell, das den bisherigen gesellschaftlichen Konsens – die Jungen stehen für die Alten, die Gesunden für die Schwachen und die Stärkeren für die Schwächeren ein – ohne Wenn und Aber aufkündigt.

Es ist auch egal, in welcher Höhe diese Kopfpauschale eingeführt werden soll, ob es eine totale Kopfpauschale in Höhe von 140 oder 170 Euro ist, ob es eine teilweise Kopfpauschale von 29 Euro neben den Beiträgen sein wird, die zurzeit diskutiert wird und die zurzeit auch deswegen diskutiert wird, weil die CDU genau weiß, dass sie die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verlieren wird, wenn sie sich jetzt schon bereit erklärt, eine totale Kopfpauschale einzuführen.

(Wolfgang Beuß CDU: Tetje mit de Utsichten!)

Egal, in welcher Höhe diese Kopfpauschale diskutiert werden soll, es ist die Abkehr vom bisherigen Solidarsystem und das müssen wir an dieser Stelle einfach einmal festhalten.

Auch wenn der 2005 eingeführte Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer in Höhe von 0,9 Prozent, den sie allein tragen, wieder wegfallen soll, um den Arbeitgeber zu schonen, wird deren Beitrag eingefroren und soll nur noch 7 Prozent des Lohns ihrer Mitarbeiter betragen, egal wie hoch die Beiträge steigen. Das heißt, dass die Versicherten in Zukunft sämtliche Ausgabensteigerungen allein tragen. Den medizinischen Fortschritt, die demografische Entwicklung oder auch eine weitere Entwicklung in Form von Geschenken an die CDU- oder FDP-Klientel, all das, was auf Leistungserbringerseite anfallen würde, würden die Arbeitnehmer alleine zahlen. Die Arbeitgeber würden sich komplett zurückziehen, es gäbe überhaupt keine Finanzierung, keine Kostendeckelung mehr, der Arbeitgeber wäre nicht mehr bei den Verhandlungen dabei und die Arbeitnehmer hätten die gesamten Kosten allein zu tragen.

Hat die CDU vor der Bundestagswahl noch behauptet, sie würde sich den Wünschen der FDP widersetzen, das Sozialsystem weiter zu privatisieren, weiter auf die Menschen herunterzubrechen und auch den Gesundheitsfonds, zu dem man stehen kann wie man will, abzuschaffen, wirbt sie jetzt direkt für die Kopfpauschale – so jedenfalls die Äußerung der Bundeskanzlerin Angela Merkel – und bricht damit ihr Wahlversprechen.

Sie, Herr Sozialsenator, begrüßen die Einführung der Kopfpauschale, auch das war den Medien zu entnehmen. Auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu dem Thema kam nur die lakonische Antwort: Damit hat sich der Senat befasst. Man kann sich jetzt fragen, ob der Senator sich zu Dingen

äußert, mit denen er sich inhaltlich überhaupt noch nicht befasst hat oder der Senat bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage vielleicht gelogen hat, aber ganz egal.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Der Senator ist für die Kopfpauschale und das wundert uns nach den Ereignissen der letzten Wochen...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Domres, Sie sollten diese Formulierung wirklich stark überdenken.

Anja Domres (fortfahrend): – Gut, das werde ich.

(Ingo Egloff SPD: Der Senat lügt nie! Der sagt immer die Wahrheit!)

Egal wie, der Senator ist für die Kopfpauschale und das wundert uns nach den Ereignissen der letzten Wochen überhaupt nicht mehr. Die Erhöhung der Kita-Beiträge, die Einstellung der einkommensabhängigen Einzelförderung für die Investitionskosten in den Alten- und Pflegeheimen, die Politik nach der Prämisse, die im Dunkeln sieht man nicht, wird fortgesetzt.

Der Einstieg in die Drei-Klassen-Medizin ist perfekt. Besser verdienende Gesunde können sich erster Klasse in privaten Krankenversicherungen versichern, für sie wird sich erst einmal nicht viel ändern. Die Versicherten in den gesetzlichen Krankenversicherungen werden deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen und diejenigen, die die geplanten höheren Zuzahlungen und die einkommensunabhängige Pauschale nicht zahlen können, werden vom medizinischen Fortschritt abgeschnitten. Nach den Plänen von Schwarz-Gelb müssen Millionen von Menschen mehr zahlen, als sie sich leisten können. Sie müssen dann den Sozialausgleich beantragen und werden somit zu Bittstellern, weil sie ihre Bedürftigkeit nachweisen müssen.

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten. Die Kopfpauschale ist ungerecht, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird, die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen weniger zahlen. Sie macht einen sozialen Ausgleich nur noch durch Bittstellerei beim Staat möglich und führt dazu, dass gute medizinische Leistungen nur noch über private Zusatzversicherungen abgedeckt werden können. Wir, die SPD, wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Kosten für die Gesundheit gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Wir sagen Nein zur Kopfpauschale.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, wir sind seit fast zwei Jahren gemeinsam in diesem Parlament und saßen auch zusammen auf diversen Podien. Daher wissen Sie, dass auch wir Grüne in der Kopfpauschale eine Aushöhlung des Solidarsystems sehen und sie grundsätzlich ablehnen. Daraus machen wir auch hier keinen Hehl. Unsere Bundestagsfraktion hat im Dezember 2009 dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht und auch im Länderrat, unserem kleinen Parteitag auf Bundesebene am kommenden Wochenende, wird es einen langen Antrag geben, der sich mit Gesundheitspolitik befasst und unser Modell der Bürgerversicherung konkretisiert.

Auch wir wollen die Bürgerversicherung und die Pläne der Berliner Koalition stellen auch aus meiner Sicht das Solidarprinzip in der Krankenversicherung in Frage. Das bereits existierende Zwei-Klassen-System zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung soll demnach erhalten bleiben und auch bei den Reformplänen zur gesetzlichen Krankenversicherung kann ich leider bei dem Modell der Kopfpauschale nicht mehr viel von Solidarität erkennen. Dabei geht es um die Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Arm und Reich und um die Solidarität zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir sind uns alle darin einig – und da schließe ich auch die Kollegen von der CDU-Fraktion mit ein –, dass die Finanzierung der Krankenversicherung unabhängiger von dem alleinigen Faktor des Erwerbseinkommens werden muss.

(Beifall bei *Barbara Ahrons CDU*)

Der eingeschlagene Weg erfüllt mich aber doch mit Sorge und Unverständnis. Weil aber sehr viel allgemein zu bundespolitischen Dingen gesagt wurde, möchte ich noch einmal konkret auf Ihren Antrag eingehen. Ihre Anträge sind immer wieder interessant.

(*Jörn Frommann CDU:* Das ist doch schön!)

Ich möchte mit der Lyrik anfangen. Sie haben den Antrag mit dem Thema überschrieben:

"Nein zur Kopfpauschale– für eine solidarische und sozial gerechte Bürgerversicherung".

Wie ich bereits erläutert habe, kann ich dem noch zustimmen. Im Text Ihres Antrags und auch in Ihrer Rede war aber von diesen Faktoren nicht allzu viel die Rede. In Ihrem Antrag gehen Sie erst im letzten Absatz in vier Zeilen auf das Thema der Kopfpauschale ein. Im Rest des Antrags gibt es eine relativ allgemein gehaltene Lyrik, in der Sie verschiedene Sachverhalte aus dem Gesundheitsbe-

reich ziemlich unseriös miteinander verknüpfen; dafür möchte ich ein Beispiel geben. Sie sprechen in einem Absatz davon, dass die Gesundheitswirtschaft insgesamt wachse, im nächsten Absatz setzen Sie dies dann wie folgt in Bezug:

"Diese Entwicklung setzt voraus, dass die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) mit ihrem solidarischen Umlageprinzip ausgehöhlt und die Krankenversicherung als Solidargemeinschaft nicht mehr existiert."

Ich habe mich gefragt, was Sie uns mit dieser Verknüpfung sagen wollen beziehungsweise, was Sie da eigentlich wollen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das erklärt der nächste Satz; lesen Sie doch mal bitte weiter!)

Wenn ich das linke Wunschscenario weiter interpretiere, das ich aus dieser Verknüpfung herauslese, dann heißt das, in der Gesundheitswirtschaft solle doch bitte in Zukunft gespart werden, wir sollen weniger Arztpraxen haben, weniger Apotheken, weniger medizinischen Fortschritt, damit das alles weniger kostet und die Finanzierung der Krankenversicherung wieder gesichert ist. Ich frage mich, ob es wirklich das ist, was Sie wollen. Wir wollen das nicht, wir wollen Wachstum, wir wollen Fortschritt, wir wollen auch mehr Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft, auch wenn man das in einzelnen Bereichen vielleicht kritisch hinterfragen muss, aber insgesamt ist das aus meiner Sicht erst einmal zu begrüßen.

(Beifall bei der GAL)

Ihr Pauschalverdacht, nur weil das Wort Wirtschaft da draufsteht, ist platter Populismus, der immer wieder kommt und total unseriös ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir sollten uns darauf konzentrieren und vor allem auf unsere Bundespolitiker einwirken, wie wir solidere Finanzierungskonzepte der Krankenversicherungen finden können, durch die auch unser Solidarsystem erhalten bleibt. Wenn ich allerdings Ihren Antrag lese, dann wollen Sie das scheinbar nicht, denn die Unklarheit dieses Antrags, muss ich leider sagen, setzt sich im Petitum fort. Dort schreiben Sie:

"Der Senat wird aufgefordert, sich für eine Erweiterung der Einnahmebasis der GKV einzusetzen, indem unter anderem hohe Kapitaleinkünfte über Steuern in die Finanzierung der GKV einbezogen werden."

Wollen Sie demnach eine Steuerfinanzierung der GKV? Das kann man ja wollen, diese Auffassung vertreten auch viele Leute, aber in Bezug auf die bundespolitischen Forderungen Ihrer Partei war mir das neu und ich war doch etwas überrascht, als ich dieses Petitum gelesen habe.

(Linda Heitmann)

Langer Rede kurzer Sinn: Wir werden Ihren Antrag heute aus verschiedenen Gründen ablehnen. Zum einen ist es diese unseriöse und populistische Argumentation, die mich an Ihren Anträgen immer wieder ärgert, in der Sie eine wirre Verknüpfung unterschiedlicher Sachverhalte machen und dadurch einfach populistische Panikmache betreiben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zum zweiten bleibt in Ihrem Antrag völlig unklar, was Sie eigentlich wollen. Wie sieht denn Ihre Idee einer Bürgerversicherung aus, wollen Sie jetzt die Steuerfinanzierung oder nicht? Das geht daraus nicht klar hervor. Und drittens – Sie haben Herrn Krüger gehört – gibt es derzeit in unserer Hamburger Koalition keine einheitlichen bundespolitischen Vorstellungen, mit denen man im Bundesrat aktiv werden könnte. Die Positionen der beiden Regierungsfractionen sind hier ziemlich klar und eindeutig.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wo haben Sie denn noch gemeinsame Positionen?)

Wir vertreten unterschiedliche Auffassungen, das weiß auch jeder, und bei den kritischen Abstimmungen im Bundesrat werden wir uns deshalb enthalten. Das ist alles nichts Neues. Ich hoffe nur, dass aus Ihren Anträgen in Zukunft klarer erkennbar ist, was Sie eigentlich wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Heitmann, ich hoffe, dass ich zumindest in Teilen die Wirren ein bisschen entwirren und für Klarheit und Wissen sorgen kann. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Rede wirklich gut anfang,

(Jörn Frommann CDU: Die war auch gut!)

ich dachte, wir haben eine Mehrheit im Parlament gegen die Kopfpauschale und dann hatte ich doch den Eindruck, dass Nebenschauplätze aufgemacht werden und sich in Kleinstformulierungen ergangen wird. Wenn Sie sich ein bisschen wissend machen würden, wie die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung das Gesundheitssystem finanzieren soll – Ihre Partei fordert das ja auch –, dann wüssten Sie, dass wir sie nicht aus Steuern finanzieren wollen, sondern wenn wir Kapitaleinkünfte auf Steuern meinen, meinen wir natürlich, dass alle Einkommen zu den Beiträgen herangezogen werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, da gibt es in Ihrer Partei aber auch keinen Dissens. Insofern machen Sie sich vielleicht noch einmal sachkundig.

Herr Krüger, aus Ihrem Beitrag habe ich ganz viel Hilflosigkeit herausgehört; dafür habe ich sehr viel Verständnis. Mir wäre es auch peinlich, auf Bundesebene mit der FDP regieren zu müssen, die das solidarische Gesundheitssystem massiv zerstören will.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch wenn Sie noch einmal die Krankenhäuser aufzählen, die wir in Hamburg haben – ich finde es auch toll, dass es so viele sind –, hat das überhaupt nichts damit zu tun, wie die gesundheitliche Versorgung künftig für die Menschen, die es sich nicht leisten können, finanziert werden soll, damit sich der Abstand beim Sterbealter in diesem Land hoffentlich einmal verringert. Ich sehe viel Hilflosigkeit, vielleicht beenden Sie diese Koalition auf Bundesebene irgendwann und dann ändert sich vielleicht auch die Politik im Gesundheitswesen.

Ihre Position, das Thema habe in der Hamburgischen Bürgerschaft nichts zu suchen, ist nicht einsehbar. Hamburg ist nicht isoliert. Ich muss Ihnen über den Aufbau des Staates nichts erzählen, Hamburg sitzt im Bundesrat und in der Gesundheitsministerkonferenz. Insofern hat das Thema hier eine ganze Menge zu suchen. Aber man sieht, wie sich der schwarz-grüne Senat sträubt und weigert, derartige Themen über seine Möglichkeiten auf Bundesebene einzubringen. Das nehmen wir zur Kenntnis; wir müssen sehen, wie wir damit umgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Immerhin hat kein Mitglied der Regierungsparteien die Zahlen, die ich genannt habe, in Zweifel gezogen. Ich habe aber schon den Eindruck, dass Ihnen die Brisanz der Finanzierungsfrage und der Einführung einer Kopfpauschale oder einer Varianz davon nicht bewusst ist, denn sie enthält nicht nur eine ordnungspolitische Komponente, sondern hat auch sozialpolitische Bedeutung. Es soll ein unumkehrbarer Umbau der sozialen Sicherungssysteme eingeleitet werden. Das Prinzip der Sozialstaatlichkeit, und hier komme ich auf Artikel 20 des Grundgesetzes, soll und wird dadurch beseitigt werden; deshalb unser Antrag mit der Aufforderung an den Senat, aktiv zu werden.

Für diejenigen, denen es bisher noch nicht klar war oder denen das Thema bislang zu kompliziert war – es ist kompliziert und das Problem ist, dass sich deswegen viele nicht damit beschäftigen –, nenne ich vier Gründe, woraus die Mindereinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung resultieren.

Erstens: Durch die hohe Sockelerwerbslosigkeit sinkt die Zahl der Beitragszahler und -zahlerinnen inklusive der Familienversicherung.

Zweitens: Der um 10 Prozent gestiegene Anteil an Rentnern und Rentnerinnen an den gesetzlich

(Kersten Artus)

Krankenversicherten seit 1998 und natürlich die Nullrunden für sie führt zu Mindereinnahmen.

Drittens: Weiterhin resultieren sie aus den Hartz-Gesetzen I bis IV, die die gesetzliche Krankenversicherung seit 2006 jährlich mit 3,6 Milliarden Euro belasten, weil nicht mehr der volle Beitragssatz gezahlt wird.

Viertens: Die erhöhte Tabaksteuer mit 4,2 Milliarden Euro sollte eigentlich versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung finanzieren, nun werden aber damit andere Löcher des Staatshaushalts gestopft.

Aus diesen Gründen und wegen der krisenbedingten Einnahmeausfälle müsste der Bundeszuschuss für 2010 insgesamt 15,7 Milliarden Euro betragen, wird aber wahrscheinlich noch höher ausfallen.

Hinsichtlich der Lohnnebenkosten und der Abhängigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland vom GKV-Beitrag sei noch angemerkt, dass die Beitragszahlungen der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung nur 4,5 Prozent der Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten ausmachen. Bei der Erhöhung der GKV-Beitragssätze um nur einen Prozentpunkt würde sich der Arbeitgeberanteil lediglich um 0,32 Prozent auf 4,82 Prozent der Arbeitskosten erhöhen. Auch deswegen fordern wir die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber an den Krankenversicherungsbeiträgen.

Wir notwendig zudem – letztes Beispiel – die Forderung der LINKEN nach einer Preisbindungskontrolle ist – darauf sind Sie leider nicht eingegangen –, zeigt eindrucksvoll das Beispiel des Wirkstoffs Omeprazol. Das ist ein bekanntes Generikum, das gegen Magenschmerzen eingesetzt und massenhaft verkauft wird. Es wird im Großhandel zu einem Kilopreis von 500 Euro bezogen. Eine Verkaufspackung mit 100 Kapseln dieses Medikaments enthält Wirkstoff für 1 Euro. Eine Packung mit 100 Kapseln herzustellen einschließlich Qualitätskontrolle, Druck und Material kostet maximal 2 Euro. Somit ergibt sich ein Herstellungspreis von 3 Euro. Der Apothekenverkaufspreis bewegt sich bei 22 verschiedenen Herstellern in Deutschland zwischen 82,78 Euro und 99,90 Euro.

(Wolfgang Beuß CDU: Was hat das mit Hamburg zu tun?)

In diesem Sinne hat Herr Gesundheitsminister Rösler also noch sehr viel zu tun. Wenn er über die Pharmakosten klagt, muss er an dieser Stelle ansetzen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/5845 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 51, Drucksache 19/5851, Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL: Forum Stadtentwicklung.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Forum Stadtentwicklung
– Drs 19/5851 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 19/5966 ein Antrag der SPD-Fraktion sowie als Drucksache 19/5980 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Neue Planungskultur entwickeln – Einrichtung
einer Hamburger Stadtwerkstatt
– Drs 19/5966 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Inhalte für Forum Stadtentwicklung
– Drs 19/5980 –]**

Diese beiden Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Frommann, bitte.

Jörn Frommann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach der Atomdebatte ist so ein bisschen die Luft raus. Auch bei diesem Thema ist es wahrscheinlich so, dass wir sehr einvernehmlich debattieren werden. Dennoch möchte ich ein paar Worte darüber verlieren, weil es um eine Sache geht, die uns in wesentlichen Schritten voranbringen kann.

Herausragende Bauprojekte und besonders spektakuläre Bauvorhaben lösen fast regelmäßig eine breite öffentliche und von den Medien begleitete Diskussion aus; das erleben wir immer wieder. Oft ist die Größe des Projekts, aber auch der Umfang des Eingriffs in den Bestand der Auslöser solcher Debatten. Als jemand, der aus dem Bereich des "Sprungs über die Elbe" kommt, weiß ich natürlich sehr genau, worüber ich rede.

Auch ästhetische Fragen, die Eigenwilligkeit architektonischer Gestaltung oder das Fehlen von Qualität bieten Anlass zum Streit. Beispiele haben wir in unserem Antrag genannt und ich möchte sie nicht unnötigerweise wiederholen. Eines wird dabei aber offensichtlich: Die Bürger nehmen Anteil am Profil ihrer Stadt. Ein Schneisenschlag, wie er zum Beispiel in der Ost-West-Straße durchgeführt wurde, wäre heute sicherlich nicht mehr möglich. Wenigstens würde er zu heftigen Diskussionen innerhalb der Bevölkerung und wahrscheinlich auch über die Stadtgrenzen hinaus führen.

(Jörn Frommann)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Fraktionen der CDU und der GAL wollen diesem Bürgerinteresse gerecht werden. Die Bürgerschaft hatte den Senat bereits in der letzten Legislaturperiode aufgefordert, entsprechende umfangreiche Vorschläge zu machen, und wir haben eine Expertenanhörung durchgeführt. Das Ende der Legislaturperiode damals unterbrach dieses Begehren, was wir heute nun erneuern wollen.

Ausgehend von der für interessierte Bürger oft frustrierenden Erfahrung, dass die Diskussion über solche Projekte erst einsetzt, nachdem über die wesentlichen Eckdaten von Programmen und Entwürfen bereits entschieden worden ist, möchten wir dieses Diskussionsfeld zu einem früheren Zeitpunkt eröffnen, weil man sich heute bei einem Verfahrensstand einklinkt, an dem die Spielräume einfach nicht mehr groß und Änderungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt sind. Nur schwer überwindbare Konflikte sind damit vorprogrammiert. Der Bürger fühlt sich mit seinen Anliegen und Interessen ungenügend respektiert. Eine nach dem gemeinsamen Lern- und Aufklärungsprozess mögliche Einsicht, eine Konsens- und Kompromissbereitschaft, wird von vornherein unter denkbar ungünstigen Bedingungen gestellt.

Wir bitten den Senat deshalb erneut, eine organisatorische und vor allen Dingen finanziell realisierbare Konzeption für die Einrichtung eines Forums Stadtentwicklung vorzulegen.

Zu diesen Überlegungen möchte ich noch ein paar Eckpunkte liefern. Das Forum wird von uns als ein den förmlichen Entscheidungen vorgelagertes Instrument der Erkundung von Meinungen, Interessen und Bedenken begriffen. Es kann im Vorfeld Konflikte aufdecken und vielleicht auch klären, zumindest dazu beitragen. In einer Phase, in der die Beteiligten noch nicht durch Abstimmungen und Entscheidung weitestgehend festgelegt sind, soll es konsensfähige Kompromisse und Abwägungen anbahnen. Das Forum selbst soll nach unserer Meinung aber keine Entscheidung treffen.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Es ist also ein Erkundungsinstrument im Vorfeld förmlicher Planungen.

Das Forum entlastet weder Behörden und Ämter noch die Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen von ihrer Verantwortung für abschließende Entscheidungen. Es soll interessenneutral an eine bestehende Organisation angebunden sein. Der Senat ist dabei Zuhörer, nicht Anwalt oder gar Herr des Verfahrens. Das Forum soll nach unserer Ansicht nicht in eine eigene Apparatur, eine Art Neben- oder Gegenbehörde münden, es soll einfach für sich dastehen.

Wie man sich in diese Richtung versteigen kann, zeigt der eilig von der SPD, Herr Quast, vorgelegte Antrag, dessen Wortgeklänge abschreckt, aber zu der Abgehobenheit Ihrer Forderungen passt. Wenn man sich das Petikum allerdings durchliest, stellt man fest, dass es letztendlich gar nicht so weit von unserem Antrag entfernt ist. Es geht nämlich schlichtweg um eine Konzeption. Da hecheln Sie wieder nur hinterher und versuchen, für die Geschichtsbücher ein wenig Papier zu beschreiben.

Wir werden den Antrag deshalb ablehnen und bitten den Senat, einen möglichst unbürokratischen und finanziell vertretbaren Weg aufzuzeigen. Dabei sollten unserer Meinung nach vorhandene Kapazitäten genutzt und interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Verbänden ein Dialogfeld angeboten werden. Wichtig ist, den Senat als Diskussionspartner in den Dialog einzubeziehen. Veranstalter und Veranstaltungsort sollten dabei neutral sein. Perspektivisch könnte man hier zum Beispiel an die HCU denken. Die Geschäftsführung und fachliche Vor- und Nachbereitung wird ohne Nachteil für die notwendige Neutralität durch die Behörden vorgehalten werden können; da käme auch die BSU infrage.

Die fachliche Vorbereitung soll mindestens die Darstellung der Planungsziele, der Lösungsansätze und des Planungsstandes umfassen sowie die fachliche Nachbereitung und mindestens eine Auflistung und Bewertung der eingebrachten Ideen, Anregungen und Bedenken. Aber das sind bereits Feinheiten, die Senat und Behörde jetzt bedenken müssen und über die wir sicherlich bei späteren Schritten noch einmal diskutieren werden. Wir sind der Auffassung, dass dieses in einem neutralen Forum Stadtentwicklung möglich ist. Was wir aber auch wollen – das will ich noch einmal ganz deutlich betonen –, ist eine finanziell verantwortbare Lösung und kein bürokratisches Ungetüm.

Wir sind sicher, Frau Senatorin, dass Sie diese Aufgabe fundiert angehen und uns in angemessener Zeit einen entsprechenden Vorschlag vorlegen werden, den wir dann weiter debattieren und an dem wir auch die Details besprechen können. In dem Zusammenhang komme ich noch einmal auf die beiden Anträge der SPD und der LINKEN zu sprechen, die sicherlich in Teilen für die Galerie geschrieben sind. Bei Herrn Bischoff schätze ich – das habe ich schon häufiger gesagt – die Detailfreude. Die Prosa am Anfang des Antrags war schön kurz, insbesondere der letzte Absatz des Anfangs hat mich natürlich positiv gestimmt, weil Sie das alles eigentlich als eine gute Entwicklung sehen und uns bei diesem Unterfangen unterstützen. Die zwei folgenden Seiten dann mit den Einzelorderungen halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Ich bin aber sicher, dass wir über den einen oder anderen Punkt auch in Zukunft noch reden können. Das ist detailliert ausgearbeitet, während es bei der SPD in Punkt 1 um die Konzeption

(Jörn Frommann)

geht – die bekommen Sie mit unserem Antrag, Herr Quast – und in Punkt 2 einfach um die Vorlage innerhalb des Jahres 2010.

Ich bin mir sicher, wenn es im Oktober 2010 möglich ist, dann wird die Senatorin uns das im Oktober präsentieren. Und wenn es erst im Januar 2011 möglich sein sollte und die Qualität dann entsprechend gut ist, wird es uns auch nicht stören – Hauptsache, wir setzen das Projekt um. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Quast.

Jan Quast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Frommann, es geht mir gut. Ich freue mich, dass Sie nach über fünf Jahren jetzt endlich so weit sind, das Thema, was in dieser Stadt wirklich drängend ist, nämlich die Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung, ernsthaft anzugehen. Und ich freue mich auch darüber, dass Sie sich dabei letztendlich – das zeigt Ihr Antrag deutlich – auf das stützen, was wir im Jahr 2005 zum ersten Mal beantragt haben, nämlich die Stadtwerkstatt, die Sie zitieren.

Insofern lassen Sie mich bei Ihrem Antrag bleiben, in dem Sie schreiben, dass alle Fraktionen zu der Einsicht gelangt seien, dass mehr Mitwirkung und Dialog vor Entscheidungen und Festlegungen im Bereich der Stadtentwicklung ermöglicht werden sollten. Mit "allen Fraktionen" meinen Sie im Wesentlichen wohl Ihre eigene, denn die SPD- und die GAL-Fraktion haben zumindest in der letzten Legislaturperiode mehrfach deutlich gemacht, dass Sie genau diese Interessen vertreten und genau dieses wollen. Insofern freue ich mich, dass Sie sich jetzt dort einreihen und bereit sind, etwas zu bewegen.

Wir hatten dieses Anliegen mit insgesamt zwei Anträgen eingebracht, die im Prinzip dem entsprechen, was wir auch heute wieder vorlegen; insofern muss Sie das nicht überrascht haben. Wenn Sie sich wirklich intensiv mit dem auseinandergesetzt hätten, was wir diskutiert haben, dann hätten Sie das auch kennen können, denn immerhin hat unser letzter Antrag zu diesem Thema dazu geführt, dass wir im Jahr 2007 einen einstimmigen Beschluss in diesem Hause gefasst und den damaligen Bausenator aufgefordert haben – wenn auch etwas weich, aber es ging mit ihm damals nicht anders –, die bestehenden Beteiligungsmaßnahmen weiterzuentwickeln. Nur, dieser Bausenator war damals eben nicht einsichtig und hat kein Konzept vorgelegt. Und zu unserem großen Bedauern, Frau Hajduk, hat die sonst von der Bürgerbewegung geprägte Partei GAL, die jetzt die Senatorin stellt, es bislang auch nicht geschafft, ein Konzept vorzulegen, obwohl wir schon wieder zwei

Jahre dieser Legislaturperiode hinter uns gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Viele Auseinandersetzungen um den Städtebau in den vergangenen Jahren hätten vielleicht in fruchtbare Bahnen gelenkt werden können, hätte es früher schon die Dialogkultur gegeben, die wir immer wieder eingefordert haben und die Sie möglicherweise jetzt auch anstoßen wollen, eine Dialogkultur, die nicht unterscheidet in Gewinner und Verlierer, wenn es um die Auseinandersetzung um große Projekte geht, sondern die wirklich zu einem Dialog führt, der – anders als die Auseinandersetzungen um Großprojekte wie IKEA in Altona, das Gängeviertel in der Innenstadt und die Verkehrsplanung in Wilhelmsburg – nicht immer wieder Gräben aufreißt, sondern stattdessen Gräben zuschüttet, indem berechnete Interessen frühzeitig einbezogen werden und in Entscheidungen eingehen und nicht nur bestehende Vorstellungen einfach durchgedrückt werden. Eine solche Vorgehensweise hat dazu geführt, dass eine Vielzahl von Bürgerbegehren eingereicht wurde, die manche wichtige Entscheidung aufgehalten haben, und dass sich die Initiative "Recht auf Stadt" gegründet hat, um genau das einzufordern, was uns schon lange fehlt.

Sie haben in Ihrem Antrag und auch in Ihrem Beitrag weitgehend auf eigene Vorschläge verzichtet. Deswegen haben wir unseren Antrag eingebracht und eingefordert, durch die Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt eine neue Planungskultur zu entwickeln. Wir haben dort unseren Willen bekundet, dass die Menschen in den Stadtvierteln stärker einbezogen werden, dass Großprojekte von gesamtstädtischer Bedeutung oder auch herausragende bezirkliche Projekte in einer solchen Stadtwerkstatt – nennen Sie sie gerne Stadtentwicklungsforum – diskutiert werden, und zwar in einer frühen Planungsphase, um auch noch Veränderungen zulassen zu können.

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich zu informieren, Kritik und Anregungen einzubringen und im Zweifel auch Änderungen zu erreichen. Wir wollen, dass sie in der Stadtplanung von Betroffenen zu Beteiligten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass eine Stadtwerkstatt ein Forum dafür bietet, über die Leitlinien der Stadtentwicklung zu diskutieren. Experten und Laien, Politiker und Initiativen sollen sich dort zusammenfinden können. Diese und andere Anforderungen haben wir hinlänglich begründet und ausgeführt. Unser Antrag ist auch weniger von der Angst und Sorge geprägt, die Sie vorgetragen haben.

(Jörn Frommann CDU: Dann kann ich Ihnen die Angst und Sorge doch nehmen!)

(Jan Quast)

Der Hauptbeitrag Ihrer Rede bestand doch darin, uns darzulegen, dass dieses Forum um Gottes Willen nicht in irgendeiner Form die Kompetenzen und Zuständigkeit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt berühren und auch nicht in die Entscheidungsfindung der Bezirke oder der Bürgerschaft hineindiskutieren dürfe. Genau diese Sorge und Angst, die Sie hier ausbreiten, haben wir nicht. Wir glauben, dass man im Gegenteil genau diese Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger ordentlich einbeziehen muss, dass im Zweifel auch Behördenhandeln ein Stück weit zurückstecken muss, wenn es darum geht, berechnete Interessen von Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition! Sie betonen, so ist der Eindruck, Sie hätten gelernt, dass eine neue Diskussionskultur entstehen sollte. Weit her ist es damit nicht. Sie sind nicht einmal bereit, die Anträge der SPD und der LINKEN, die geeignet sind, die Diskussion über die Ausgestaltung eines Forums Stadtentwicklung inhaltlich sowie bezüglich der Rahmenbedingungen zu unterlegen, an den Ausschuss zu überweisen, um sie dort gemeinsam mit dem Senat zu diskutieren. Dies straft Ihr Reden von Beteiligung und Diskussionskultur Lügen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Während Sie sogar in der Drucksache ausführen, dass Sie, die Fraktionen von CDU und GAL, gemeinsam und im Dialog mit dem Senat Ziele konkretisiert und die Möglichkeiten einer Umsetzung eingegrenzt hätten, verweigern Sie dies den Oppositionsfraktionen, geschweige denn, dass Sie uns einmal darlegen, was Sie im Einzelnen erarbeitet haben.

(Jörn Frommann CDU: Haben Sie zugehört?
– Hans-Detlef Roock CDU: Wollen Sie erst ein Konzept haben oder über die Anträge reden?)

– War es das bisschen, was Sie uns erzählt haben? Das war schon alles und damit prahlen Sie in der Drucksache, Herr Frommann?

Umso wichtiger ist es gerade, dass die Anträge der LINKEN und der SPD diskutiert werden, damit wir für dieses neue Instrument einer Stadtwerkstatt oder eines Forums Stadtentwicklung eine vernünftige Basis schaffen. Dialog fängt hier an und darf nicht abrupt enden, nur weil Sie unsere Anträge nicht an den Ausschuss überweisen wollen, sondern mit Mehrheitsentscheidungen niederstimmen. Ihren Worten müssen Taten folgen – das sehe ich zurzeit nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt nicht an dem Gekockel beteiligen, wer der größte Bürgerbeteiligter ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber Sie nicht!)

Aber aus den Anträgen und Wortbeiträgen habe ich entnommen, dass alle Fraktionen der Meinung sind, dass wir eine solche Institution brauchen, ob wir sie nun Stadtforum nennen oder Stadtwerkstatt oder Stadtdialog. Im Prinzip sind wir alle der Meinung, dass größere Vorhaben von bezirklicher oder gesamtstädtischer Bedeutung vorher auf einer neutralen Plattform diskutiert werden sollten, dass wirklich informiert wird, dass dort Meinungsstreit und Meinungsbildung, aber auch Entscheidungshilfen und ein Entscheidungsfindungsprozess für Politik und Behörden stattfinden. Hier konstatiere ich grundsätzliche Einigkeit. Im Jahr 2005 hat es die Initiative des Kollegen Quast gegeben und jetzt erlebe ich die Kollegen Lafrenz und Frommann als aktiv in diesem Punkt – das ist im Prinzip gut.

(Beifall bei Jan Quast SPD)

Wichtig ist, dass es jetzt schnell an den Start geht. Deswegen haben wir diesen Antrag auf diese Weise gestellt und wollen ihn auch nicht mit Details befrachten wie im Antrag der LINKEN. Ich kann mir sicher perspektivisch vorstellen, dass ein solches Forum auch unter Beteiligung anderer Träger, wie zum Beispiel Architekturzentrum oder HCU, stattfindet und damit vielleicht Workshops, Ausstellungen oder Jugendbildungsveranstaltungen verbunden werden.

Aber das wäre der nächste Schritt. Der erste Schritt ist zunächst einmal im Antrag der Koalition beschrieben und wir wünschen uns, dass ein solches Forum und damit möglicherweise ein Stück neuer Planungskultur in dieser Stadt möglichst schnell und effektiv an den Start geht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich räume ein, Herr Frommann, dass ich erst im Verlauf dieser Diskussion verstanden habe, worauf Sie mit dem Antrag abzielen. Wir haben das in unserer Fraktion diskutiert und ich war nicht der Einzige, den der Antrag ein bisschen ratlos gelassen hatte.

Unser Antrag – ich nehme an, auch der von der SPD – hatte im Wesentlichen den Hintergrund, Ihnen ein paar Gedanken mit auf den Weg zu ge-

(Dr. Joachim Bischoff)

ben, was man bei solch einem Forum vielleicht berücksichtigen sollte. Da Sie gar nicht an den Ausschuss überweisen, sondern gleich abstimmen wollen, lagen wir damit offensichtlich auch richtig. Aber Sie hören schon heraus – so habe ich auch Herrn Quast verstanden –, dass wir in der Frage überhaupt nicht konfrontativ sind und das keineswegs ablehnen. Wir sehen das in der Tat als einen Fortschritt an. Aber wir sollten doch noch einen Moment darüber nachdenken, was mit einem solchen Forum oder auf einer solchen Dialogebene erreicht werden kann.

Ich verstehe Ihre Position jetzt so, dass Sie größere Vorhaben auf einer gleichsam neutralen Ebene – wenn es die denn gibt – schon einmal auf verschiedene Perspektiven hin abklopfen wollen; damit soll eine neue Qualität im Bürgerdialog erreicht werden. Dazu kann ich von meiner bisherigen praktischen Erfahrung her nur sagen, dass ich skeptisch bin, ob Sie das erreichen. Egal ob Sie, wie in Ihrem Antrag angesprochen, das Beispiel Wilhelmsburg nehmen oder ob Sie das Frappant-Gebäude nehmen oder die Rindermarkthalle in St. Pauli, überall, wo solche Projekte geplant werden, kommen wir nicht darum herum, das mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu debattieren, sobald sich gewisse Konturen abzeichnen, und das ist ein komplizierter Prozess. Sie werfen uns immer wieder vor, wir würden uns nach dem großen Wind drehen; das sehen wir natürlich anders. Aber wir werden keines dieser Projekte mehr durchbekommen, wenn wir von vornherein dagegen Sturm laufen müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort den Eindruck haben, Ihnen werde etwas Fertiges serviert und ihre Einwände und Argumente würden nicht wirklich ernst genommen. Ich räume ein, ich habe im Zusammenhang mit Wilhelmsburg und jetzt St. Pauli gelernt, dass das auch eine schwierige Frage ist. Aber das werden wir vor Ort machen müssen.

Da mir die Idee der Stadtwerkstatt vorher nicht bekannt war, habe ich noch eine andere Idee gehabt und die verschiedenen Spiegelstriche sind mir da nicht so wichtig. Ich will Ihnen das am Fall Wilhelmsburg verdeutlichen, Herr Frommann. Wir haben im Zusammenhang mit dem "Sprung über die Elbe" eine ganze Reihe von Aktivitäten, aber erst zum Schluss, fast zwei Jahre danach, reden wir über ein Straßenverkehrskonzept für Hamburgs Süden insgesamt oder noch umfassender über ein Gesamtmobilitätskonzept. Es gibt dort Planungen zu verschiedenen Teilbereichen. Wir reden nicht über das Landschaftsentwicklungsprogramm in diesem Raum und – trotz IBA und igs – im Prinzip auch nicht darüber, in welcher Weise dieser Raum in den nächsten zehn, 15 Jahren entwickelt werden soll.

Aus meiner Sicht ist es jedenfalls eine neue Qualität, wenn wir in einem solchen Forum über die Dimensionen der Hamburger Stadtentwicklung in

den verschiedenen Stadtteilen und in den Achsen wirklich umfassend diskutieren oder Entscheidungen vorbereiten können, wenn wir beispielsweise diskutieren können, wie sich der neue Verkehrsträger Stadtbahn, der so holterdiepolter in die Planung aufgenommen wurde, in die gesamte Verkehrsstruktur einordnet.

Das ersetzt nicht die Debatte vor Ort, wo das Projekt konkret durchgeführt wird. Aber wir und alle, die daran Interesse haben, sind dann eingeladen, in einem solchen Forum darüber zu diskutieren, was das Projekt für die Gestalt oder das Profil Hamburgs bedeuten kann. Ich nehme den letzten Fall, das Katharinenquartier, wo wir bei der Umsetzung noch enorme Widerstände sehen werden. Dahinter lauern aber eine ganze Reihe von Fragen der Stadtentwicklung und der Perspektiven in der Verkehrsführung. Das alles sind Punkte, die man in einem solchen Forum diskutieren kann – immer offen, immer auch unter Bürgerbeteiligung –, aber dennoch geht es hier um eine andere Dimension, als wir sie vor Ort haben. Ich kann Sie jetzt nur bitten, dieses Argument aufzunehmen.

Meines Erachtens wird es allerdings nicht funktionieren, dieses Dialogforum im Sinne eines politisch-gesellschaftlichen Seismografen einzusetzen. Sie verschenken damit eine bestimmte Ebene der Verständigung und der Weiterentwicklung über die Perspektiven der Stadt.

Ein solcher Dialog würde wirklich allen gut tun. Sie könnten Ihre Vision, ihre Konzeption "Hamburg mit Weitsicht" dort genauso einbringen und deren konkrete Bedeutung zur Debatte stellen wie wir, die wir gar nicht so weit entwickelte Konzeptionen haben, an Ihrer Kritik wachsen und lernen könnten. Das wäre wirklich ein Schritt nach vorn und das würde auch dem Stadtentwicklungsausschuss gut tun. Ich will das jetzt nicht so pauschal sagen, aber in der Tendenz ist auch die Befassung im Stadtentwicklungsausschuss von Projekt zu Projekt parzelliert und es ist ausgesprochen schwierig, dort eine übergreifende Debatte unterzubringen.

Bitten denken Sie noch einmal darüber nach, wie Sie eine solche Konzeption vorlegen können. Im Prinzip ist das vernünftig, deswegen werden wir dem zustimmen. Bedauerlich ist natürlich, dass Sie die Inhalte in Ihrer Rede kurz ansprechen, dann aber den Punkt abbrechen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zu den Drucksachen 19/5966 und 19/5980. Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksachen an den Stadtentwicklungsausschuss zu?

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

– Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/5980. Wer möchte diesem folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit vielen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/5966 zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Abschließend zum gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/5851. Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6, der Drucksache 19/5143, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Personalsituation an den Feuer- und Rettungswachen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Personalsituation an den Feuer- und Rettungswachen
– Drs 19/5143 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo ist denn der Helm, Herr Dressel?)

Dr. Andreas Dressel SPD:* – Ich glaube, wir haben hier ein Helmverbot, das haben wir noch nicht ausprobiert, es ist aber eine interessante Frage.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der letzten Wahlperiode war es im Hause Konsens, die teilweise unerträgliche Situation bei unserer Berufsfeuerwehr anzugehen. Wir erinnern uns alle an die Diskussion über den schwierigen, teilweise auch unzumutbaren Dienstplan, über Dienstunfähigkeiten und reduzierte Löschzüge. Einmal musste eine Feuerwache sogar vorübergehend schließen, weil kein Personal mehr da war, die Feuerwehr war an einigen Stellen wirklich ausgebrannt.

Es hat dann Veränderungen gegeben, der Dienstplan ist überarbeitet worden, das war gut. Es gibt jetzt ein neu eingeführtes Gesundheitsmanagement und in den Haushaltsplanberatungen 2009/2010 hat es eine Stellenverstärkung bei der Berufsfeuerwehr von 40 Stellen gegeben; das wurde hier fast einstimmig beschlossen. Das ist ein richtiger Schritt, aber es bleibt noch deutlich hinter dem zurück, was die Feuerwehr selbst gefordert hatte, aber es war immerhin schon eine Verbesserung. Auch im Konjunkturprogramm wurden die

Ausbildungsplätze in dem Bereich noch einmal verstärkt.

Aber was ist das Ergebnis? Statt diesen Weg der Gesundung unserer Hamburger Feuerwehr weiterzugehen und diese Personalentwicklung auch weiterzuführen, reißen Sie genau das wieder ein, was wir mühsam gemeinsam versucht haben aufzubauen.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Im November 2009 verkündeten Sie die Zusammenlegung der beiden Feuerwachen im Süderelbe-Bereich und Sie kündigen jetzt die Streichung von 50 Stellen an, wohlgemerkt, wenige Monate, nachdem wir gemeinsam beschlossen haben, 40 Stellen mehr zur Verfügung zu stellen. Das ist an Widersprüchlichkeit nicht zu überbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Der Kollege Völsch ist leider noch nicht wieder da, er ist noch auf dem Flugrückweg. Er könnte noch ein Lied singen von der Diskussion über die Zusammenlegung dieser beiden Feuerwachen im Südwesten unserer Stadt. Vor Ort wird dies von den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von vielen, die sich damit auskennen, als sehr gefährlich empfunden; Stichwort sind hier die Hilfsfristen. Die werden nicht mehr so sein können, dass sie den Standards entsprechen, die wir erwarten. Außerdem planen Sie in dem Bereich Neubaugebiete, es sollen neue Leute hinziehen, aber vor der Besiedelung wird die Feuerwehrversorgung gekappt. Das ist das Gegenteil von "Wachsen mit Weitsicht" und auch deswegen ist diese Maßnahme falsch.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Eigentlich hätten jetzt noch zwei weitere Abgeordnete klatschen müssen, ich schaue einmal, wo sie gerade sind. Kollege Hecht zum Beispiel zieht es offenbar vor, dieser Debatte nicht zu folgen.

(Elke Thomas CDU: Sie sind vielleicht nicht Ihrer Meinung!)

– Ich wäre da vorsichtig, Frau Thomas, denn wir schauen noch einmal in das "Hamburger Abendblatt" vom 18. Dezember 2009.

(Elke Thomas CDU: Entweder Sie schreiben oder das "Hamburger Abendblatt", das ist immer das Gleiche!)

– Ich zitiere jetzt nicht nur das "Hamburger Abendblatt". Frau Thomas, hören Sie doch einmal zu. Wenn Sie das kennen, ist das super, aber der Kollege Neumann kennt es noch nicht:

"CDU-Politiker fordern Sparverbot [...]."

(Dr. Andreas Dressel)

Da äußert sich dann der Kollege Hecht, denn der Wahlkreis Finkenwerder ist in dem Bereich direkt betroffen:

"Sicherheit ist ureigene CDU-Politik."

Da würde ich mittlerweile ein Fragezeichen setzen. Und dann geht es weiter, dass man hier keine falschen Akzente setzen solle.

Dann äußert sich Herr Trepoll, immerhin CDU-Ortsvorsitzender Süderelbe, also direkt betroffen:

"Diesen Nachteil sind die Bürger im Süderelberaum nicht bereit hinzunehmen. Finkenwerder und Süderelbe brauchen jeweils eine eigene Feuerwache."

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

– Hört, hört, genau.

Hinzu komme, dass die Wache Finkenwerder derzeit saniert werde, sagt CDU-Mann Hecht, und das, obwohl sie bald geschlossen werden solle.

"Das ist ein Schildbürgerstreich. Hier wird keine Politik aus einem Guss gemacht."

Sehr richtig, wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der SPD)

Dann folgt noch vielsagend, dass Gespräche mit dem Innensenator geführt würden. Wir hätten jetzt gern entweder vom Innensenator selbst oder von den beiden Abgeordneten

(*Michael Neumann SPD*: Der baut seine Wohnung um, der hat keine Zeit!)

ein gewisses Ergebnis dieser Gespräche. Vielleicht ist dieses kräftige Bemühen der CDU-Abgeordneten zu einem Ergebnis gekommen, das eine gute Nachricht sein könnte für die Bürgerinnen und Bürger im Bereich Süderelbe.

Man könnte nun sagen, damit hätte es sein Bewenden, wenn man nicht wüsste – das ist das Ergebnis dieser Großen Anfrage und weiterer Anfragen, die wir gestellt haben –, dass die Personalnot bei der Feuerwehr auch noch weitere Indikatoren hat, die aus unserer Sicht gefährlich sind. 1900 Stellen gibt es für Feuerwehrleute an den Wachen, davon sind aber 250 unbesetzt. Das sind 13 Prozent, die bedeuten, dass niemand da ist, der diese Stellen entsprechend besetzen kann; das ist ein zentraler Faktor. Es sind zwar noch 90 Feuerwehrbeamte gebucht, die aber feuerwehruntauglich sind, die also für die tatsächlichen Aufgaben gar nicht in Betracht kommen.

Diese Personalentwicklung, die Sie vorgelegt haben, ist das Papier nicht wert, auf dem es steht. Sie haben neben der gefährlichen Zusammenlegung im Hamburger Südwesten eine desolante Personalentwicklung bei der Feuerwehr vorgelegt, die wirklich unverantwortlich ist, und auch das kritisie-

ren wir auf das Deutlichste, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

In anderen Bereichen – jetzt kommen wir zur Spitzenebene der Feuerwehr – ist durchaus immer noch Personal da. Das haben wir bei der Polizei auch festgestellt, es gibt eine Verdreifachung des Büros des Polizeipräsidenten. Es ist bei der Feuerwehr nicht ganz so schlimm, aber auch hier haben sich die Führungsbereiche mit Personal vollgesogen.

(Zuruf von *Elke Thomas CDU*)

– Schauen Sie doch in die Zahlen, Frau Thomas, es steht dort.

Dort ist zusätzliches Personal, aber nicht an den Wachen. Auch das ist eine Maßnahme, die zulasten der Sicherheit in den Stadtteilen geht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen die beiden Abgeordneten herein. Das wäre doch eine Gelegenheit, sich zu den geplanten Maßnahmen in Süderelbe zu äußern.

(*Jörn Frommann CDU*: Jetzt wissen wir, wofür Sie die Redezeit aufgespart haben!)

Erneut die Aufforderung an die beiden Kollegen, noch einmal klarzustellen, was die Ansage von Ihrer Seite ist, denn Sie werden sich vor Ort am Info-stand in Ihren Stadtteilen dafür rechtfertigen müssen, was hier passiert.

(Beifall bei der SPD)

Alles, was Sie an kleinen Linderungsmaßnahmen versucht haben, hat bisher die Wirkung verfehlt. Parallel kündigen Sie weitere Streichungen an. Deshalb gibt es klaren Widerstand von unserer Seite, aber auch von den gemeinsamen Personalvertretungen, vom Personalrat, von ver.di, von komba, von dem neu gegründeten Berufsverband, die sich heute noch einmal zu Wort gemeldet haben. Lassen wir einfach einmal diejenigen sprechen, die in der Personalvertretung Verantwortung tragen, denn das ist absolut richtig. Diejenigen, die täglich Leib und Leben riskieren, die Gesundheit und Leben anderer retten, verdienen besondere Aufmerksamkeit. Es ist eine zentrale politische Aufgabe, dafür vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Den letzten Satz sollten Sie sich auf der Zunge zergehen lassen: Wenn kein Geld für wichtige Pflichtaufgaben des Staates vorhanden ist, muss man eben auf manch politische Kür verzichten. Dieser Satz kommt in diesen Tagen vielen von uns in dieser Stadt sehr bekannt vor, beherzigen Sie ihn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Thomas.

Elke Thomas CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Personalrat begrüßen,

(*Michael Neumann SPD:* Das macht der Präsident!)

der offenbar sehr daran interessiert ist, was wir heute Abend bringen. Ich möchte auf Sie, Herr Dr. Dressel, nicht eingehen, Sie haben Ihre Show gehabt. Es ist immer der gleiche Stil, den Sie praktizieren, und dazu habe ich keine Lust.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Sie müssen nicht denken, dass das immer gut ankommt. Sie sind menschlich ganz nett, aber hier kann ich es manchmal nicht ertragen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Nehmen Sie das doch nicht so persönlich, Frau Thomas!)

Sie wollen vor allen Dingen bei den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt Angst erzeugen, weil die Feuerwehr angeblich nicht leistungsfähig sei. Dies weise ich mit aller Deutlichkeit zurück, denn das ist nicht so.

(Beifall bei der CDU)

Jeden Tag nimmt die Feuerwehr motiviert ihre Aufgaben in allen Stadtteilen wahr. Gerade die kriminellen und gemeingefährlichen Brandanschläge auf Fahrzeuge haben dies in den letzten Wochen und Monaten eindrucksvoll belegt.

(Zurufe von der SPD)

Täglich retten Männer und Frauen der Feuerwehr in der Notfallrettung Menschenleben. Diese hohe Motivation und Leistungsfähigkeit kann durch Presseerklärungen der SPD nicht infrage gestellt werden.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Stellen wir doch gar nicht infrage!)

Ich werde Ihnen nun aus meiner Sicht die Angelegenheiten der Feuerwehr schildern. Dies fällt bei mir natürlich etwas anders aus als bei Ihnen, Herr Dr. Dressel.

Erstens: Tatsache ist, dass sich die Feuerwehr zu einer modernen Großstadtfeuerwehr gewandelt hat, die in Europa ihresgleichen sucht. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Zweitens: Die Personalsituation an den Feuer- und Rettungswachen in Hamburg – das sagten Sie auch, Sie fingen recht gut an – hat sich entspannt.

Nachdem wir mit dem Beschluss über den Haushalt 2009/2010, das erwähnten Sie auch, insgesamt 40 neue Stellen geschaffen haben, sind die Feuer- und Rettungswachen gut besetzt. Über die Ausbildungsinitiative sind nochmals 30 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt worden. Das ist ein gutes Ergebnis und da können auch Sie gern applaudieren.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Diese Entscheidungen, das wissen auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD sehr genau, können nicht von einem auf den anderen Tag umgesetzt werden. Feuerwehrleute, die die hoch qualifizierte Arbeit im Rettungsdienst, im Brandschutz und in der technischen Hilfeleistung erledigen können, müssen ausgebildet werden.

Drittens: Verbesserung zeigt sich auch, wenn man einen längeren Zeitraum betrachtet; nehmen wir die vergangenen vier Jahre. Den von der SPD behaupteten Anstieg der Stellen auf Führungsebene von 35 Prozent hat es einfach nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Tatsache ist vielmehr, dass in diesem Bereich keine einzige neue Stelle geschaffen wurde. Ich glaube nicht, dass man mir dort nicht die Wahrheit sagt.

(*Michael Neumann SPD:* Da guckt der Senator sofort nach!)

Führungsaufgaben wurden lediglich auf mehrere Schultern verteilt. Gestiegen ist dagegen die Zahl der Feuerwehrbeamten in den Wachabteilungen, und die ist höher als 2001. Einen Anstieg können wir auch in der Verwaltung feststellen, nicht aber, wie Sie behaupten, in der Führungsebene. Auch die, die in der Verwaltung tätig sind, können bei Einsätzen zur Verfügung stehen.

(*Wilfried Buss SPD:* Ach was!)

Die von Ihnen getätigte Feststellung, die Zahl der Stellen in der Verwaltung sei auf 423 angestiegen, ist schlicht falsch.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Die Zahl der Verwaltungsstellen ist, das ergibt sich aus den Antworten des Senats auf die verschiedenen Anfragen der SPD, die gerade die Verwaltung intensiv beschäftigt, praktisch unverändert geblieben, das müssten Sie eigentlich gelesen haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja!)

Die von Ihnen genannte Zahl 443 bezieht die Zahl der Stellen für Feuerwehr ohne Feuerwehrrettungswagen, also die uniformierten Kolleginnen und Kollegen, die nicht an den Wachen tätig sind. Dies hat der Senat in seiner Antwort auf Ihre Anfra-

(Elke Thomas)

ge auch unmissverständlich dargestellt, aber das registrieren Sie offenbar gar nicht. Hieraus die Behauptung abzuleiten, die Spitze sauge sich mit Personal voll und die Wachen könnten sehen, wo sie blieben, ist wahrlich beschämend und unseriös.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich verstehe Sie wirklich nicht.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Das kann ich mir vorstellen, Sie reden ja zu allem.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Er hat ja auch was zu sagen!)

Das Wichtigste bei diesem ganzen Zahlenspiel ist aber, dass die Löschzugstärke wieder ihr altes Niveau erreicht hat. Sowohl beim Tag- als auch beim Nachtdienst wird wieder ein erfreulicher Erfüllungsgrad von über 90 beziehungsweise 95 Prozent erreicht. Das ist immer noch steigerungsfähig, das wissen wir. Dies, seien Sie sicher, meine Damen und Herren, hat die Feuerwehr auch im Blick und sich zur Aufgabe gemacht.

Viertens: Eine positive Entwicklung gibt es auch beim Krankenstand. Erfreut stelle ich fest, dass die Fehlzeiten von 2008 nach 2009 in fast allen Monaten des Jahres zurückgegangen sind. Dienstingeschränkte oder untaugliche Feuerwehrbeamte

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Die Zahl ist gestiegen!)

werden auch in Zukunft vorübergehend oder dauerhaft in andere Behörden oder Ämter vermittelt. Durch eine Erhöhung des Personaleinsatzes von acht auf 21 Mitarbeiter konnten der Antragsberg und die Bearbeitungszeiten deutlich abgebaut werden. 2500 Feuerwehrleute sind in unserer Stadt Tag und Nacht im Einsatz und für ihr großes Engagement von hier einmal ein herzliches Dankeschön.

(Beifall im ganzen Hause)

Der schwarz-grüne Senat wird sie wie bisher weiterhin unterstützen.

(*Michael Neumann SPD*: Wenn Unterstützung so aussieht!)

Meine Damen und Herren! Dass sich der Beruf der Feuerwehr großer Wertschätzung erfreut, sehen wir an der ausgebuchten Feuerwehrakademie. Ein weiterer Beleg dafür ist, dass ein leichtes Personalplus von 26 Kollegen und Kolleginnen zu verzeichnen ist. Unsere Bemühungen zeigen also Wirkung, obwohl wir uns in einer schwierigen Haushaltslage befinden. Daran sollten wir alle denken in diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Wer verantwortungsbewusst eine nachhaltige Konsolidierung des Haushalts sicherstellen will, muss in allen Bereichen geeignete Maßnahmen umsetzen. Die Zusammenlegung der Feuerwachen Süderelbe und Finkenwerder ist eine solche Maßnahme.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sehen das Ihre Kollegen auch so?)

– Lassen Sie doch die Kollegen in Ruhe und hören Sie mir zu.

(Beifall bei der CDU)

Die jeweiligen Rettungswagen an denselben Standorten zur Sicherstellung der zeitgerechten Notfallrettung sind davon jedoch nicht betroffen. Die Zusammenlegung der Feuerwachen ist im Vergleich zu anderen Stadtteilen vertretbar, weil mit dem Neubau der künftigen Feuer- und Rettungswache Finkenwerder die betroffenen Stadtteile in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit der örtlichen Freiwilligen Feuerwehren risikogerecht abgedeckt werden können. Gegebenenfalls notwendige Optimierungen der technischen Ausstattung werden bei der weiteren Konkretisierung der Maßnahme berücksichtigt.

Nun noch eine Reaktion auf Sie, Herr Dr. Dressel, ich kann es immer nicht lassen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das lohnt nicht!)

– Das lohnt sich manchmal nicht.

Realitäten blenden Sie meistens völlig aus und das tun Sie sehr gern.

(Beifall bei der CDU)

Als Beispiel nehme ich den Kampfmittelräumdienst. Hier wurden schnell und unbürokratisch Stellen geschaffen, um der Antragsflut zu begegnen. Es wäre schön, wenn Sie so etwas auch einmal sagen würden.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Dafür sind Sie ja da!)

Der Kampfmittelräumdienst kann nun auf die personelle Ausstattung zurückgreifen, um seine Aufgabe für die Stadt erfolgreich zu erfüllen. Auf Basis der tagesaktuellen Verfügbarkeit des Einsatzdienstpersonals reagiert unsere Feuerwehr schnell und flexibel auf geänderte Risiko- und Personallagen. Allerdings ist das Erreichte kein Anlass zur Muße, die Feuerwehren müssen frühzeitig auf künftige Anforderungen vorbereitet werden. Ich unterstütze daher die externe Ausschreibung eines Strategiepapiers, die der Senat vornahm. Die Untersuchung wird den Brandschutz, die technische Hilfeleistung unter Einbeziehung von Sonderbereichen wie zum Beispiel ABC-Abwehr und Schutz in Katastrophenlagen sowie die Bewertung der Standorteignung als einen von zahlreichen Faktoren bei der Beurteilung der vorhandenen bezie-

(Elke Thomas)

hungsweise zu errichtenden notwendigen Struktur des Einsatzdienstes umfassen. Damit könnte ich auch abendfüllend sein.

(Michael Neumann SPD: Ja, machen Sie mal!)

Meine Damen und Herren! Die Hamburger Feuerwehr wird auch künftigen Herausforderungen gewachsen sein. Ich bin zuversichtlich und stolz, dass die Feuerwehr so gut aufgestellt ist. Herr Dr. Dressel, das werden Sie noch einsehen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man hat an der Vorrednerin und dem Vorredner gesehen, dass es eine breite Bandbreite gibt, innerhalb derer man über das Thema Feuerwehr diskutieren kann.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist eine Wahrnehmungsfrage!)

– Es ist vielleicht eine Wahrnehmungsfrage, es ist aber auch eine politische Frage.

Aus den Ergebnissen Ihrer Großen Anfrage, aber auch aus der Kleinen Anfrage, die Sie zwei Monate später dazu gestellt haben, ergibt sich, dass es eine Differenz zwischen Stellenzahl und Ist-Besetzung gibt. 250 vollzeitäquivalente Personen haben Sie ausgerechnet, aber die spannende Frage ist doch, was man damit macht, wie man politisch darüber diskutiert. Ich wette mit Ihnen, dass Sie nicht zufrieden wären mit der Situation, in der sich die Feuerwehr befindet, selbst wenn es diese Differenz nicht gäbe. Sie würden dann wahrscheinlich auf die Einsatzfahrzeuge oder auf die Uniformen ausweichen, um anhand von Zahlenspielen deutlich zu machen, dass strukturell etwas nicht stimmt. Das ist nicht ausreichend, um über die Situation der Feuerwehr zu diskutieren.

Sie haben einen kurzen Exkurs gemacht zu den Diskussionen, die wir in den letzten zwei, drei Jahren hatten, die sich vor allem mit dem Dienst, mit den Schichten und mit dem neuen Dienstzeitmodell beschäftigt haben. Sie sollten hier einen Schnitt machen und sagen, es gibt dort tatsächlich mehr Zufriedenheit, denn Sie sind nicht der Einzige, der Gespräche führt mit den Vertretern.

(Elke Thomas CDU: Er ist der Einzige!)

– Nein, er ist nicht der Einzige, Frau Thomas.

(Elke Thomas CDU: Das ist das Problem!)

Das heißt, wir haben in dem Punkt tatsächlich eine Form von Ruhe und Weiterentwicklung, die wir auch uns allen zuschreiben können, denn daran

haben tatsächlich alle aus diesem Parlament mitgewirkt.

Der nächste Punkt: Es sind nicht alle Stellen besetzt und dafür gibt es Gründe. Die spannende Frage ist auch hier wieder, warum nicht alle Stellen besetzt sind. Die könnte man diskutieren, aber gleichzeitig müsste man diskutieren, was dies bedeutet. Sie haben einen Extremfall benannt, der ein einziges Mal vorgekommen ist, dass es nämlich tatsächlich eine Nacht gab, in der eine Feuerwehr nicht besetzt war und nicht ausrücken konnte. Aber das hat mitnichten etwas mit den Zahlen zu tun, die Sie jetzt herausgearbeitet haben. Wir haben doch eine Situation, in der man sich damit auseinandersetzen muss, wie man mit der steigenden Zahl von untauglichen und diensteingeschränkten Kolleginnen und Kollegen umgeht. Es wird versucht, sie in anderen Behörden einzusetzen, das ist oft gar nicht im Sinne der Betroffenen. Es ist auch nicht immer im Sinne der Behörden, aber trotzdem müssen wir da eine Lösung finden, das wäre eine spannende und wichtige politische Aufgabe. Dies ist schwierig, das wissen Sie auch. Dafür Konzepte zu entwickeln, finde ich weitaus interessanter und wichtiger als die Frage, ob wir 100 Prozent haben und keine Differenz zwischen Stellenzahl und Ist-Besetzung. Es geht doch darum, ob die Feuerwehr strukturell funktioniert oder nicht. Frau Thomas hat die Zahlen genannt, sie lassen sich im Detail erklären. Die steigenden Zahlen beim Erfüllungsgrad bezüglich der Zugstärke zum Beispiel machen doch deutlich, dass die Feuerwehr funktioniert.

Eine zweite Frage ist, ob sie gut genug funktioniert. Woran liegt es, dass immer noch zu viele Aktive im Dienst krank werden und Gesundheitsschäden erleiden? Dafür gibt es das Gesundheitsmanagement; das haben Sie gesagt. Ob das ausreichend ist, wird man dann diskutieren können, wenn wir die ersten Analysen und Evaluationen darüber haben.

Ein weiterer Punkt ist das Thema Ausbildung. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die sich in der Ausbildung befinden, werden nicht den Wehren zugerechnet, sondern sind Teil der Verwaltung – in Führungsstrichen –, also in Uniform, aber nicht im regulären Betrieb der Wehren. Das erhöht die Kopfzahl, wenn man so will, es sind immerhin 161 Personen. Das ist ein strukturelles Element, das man diskutieren kann. Wenn sie schon gleich umgebucht würden auf die Wehren, dann würde dort eine andere Zahl erscheinen, aber es ändert nichts am Prinzip. Es sind Menschen in Ausbildung, die wir alle wollen und brauchen und deswegen sind sie nicht voll einsatzfähig, also gibt es eine Differenz zwischen Stellenzahl und Ist-Besetzung. Das ist eine einfache Erklärung, ist strukturell aber kein Problem, sondern Teil der Weiterentwicklung der Feuerwehr.

(Antje Möller)

Vielleicht noch einen letzten Aspekt, denn wir haben uns entschieden, im Detail weiter im Ausschuss zu diskutieren und dann vielleicht weniger mit vielen zündenden Worten und Wortspielen, die sich beim Thema Feuerwehr anbieten. Für die politische Debatte ist aber die Verständigung darüber wichtig, was man an strukturellen Veränderungen braucht, ob es tatsächlich ein Problem beim Schutz und der Sicherheit der Bevölkerung gibt, für die die Feuerwehr zuständig ist.

Als letzten Punkt noch einmal das Thema der Wache Finkenwerder. Sie greifen einzelne Abgeordnete an unter dem Motto, das werde ihnen das Wahlvolk schon heimzahlen, da müsse man auf seinen Wahlkreis aufpassen. Es geht hier um etwas ganz anderes, es geht darum, ob die Hilfsfristen sich verlängern,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, genau!)

ob die Sicherheit, die gewährleistet werden muss, weiterhin gewährleistet werden kann. Und wenn man diese Prämissen beachtet, dann darf man Strukturen verändern und auch darüber reden. Wenn es auf der einen Seite einen Neubau gibt und auf der anderen Seite eine leistungsfähige Freiwillige Feuerwehr – Sie wissen auch, dass die dort vor Ort ist –, dann darf man auch über Zusammenlegung reden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und wenn man darüber redet, dann entwickelt man auch im Detail die Umsetzung und auch das Konzeptionelle. Vielleicht schaffen wir im Ausschuss eine etwas differenziertere Diskussion und treffen uns dann zu dem Thema nicht nur hier, sondern auch gern vor Ort und im Gespräch mit den Feuerwehrleuten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Frau Möller, wir reden natürlich über das Thema, weil der Senat beschlossen hat, 50 Stellen zu streichen, und da danke ich einmal ausnahmsweise dem Kollegen Dressel,

(Michael Neumann SPD: Hört, hört!)

weil er beharrlich nachgefragt hat. Obwohl er dem Senat wirklich jedes Wort aus der Nase ziehen musste, hat es doch bewirkt, dass man über die Situation jetzt vernünftig reden kann. Man kann feststellen, dass die Probleme bei der Feuerwehr nach wie vor existieren und das ist auch verschiedentlich zur Sprache gekommen. Obwohl in den Haushaltsberatungen beschlossen worden war, die Stellenzahl um 40 aufzustocken, fehlt nach wie vor

Personal, das machen die Große und die Kleine Anfrage deutlich.

Es gibt nach wie vor nicht besetzte Löschzugfunktionen. Die Zugstärken sind seit 2007 mehr oder weniger beständig gesunken. Wir hatten einen kleinen Anstieg im Januar, aber es ist zu befürchten, dass das vor dem Hintergrund der bevorstehenden Änderungen keine Trendwende einleiten wird. Wiederholt sind Löschzüge nicht besetzt gewesen, insbesondere in der Feuerwache 35 in Finkenwerder.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt übernimmt den Vorsitz.)

Neben der personellen Unterbesetzung ist auch die Altersstruktur problematisch. Ich habe leider meinen Notizzettel vergessen, aber der größte Teil der Kollegen lässt sich den Altersgruppen von 41 bis 46 zuordnen. Wenn sich da nicht grundlegend etwas ändert, kann man zusehen, wie die Belegschaften sozusagen aus dem Dienstalter hinauswachsen.

Ein drittes Problem ist schon angesprochen worden, der Krankenstand. Frau Thomas, Sie sagten, der Krankenstand liege unter dem von 2008. Das kann man nicht bestreiten. Er lag aber 2009 und liegt auch jetzt noch deutlich, nämlich 1,5 bis 2 Prozent, über dem Krankenstand von 2005. Damit kann man nicht zufrieden sein und sagen, das sei positiv.

(Elke Thomas CDU: Das tun wir auch nicht, wir wollen noch verbessern!)

– Ich habe mich über Ihre engagierte Rede in gewisser Weise gefreut, aber jetzt lassen Sie bitte auch mich reden.

Völlig zu Recht haben Sie der Feuerwehr wegen ihrer hohen Leistungsbereitschaft Ihre Anerkennung ausgesprochen. Da schließe ich mich vorbehaltlos an. Die Frage ist doch aber, in welchem Verhältnis diese Leistungsbereitschaft zu den Aufgaben steht. Ich habe mir das in der Statistik der Jahresbilanz 2009 angeschaut. Die Aufgaben wachsen: Es gibt mehr Brandalarme, mehr Rettungsdienst-Einsätze und auch insgesamt mehr Einsätze. Eine Metropole wie Hamburg ist hochsensibel und gefährdet und wenn die Feuerwehr nicht ausreichend ausgestattet ist, um ihre Aufgabe zu bewältigen

(Elke Thomas CDU: Das ist sie ja!)

– denken Sie an die Großveranstaltungen und daran, dass Hamburg ein Drehkreuz für Gefahrgut ist –, dann ist das wirklich problematisch. Da klaffen Aufgabenbereich und Leistungsfähigkeit auseinander und Senat und Regierungsfaktionen sollten sich nicht auf der hohen Leistungsbereitschaft der Feuerwehr ausruhen.

Jetzt sollen noch einmal 50 Stellen gestrichen werden, obwohl nicht zu bestreiten ist, dass es nach

(Christiane Schneider)

wie vor Probleme gibt. Ich möchte etwas ausführlicher als Sie, Frau Möller, darauf eingehen, dass diese Kürzungen vorrangig die Feuer- und Rettungswachen 35 und 36, Finkenwerder und Süderelbe, treffen werden. Diese beiden Wachen sind sowieso schon personalreduzierte Wachen, denn 2002 sind hier schon einmal 30 Stellen gestrichen worden. Nun sollen diese Wachen zusammengelegt werden – die Standortentscheidung wird im Mai gefällt – und gleichzeitig weitere Stellen gestrichen werden. Nach dem jetzigen Planungsstand sollen in Wache 36 insgesamt zehn Funktionen im Aufgabenbereich Brandschutz und technische Hilfeleistungen wegfallen und die Wache 36 ist zuständig für ein Gebiet, in dem 52 000 Menschen leben.

Es wird argumentiert, dass es aufgrund der Zusammenlegung und der Verlegung der Wache eine Verbesserung für Betriebe mit der Risikoklasse eins gebe, also Airbus, Sietas und die Raffinerien. Die Feuerwehren und auch der Personalrat weisen allerdings auf die damit einhergehenden erheblich verlängerten Hilfsfristen hin, die sich, so ist zu befürchten, zum Teil von bisher acht Minuten auf bis zu 15 Minuten fast verdoppeln würden. Damit wäre die Wohnbevölkerung im Brandfall in einem ganz anderen Ausmaße gefährdet, als sie es heute ist. Ich frage mich, was eigentlich wäre, wenn einmal mehrere Brände gleichzeitig zu bekämpfen wären. Auf die neuen Wohnprojekte ist schon hingewiesen worden. Mit Shell hätte zudem auch ein Betrieb mit der Risikoklasse eins längere Hilfsfristen zu erwarten. Ob man das jetzt alles der Freiwilligen Feuerwehr aufbürden darf, möchte ich ernsthaft bezweifeln.

(Elke Thomas CDU: Das ist ja ein Ding, das können Sie doch nicht bezweifeln!)

– Ich möchte bezweifeln, ob man der Freiwilligen Feuerwehr all das aufbürden soll, was jetzt bei den Berufsfeuerwehren wegfällt.

Ich möchte schließen mit der Bemerkung, dass der Senat hier eine doppelte Verantwortung trägt. Er hat eine Fürsorgepflicht für die Feuerwehrleute, deren Hochleistungsbereitschaft nicht unendlich angespannt werden kann, und er muss den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu Ihnen, Frau Thomas. Ihr Engagement für die Freiwillige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr ist auch in unserer Fraktion absolut unbestritten, das möchte ich noch einmal deutlich hervorheben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Frau Möller hat darauf hingewiesen, dass von uns allen viele Gespräche geführt werden, um etwas Gutes zu erreichen. Entscheidend sind aber die Ergebnisse

(Elke Thomas CDU: Genau, wir sind dabei!)

und die sind leider, was die Entwicklung angeht, bescheiden.

Ich will noch einmal Frau Möllers Beitrag aufgreifen. Es ist in der Tat gelungen, mit der Dienstplanänderung und dem Gesundheitsmanagement etwas Ruhe in die Feuerwehren hineinzubringen. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen mit überwältigender Mehrheit eine Stellenaufstockung beschlossen. All das ist wunderbar, nur sind Sie auf diesem Weg nicht weitergegangen. Wie Frau Schneider ausführte, hat man zwar einige positive Trendzahlen bei den Krankenständen und Löschzugstärken, aber wenn Sie nun zwei Wachen zusammenlegen und Stellen in erheblicher Höhe abbauen wollen, dann gehen Sie diesen Weg nicht weiter. Wenn Sie weiterhin auf die Gesundung der Feuerwehren und eine vernünftige Personalentwicklung bedacht wären, hätten wir diese Diskussion heute nicht. Sie reißen genau das ein, was mühsam über Jahre aufgebaut worden ist und das kritisieren wir.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE – Elke Thomas CDU: Sie bekommen so schöne Antworten!)

Ich will jetzt gar nicht alles richtig stellen oder aus unserer Anfrage zitieren, was die Steigerungen im Verwaltungsbereich angeht und Ähnliches. Das können wir gern im Ausschuss diskutieren. Abschließend bleiben letztlich drei Fragen.

(Hans-Detlef Rook CDU: Was geht Sie das überhaupt an?)

Erstens: Ich würde schon gern wissen, was die beiden Abgeordneten konkret für den Bereich Süderelbe erreicht haben. Das ist bislang offen geblieben. Darüber kann uns dann vielleicht der Kollege Trepoll im Ausschuss Auskunft geben.

Zweitens: Es wurde die Ausbildungsoffensive angesprochen. Sicher ist es gut und richtig, diesen Bereich zu stärken. Meine Frage an Sie ist, ob diese Stellen langfristig erhalten bleiben, um damit einen Beitrag zur Gesundung der Personalentwicklung zu leisten. Da sind Sie Stadt und Feuerwehr noch eine Antwort schuldig.

Drittens: Sie haben das Strategiepapier der Feuerwehr angesprochen. Bei diesen Strategiepapieren muss man immer aufpassen, dass nicht aufgrund irgendwelcher Untersuchungen plötzlich wieder neue Sparvorschläge herauskommen; davon kann die Feuerwehr wahrlich ein Lied singen. Wir haben

(Dr. Andreas Dressel)

daher einmal nachgehakt und in der Senatsantwort heißt es dazu:

"Vorschläge zu Standortzusammenlegungen oder -schließungen werden nicht erwartet."

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist eindeutig! – Elke Thomas CDU: Das ist unglaublich!)

Das hört sich nicht nach einer Garantieerklärung gegen weitere Zusammenlegungen und Schließungen an. Geben Sie deshalb hier ein klares Bekenntnis dafür ab, dass das Thema damit sein Bewenden hat. Sie sollten für Klarheit sorgen und nicht neue Unsicherheit in die Feuerwehr hineintragen, wie Sie es zurzeit tun. Wir werden daher die Diskussion im Ausschuss fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/5143 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 52, Drucksache 19/5852, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Solardachkataster für Hamburg jetzt umsetzen. Mehr Service für solarinteressierte Bürgerinnen und Bürger schaffen, Energiewende einleiten.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Solardachkataster für Hamburg jetzt umsetzen. Mehr Service für solarinteressierte Bürgerinnen und Bürger schaffen. Energiewende einleiten. – Drs 19/5852 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 19/5967 ein Antrag der SPD-Fraktion sowie als Drucksache 19/5981 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Einrichtung der Solardachbörse für Hamburg nicht weiter verschleppen – Drs 19/5967 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Solare Energie für Hamburg! Soziale und ökologische Energiewende einleiten! – Drs 19/5981 –]

Die antragstellenden Fraktionen haben auf eine Debatte verzichtet. Die SPD-Fraktion möchte alle drei Drucksachen an den Umweltausschuss überweisen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/5852, 19/5967 und 19/5981 an den Umweltaus-

schuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Bevor wir zu den Schlussabstimmungen kommen, habe ich ein kleines Problem. Ich kann auf das Mitwirken unserer Kollegin Aygül Özkan noch nicht zurückblicken, denn sie hat ihr neues Amt noch nicht angetreten und ihr altes noch nicht niedergelegt. Da sie heute aber das letzte Mal dabei ist, schlage ich vor, dass wir ihr eine gute Reise nach Hannover wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe nun Punkt 5 der Tagesordnung auf, die Drucksachen 19/5819 und 19/5820, Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 19/5819 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 19/5820 –]

Ich beginne mit dem Bericht 19/5819, zunächst zu Ziffer 1.

Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die in den Ziffern 2 und 3 erbetenen Kenntnisaufnahmen sind erfolgt.

Nun zum Bericht 19/5820, auch hier zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 109/10 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig beschlossen.

Wer stimmt den Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5354, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Asbest in Schulsporthallen und -gebäuden.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Asbest in Schulsporthallen und -gebäuden
– Drs 19/5354 –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Schulausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/5354 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5506, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Gesundheitsförderung und gesundheitliche
Prävention in Hamburg
– Drs 19/5506 –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Wer unterstützt dieses Begehren? – Das ist mehr als ein Drittel.

Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5731, Senatsantrag: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Vergabegesetzes.

**[Senatsantrag:
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung
des Hamburgischen Vergabegesetzes**

– Drs 19/5731 –]

Wer möchte das Zweite Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Vergabegesetzes aus Drucksache 19/5731 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit wenigen Gegenstimmen in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5857, Senatsantrag: Aufsichtsratsstätigkeiten von Herrn Bürgermeister von Beust, Frau Senatorin Hajduk und Herrn Senator Frigge.

**[Senatsantrag:
Aufsichtsratsstätigkeiten von Herrn Bürgermei-
ster von Beust, Frau Senatorin Hajduk und
Herrn Senator Frigge
– Drs 19/5857 –]**

Wer möchte zu diesem Antrag das Einvernehmen nach Artikel 40 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg herstellen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 26 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/5842, Unterrichtung durch den Präsidenten: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2009, kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bür-
gerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezem-
ber 2009
Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerin-
nen und -Bürger, Drucksache 19/1756
– Drs 19/5842 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Yildiz hat das Wort für maximal fünf Minuten.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil dieses Thema wichtig ist. Wir stehen vor einem großen Volksentscheid. Ich möchte inhaltlich nicht weiter auf ihn eingehen, denn wir haben hier einstimmig eine neue Schulreform beschlossen, weil das jetzige System viele Kinder benachteiligt.

(Wolfgang Beuß CDU: Zur Sache!)

– Ich komme zur Sache, wenn Sie zuhören.

Das kommunale Wahlrecht ist aktueller als je zuvor.

(Viviane Spethmann CDU: Wir haben aber keine Kommunen!)

Ich möchte einige Gründe dafür nennen.

Erstens: Viele Tausende Migrantinnen und Migranten werden von der Teilhabe am Volksentscheid ausgeschlossen. Ihnen wird keine Gelegenheit eingeräumt, an der Entscheidung über Dinge, die sie unmittelbar betreffen, mitzuwirken. Damit findet eine Ungleichbehandlung statt.

Zweitens: Ein kommunales Wahlrecht würde der Entfremdung von Migrantinnen und Migranten sowie Rücksetzungstendenzen entgegenwirken, die auf Diskriminierung und Benachteiligungen basieren.

Drittens: Ein kommunales Wahlrecht würde den Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit geben, sich schneller und stärker als bislang mit den Gemeinden zu identifizieren, in denen sie sich niedergelassen haben.

Viertens: Ein gewichtiges Argument für die Gewährung des kommunalen Wahlrechts liefert das Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Januar 1972, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund das passive und aktive Wahlrecht in ihren Betrieben zugesteht. Von diesem Gesetz sind enorme partizipatorische Impulse ausgegangen. Es gewährte Migrantinnen und Migranten ein Mitspracherecht in ihren Betrieben und den Gewerkschaften und ermöglichte es ihnen, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Es gilt, Migrantinnen und Migranten getreu dieser demokratischen Tradition nun auch ein kommunales Wahlrecht zu gewähren.

Fünftens: Wir sollten nicht vergessen, dass die Europäische Union ihre Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen hat, alle Hindernisse für eine demokratische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu beseitigen.

Hamburg kann sehr wohl auf Bundesratsebene einen Beitrag dazu leisten, dieses Recht für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft umzusetzen. Ich plädiere deshalb dafür, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen.

(Harald Krüger CDU: Wir haben es schon abgelehnt!)

Auf den Veranstaltungen, die ich für die Primarschule mache, werde ich von vielen Migrantinnen und Migranten angesprochen, die bedauern, sich nicht an dem bevorstehenden Volksentscheid beteiligen zu können. Selbst europäische Mitbürger, die hier ein kommunales Wahlrecht haben, sind von dieser Volksabstimmung ausgeschlossen. Ich meine, es ist gerechtfertigt, dies noch einmal im Ausschuss zu diskutieren. Ich bitte Sie, Ihre Entscheidung zu ändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Müller, ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht hier um eine Unterrichtung des Präsidenten über ein Ersuchen der Bürgerschaft zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger. Die damalige Debatte hat deutlich gemacht, dass dies nicht in diesem Hause entschieden wird. Entschieden wird im Deutschen Bundestag und wenn es dort eine Zwei-Drittel-Mehrheit gibt, weil das Grundgesetz geändert werden müsste, dann kann Hamburg zustimmen. In einer erneuten Überweisung an den Ausschuss sehe ich keinen Sinn, denn für den kommenden Volksentscheid wird dies nichts mehr nützen.

Dass wir zumindest mit einem Teil dieses Parlaments übereinstimmen, dass ein kommunales Ausländerwahlrecht sinnvoll ist, steht außer Frage. Wir wissen aber, dass es auf Bundesebene selbst der im vergangenen Jahr beendeten Großen Koalition nicht gelungen ist, zu einer Übereinkunft zu gelangen und einen Schritt voranzugehen. Es gab allerdings eine sehr ordentliche Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestags, in der alle Experten unterstrichen haben, dass für ein solches Gesetzesvorhaben eine Grundgesetzänderung notwendig sei. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, bei den Christdemokraten, wobei ich in Hamburg gar nicht so sehr die Vorbehalte sehe,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wäre schon mal ein Anfang!)

weiterhin für diesen Weg zu werben, denn es ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Es nützt nichts, wenn SPD und Grüne sich einig sind, sondern wir brauchen eine grundsätzliche Übereinkunft in diesem Land.

(Farid Müller)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Eine Hamburger Bundesratsinitiative wäre doch auch schon mal nicht schlecht!)

Letztes Jahr ist bereits eine entsprechende Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz gescheitert. Sie haben ihr mit Ihrer Bundespartei nicht zum Erfolg verhelfen können; das müssen wir auch einmal festhalten. Verschonen Sie uns doch bitte in der Bürgerschaft mit all dem, womit Sie in Ihrer letzten Koalition in Berlin nicht weitergekommen sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben zudem die Situation, dass ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger Bezirkswahlen und Bürgerentscheide betreffen würde, aber nicht zwangsläufig auch Volksentscheide auf Landesebene. Sicher kann man darüber bei einer Grundgesetzänderung nachdenken, aber damit machen wir dann noch einmal ein neues Fass auf.

Ich bitte Sie, in diesem Land für diesen Weg zu werben, aber hier erst einmal die Debatte ruhen zu lassen, denn auf Bundesebene sehe ich zurzeit überhaupt keine Bewegung in diesem Punkt. Ich muss gestehen, dass mir nicht einmal die Position des neuen Koalitionspartners der Christdemokraten bekannt ist. Es bringt uns jedoch nicht weiter, diese Debatte in der Bürgerschaft in einer Endlosschleife zu führen, und deswegen plädiere ich nicht für eine Überweisung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/5842 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 19/5776, Bericht des Umweltausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, "Fortschreibung des Hamburger Klimaschutzkonzeptes 2007-2012", Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt", Berichterstattung über die programmatische Weiterentwicklung, die Umsetzung der Maßnahmen sowie die geplante Mittelverteilung 2010.

[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/4906:

Haushaltsplan 2009/2010 – "Fortschreibung des Hamburger Klimaschutzkonzeptes 2007-2012"

Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt"

Berichterstattung über die programmatische Weiterentwicklung, die Umsetzung der Maßnahmen sowie die geplante Mittelverteilung 2010 (zweite Fortschreibung) (Senatsantrag)

– Drs 19/5776 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Heyenn hat das Wort für maximal fünf Minuten.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um den Bericht des Umweltausschusses zur Fortschreibung des Hamburger Klimaschutzkonzeptes 2007-2012. Es war uns leider nicht mehr möglich, zum Zeitpunkt der Abstimmung im Ausschuss anwesend zu sein. Wir sind eine kleine Fraktion – wir bemühen uns zwar, das zu ändern, aber es wird noch ein bisschen dauern – und bei uns hängt es dann oft an einer Person. Wir können diesem Ausschussbericht nicht zustimmen und möchten unsere Gründe dafür deutlich machen.

Schauen wir uns das Petition einmal näher an. Dort lesen wir unter Punkt 2:

"Der Senat beantragt, die Bürgerschaft möge an alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen appellieren, an der Verwirklichung der unter dem hier vorgelegten Handlungskonzept formulierten Ziele nach besten Kräften mitzuwirken."

Dem können wir aus zwei Gründen nicht zustimmen.

Erstens: Wir möchten keine Werbung für diese Senatspolitik machen.

(Zurufe von der CDU)

– Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Zweitens: Es geht hier nicht um ein Ziel – die Senkung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 –, sondern um mehrere Ziele. Die im Dezember nachgereichte Drucksache zum Klimaschutzkonzept listet diese fünf Ziele auf und zeigt, wie die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel unter ihnen gewichtet wird. Für die "Unmittelbare-CO₂-Minderung" sind 40 Prozent der Mittel vorgesehen, aber für "Wissenstransfer oder Bewusstseinsbildung mit dem Ziel der Verhaltensänderung" 20 Prozent und für Vernetzung und Werbung 10 Prozent. Wir halten es nicht für richtig, dass immerhin 30 Prozent der Mittel nicht direkt in Maßnahmen investiert werden, die unmittelbar zur CO₂-Reduktion beitragen, sondern in andere Projekte. In diese wird, so meinen wir, viel zu viel Geld gesteckt und aus diesen Gründen werden wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Weggen hat das Wort für maximal fünf Minuten.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, ich hatte im Vorfeld gerätselt, warum Sie hierzu einen Fünf-Minuten-Beitrag halten wollen. Jetzt weiß ich es. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, Ihre Position hier noch einmal zu begründen. Da wir im Ausschuss nicht mehr auf Ihre Kritik reagieren können, möchte ich gern an dieser Stelle meine Einschätzung zu Ihren Kritikpunkten darlegen.

Es ist sehr wichtig, dass sich die Bürgerschaft offensiv hinter dieses Konzept stellt und es auch nach außen vertritt, weil es die Klimaschutzpolitik umfasst, die wir in Hamburg machen wollen. Wir haben mit diesem Klimaschutzkonzept den Titel "Umwelthauptstadt 2011" errungen und brauchen uns mit ihm nicht zu verstecken. Wir sollten offensiv für es werben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Sie kritisieren, dass ein großer Teil der Mittel in die Bewusstseinsbildung investiert wird. Natürlich handelt es sich dabei um Maßnahmen, deren Folgen nicht sofort messbar sind, das heißt aber nicht, dass sie nicht wichtig wären und nicht zur CO₂-Reduzierung beitragen würden. Nur weil wir möglicherweise ein großes Wissen über Klimaschutzmaßnahmen haben, können wir nicht davon ausgehen, dass das für alle gilt, wobei ich auch bezweifeln möchte, dass wir schon immer ganz genau wissen, was im Detail zu tun ist. Diese bewusstseinsbildenden Maßnahmen sind wichtig. Es geht nicht darum, den Leuten etwas zu erzählen, was sie eh schon wissen, sondern Neues beizubringen.

Im Projekt "Klimaschutz an Schulen" beispielsweise wird Schülerinnen und Schülern von Anfang an vermittelt, wie Klimaschutz funktioniert, damit sie dies früh lernen und es später auch anwenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Krischok hat das Wort für maximal fünf Minuten.

(Wolfgang Beuß CDU: Wieder eine Rede zum Ablesen!)

Anne Krischok SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die SPD findet die Drucksache zum Teil schwierig, zwar nicht vom Grundsatz her, aber im Hinblick auf die Handhabung der 361 Einzelmaßnahmen. Nichtsdestotrotz ist nicht alles schlecht; vieles haben auch wir uns gewünscht.

Einer unserer Kritikpunkte schließt sich dem an, was Frau Heyenn bereits ausgeführt hat. Es fließen zu wenig Mittel in CO₂-Minderungsmaßnah-

men, also in Maßnahmen, die real und nachprüfbar CO₂-Emissionen reduzieren. Die SPD würde sich beispielsweise wünschen, dass mehr in Gebäudeisolierung oder erneuerbare Energien investiert würde.

Man muss aber festhalten, dass es mit dem Klimaschutz auch nach Kopenhagen weitergehen muss. Wir als SPD-Fraktion werden darum dieses Konvolut im Einzelnen abarbeiten. Die erste Große Anfrage ist eingereicht und weitere Maßnahmen werden folgen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wer möchte sich der Empfehlung des Umweltausschusses aus Drucksache 19/5776 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 19/5782, Bericht des Schulausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Besoldungsrechts im Rahmen der Schulreform in Hamburg.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/4702:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Besoldungsrechts im Rahmen der Schulreform in Hamburg (Senatsantrag)

– Drs 19/5782 –]

Hierzu liegt Ihnen aus Drucksache 19/5964 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Änderung des Besoldungsrechts im Rahmen der Schulreform in Hamburg

– Drs 19/5964 –]

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Er ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Bericht des Schulausschusses aus Drucksache 19/5782.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes aus Drucksache 19/4702 mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einer großen Zahl Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Das ist wiederum bei einer großen Zahl von Enthaltungen einstimmig beschlossen. Das Gesetz ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 19/5856, Bericht des Innenausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes und zur Änderung der Wahl- und Amtszeiten der Personalräte im schulischen Bereich im Jahr 2010.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/5095:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes und zur Änderung der Wahl- und Amtszeiten der Personalräte im schulischen Bereich im Jahr 2010 (Senatsantrag)

– Drs 19/5856 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes und zur Änderung der Wahl- und Amtszeiten der Personalräte im schulischen Bereich im Jahre 2010 aus Drucksache 19/5095 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen ist dies einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen ist dies auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 38a, Drucksache 19/5916: Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses über das Gesetz zur Bemessung von Gebühren für Schornsteinfegerarbeiten und der Anzahl der Kehrbezirke.

[Gemeinsamer Bericht des Wirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses über die Drucksache 19/5732:

Gesetz zur Bemessung von Gebühren für Schornsteinfegerarbeiten und der Anzahl der Kehrbezirke (Senatsantrag)

– Drs 19/5916 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Bemessung von Gebühren für Schornsteinfegerarbeiten und der Anzahl der Kehrbezirke aus Drucksache 19/5732 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Punkt 41, Antrag der GAL- und CDU-Fraktion: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft.

[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft

– Drs 19/5813 –]

Wer möchte diesen Antrag annehmen und das darin aufgeführte Zweite Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Dies ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 47, Drucksache 19/5847, Antrag der Fraktion die LINKE: Für das Recht auf Generalstreik.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Für das Recht auf Generalstreik

– Drs 19/5847 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion Die LINKE an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

großer Mehrheit und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion die LINKE aus Drucksache 19/5847 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 48, Drucksache 19/5848, Antrag der Fraktion die LINKE: Finanzierung von Verhütungsmitteln aufgrund unzureichender Leistungen nach den SGB II beziehungsweise SGB V, SGB XII, dem BaföG und der Berufsausbildungsbeihilfe von über 20-Jährigen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Finanzierung von Verhütungsmitteln aufgrund unzureichender Leistungen nach den SGB II (bzw. SGB V), SGB XII, dem BaföG und der Berufsausbildungsbeihilfe von über 20-Jährigen
– Drs 19/5848 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Sozialausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/5848 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 49, Drucksache 19/5849, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Aufklärung über Sonderbedarfsleistungen durch team.arbeit.hamburg nach Verfassungsurteil.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Aufklärung über Sonderbedarfsleistungen durch team.arbeit.hamburg nach Verfassungsurteil
– Drs 19/5849 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/5849 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 54, Drucksache 19/5854, Antrag der GAL-Fraktion: Verwendung der Mittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2009, Haushaltsplan 2010, Titel 8000.971.03

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Verwendung der Mittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2009, Haushaltsplan 2010, Titel 8000.971.03
– Drs 19/5854 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Gegenstimmen ist dies mit Mehrheit beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Die Sitzung ist beendet. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und einen schönen Abend.

Ende: 19.06 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Bülent Ciftlik, Gabi Dobusch, Hanna Gienow, Norbert Hackbusch, Jörg Hamann, Hans Lafrenz, Olaf Ohlsen, Jana Schiedek, Frank Schira, Olaf Steinbiß und Thomas Völsch

Anlage**NEUFASSUNG****Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 21. und 22. April 2010****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
14	5616	Struktur des Arbeitsmarkts und der Hilfebedürftigkeit in Hamburg
21	5817	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 3. März 2009 „Erhaltung der Hamburger Hauptkirchen, Sanierung der Hauptkirche St. Katharinen“ – Drucksache 19/2482 –
23	5715	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 16. September 2009 „Bericht des Eingabenausschusses“ Drs. 19/3979
25	5800	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 23. März 2009 „Entwicklung eines Konzeptes zur Verringerung CO2-intensiver Abfalltransporte bei der Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm unter besonderer Berücksichtigung der Hafenanlage“ Drs. 19/2594
32	5786	Bericht des Umweltausschusses
34	5781	Bericht des Schulausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
7	5144	Sozialräumliche Angebotsentwicklung der Jugend- und Familienhilfe zur Vermeidung von Hilfen zur Erziehung – Stand der SAE-Projekte in Hamburg	SPD	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
9	5353	Radfahren in Hamburg – Die Halbzeitbilanz des schwarz-grünen Senats	DIE LINKE	Stadtentwicklungsausschuss
15	5633	Schlagloch-Atlas	SPD	Stadtentwicklungsausschuss
20	5734	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 20. November 2008 „Interkulturelle Familienkonflikte entschärfen – Schutz und Prävention ausbauen“ (Drucksache 19/566)	SPD	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
24	5757	Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee	SPD	Europaausschuss
27	5868	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 6. Januar 2010: Städtepartnerschaft mit Shanghai und politischer Dialog mit der Volksrepublik China, Drs. 19/4988	SPD	Europaausschuss
28	5869	Bericht der Volksinitiatoren des Volksentscheids „Wir wollen lernen!“	GAL	Verfassungs- und Bezirksausschuss
39	5517	Studium nach Bologna studierbar gestalten	GAL	Wissenschaftsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
33	5777	Europaausschuss	Ostsee retten – Baltic Sea Action Summit 2010 unterstützen

D. Einvernehmliche Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
11	5492	Rechtfertigt das Verhältnis von Bauplänen und Bürgerbegehren thematische Einschränkungen von direkter Demokratie?
13	5599 Neuf.	Qualität der Pflege in Hamburg – Pflegekapazitäten, Lebenssituation Pflegebedürftiger, Arbeitsbedingungen in der Altenpflege, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege